

# DIE VERDOPPLUNG DES AFD-ELEKTORATS

Erkenntnisse aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel 2020 – 2025

Andreas Hövermann

## ZUSAMMENFASSUNG

Die AfD konnte bei der Bundestagswahl 2025 ihren Zweitstimmenanteil verdoppeln und als zweitstärkste Kraft in den Bundestag einziehen. Die vorliegende Study hat sich zum Ziel gesetzt, anhand des WSI-Erwerbspersonenpanels diesen Anstieg in der Wählergunst genauer zu beschreiben. Die Analysen verdeutlichen, welche Veränderungen sich in der Zusammensetzung des AfD-Elektorats unter Erwerbspersonen ergeben haben, dass sie z. B. zuletzt stärker als zuvor unter Frauen und vormalig Wählenden gemäßiger Parteien der politischen Mitte verfiel. Zudem wird die hohe AfD-Wahlquote unter Arbeiter\*innen in den Blick genommen und die verstärkende Wirkung von Transformationssorgen und Ungerechtigkeitsgefühlen herausgestellt. Letztere spielen generell eine große Rolle, wenn Migration, die AfD-Kernthematik, genauer beleuchtet wird und Benachteiligungsgefühle zum Tragen kommen. Hier lassen sich zudem Hinweise auf einen Rechtsruck in den geäußerten Einstellungen finden, da sich ein generelles Eintrüben der Einstellungen gegenüber Geflüchteten unter allen Befragten im Zeitverlauf zeigt. Anschließend wird dargestellt, wie die AfD von den Krisen der letzten Jahre – konkret der Pandemie und der Hochinflationsphase – profitierte. Ein abschließendes Fazit diskutiert die Befunde und formuliert vor dem Hintergrund politische Handlungsempfehlungen.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>2 Daten und Methodisches</b>	<b>5</b>
2.1 WSI-Erwerbspersonenpanel	5
2.2 AfD-Wahlverhalten und -präferenz	7
2.3 Untergruppen AfD-Wählender	8
<b>3 Vordringen in neue Wählendengruppen</b>	<b>10</b>
3.1 Von welchen Parteien wurde zur AfD gewechselt?	10
3.2 Wer wählt AfD und wie unterscheiden sich Stamm- von Neuwählenden?	13
3.3 Wen hat die AfD zuletzt an andere Parteien verloren?	21
<b>4 Zuwanderungsgegnerschaft und Benachteiligungsgefühl</b>	<b>24</b>
4.1 Einstellungen zu Ukraine-Geflüchteten	25
4.2 Einstellungen zu Zuwanderung und gegenüber Bürgergeldempfänger*innen	28
4.3 Die verstärkende Wirkung des Gefühls benachteiligt zu werden	30
<b>5 Krisen</b>	<b>32</b>
5.1 Die Pandemie	32
5.2 Die Hochinflationsphase	39
5.3 Die Transformationsängste	43
<b>6 Themenwichtigkeit</b>	<b>45</b>
6.1 Welche Themen sind AfD-Wählenden besonders wichtig?	45
6.2 Unterschiede zwischen AfD-Wählenden	47
<b>7 Abschließendes Fazit</b>	<b>50</b>
7.1 AfD dringt in weitere Milieus vor	50
7.2 Besonders erfolgreich bei Arbeiter*innen	51
7.3 Kernthema Migration mobilisiert und wird normalisiert	54
7.4 Belastende und verunsichernde Krisen	57
<b>8 Literatur</b>	<b>61</b>
<b>9 Anhang</b>	<b>66</b>

## 1. Einleitung

Bei der Bundestagswahl im Februar 2025 schaffte es die AfD, zweitstärkste Kraft zu werden und 20,8 Prozent der Zweitstimmen zu gewinnen. Knapp vier Jahre zuvor bei der Bundestagswahl lag der Anteil noch bei 10,4 Prozent. In Ostdeutschland erreichte sie sogar 32 Prozent und konnte dort in allen fünf Bundesländern mehr Stimmen einfahren als andere. Bezogen auf ganz Deutschland gelang der AfD also exakt eine Verdopplung des Anteils der auf sie fallenden Stimmen. Dies ist allerdings nicht darauf zurückzuführen, dass etwa immer weniger Menschen zur Wahl gingen; im Gegenteil, die Wahlbeteiligung stieg im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 vielmehr von 76,4 auf 82,5 Prozent auf den höchsten Wert seit 1987 an. Das führt dazu, dass die AfD bezogen auf die Anzahl an Stimmen sogar mehr als doppelt so viele Wählende für sich gewinnen konnte wie noch im Jahr 2021 (10,33 Mio. vs. 4,81 Mio.). Der Erfolg der AfD in der Wählergunst bildet die Grundlage der vorliegenden Studie, die versucht, Erklärungen für die Verdopplung des AfD-Wähleranteils zu finden.

Dazu wird auf verschiedene Aspekte fokussiert, die hier zur Beantwortung der Frage aufschlussreich sein könnten. Zunächst wird betrachtet, bei welchen Gruppen in der Bevölkerung die AfD Erfolg hat und inwieweit es ihr gelungen ist, in neue Gruppen von Wählenden vorzudringen. Regionale Analysen zur Bundestagswahl 2025 (Kölzer/Hudde 2025) zeigten, dass die AfD in besonderem Maße in denjenigen Regionen hinzugewann, in denen sie ohnehin bereits stark verankert ist und in der Vergangenheit viele Stimmen erhielt – also in ihren Hochburgen. Doch was lässt sich hinsichtlich der Zusammensetzung der AfD-Wählenden im Zuge der Verdopplung herausfinden? Hat die AfD in bestimmten Phasen bestimmte Gruppen besser erreicht und konnte sie zuletzt auch in demografischen Gruppen verfangen, die sie vorher schlechter oder kaum erreicht hat?

Besonders auffällig bei den ersten Nachwahlanalysen zur Bundestagswahl 2025 war zudem, dass unter Arbeiter\*innen ein besonders hoher Anteil an AfD-Wählenden zu finden war. Zudem zeigten sich auch hier in ersten regionalen Analysen zur Bundestagswahl (Kölzer/Hudde 2025), dass die AfD insbesondere in Regionen mit einem hohen Anteil an Industriebeschäftigten hinzugewann. Entsprechend wird dem in der vorliegenden Studie besonders nachgegangen und verschiedene Aspekte der Arbeitswelt in den Fokus genommen. Dazu werden sowohl die hier besonders relevante Bedrohung durch Transformationsherausforderungen, aber auch die Wirkung von sozialen Vergleichsprozessen beleuchtet.

Des Weiteren wird die Rolle des AfD-Kernthemas Migration fokussiert. Zahlreiche Umfragen und Studien belegten bereits, welche große Bedeutung die Begrenzung der Zuwanderung für AfD-Wählende hat und wie stark hier ablehnende Einstellungen gegenüber Zugewanderten verbreitet sind (z. B. Decker/Brähler 2025; Arzheimer/Berning 2019; Zick et al. 2023). Neben dieser Betrachtung der Bedeutung des Themas für AfD-Wählende sollen auch die zunehmende Normalisierung und der Rechtsruck in der Gesamtbevölkerung Gegenstand der Analysen sein. Die sogenannte Brandmauer aufrechtzuerhalten – also der Zusammenschluss demokratischer Parteien, sich klar von der AfD abzugrenzen und folglich auch nicht mit ihr zu koalieren, gelang bei der Bundestagswahl 2025 und den Landtagswahlen im Herbst 2024 in drei ostdeutschen Bundesländern insofern zwar noch formal, als dass die AfD von der Regierungsbeteiligung ausgeschlossen werden konnte. Inhaltlich bröckelt die Brandmauer im Zuge des Rechtsrucks nahezu aller großen demokratischen Parteien in der Migrationspolitik jedoch erheblich. Zu einem unrühmlichen Höhepunkt kam es dann am 29. Januar 2025, als der jetzige Bundeskanzler Merz (CDU) mit der AfD gemeinsam abstimmte, um eine Mehrheit für einen Antrag zur Verschärfung der Migrationspolitik im Bundestag zu erreichen und damit den „cordon sanitaire“ der demokratischen Parteien, keine gezielten Mehrheiten mit der AfD zu suchen, brach.

Islamistische Terroranschläge in Mannheim im Mai 2024 oder in Solingen im August 2024 mit mehreren Toten lösten bundesweit eine Debatte über die Verschärfung im Umgang mit Geflüchteten in Deutschland aus, woraufhin die Bundesregierung kurze Zeit später ein Sicherheits- und Asylpaket vorlegte. In der Phase gelang es der AfD ihr Kernthema Migration auf die Agenda zu setzen und andere Parteien damit unter Druck zu setzen. Die Parteien übertrafen sich gegenseitig in ihren Forderungen nach Verschärfungen des Asylrechts, sodass populistische Rhetorik, rechte Programmatik und viele Positionen kaum noch von denen der AfD zu unterscheiden waren. Wissenschaftlich gibt es jedoch kaum empirische Evidenz dafür, dass diese Strategie des Übernehmens rechter Positionen durch demokratische Parteien dazu führt, dass extrem rechte Parteien dadurch geschwächt werden – eher im Gegenteil: es führt häufig zu deren Aufwertung, Legitimation und Normalisierung (Krause et al. 2023). Zudem ist das Übernehmen rechter Positionen durch Mainstream-Parteien mittelfristig häufig mit einer Normverschiebung verbunden, sodass sich Menschen mit rechtsradikalen Ansichten eher trauen, diese zu äußern und sie nicht mehr zu verheimlichen (Valentim et al. 2023). Dahingehend werden die im Zeitverlauf auftretenden Veränderungen bei Zustimmungen zu Einstellungen und Hinweise für Wählerwanderungen zwischen demokratischen Parteien und der AfD genauer betrachtet.

Schließlich nimmt die Studie die Rolle von Krisen in den Blick. Einerseits wird die Bedeutung aktueller und zukünftiger Transformationsherausforderungen betrachtet, die für nicht wenige eine ernsthafte Bedrohung darstellen und sich als wichtiger Erklärungsfaktor für die Hinwendung zur AfD erwiesen (Hövermann et al. 2025). Andererseits wird auf die Rolle der multiplen, überlappenden Krisen der vergangenen Jahre geschaut. Zunächst wird auf die Pandemie und die damit verbundenen enormen Herausforderungen und Einschnitte zurückgeblickt, die bei nicht wenigen Menschen mit einem erheblichen Misstrauen, großer politischer Unzufriedenheit und dem Glauben an Verschwörungsmythen einherging (Hövermann/Kohlrausch 2022). Hierbei ist zu analysieren, ob es bei einigen womöglich auch zu einer dauerhafteren Entfremdung von demokratischen Parteien und einer Hinwendung zur AfD kam.

Zeitlich direkt daran anschließend begann der Angriff Russlands auf die Ukraine, der den Krieg nach Europa zurückbrachte: Zum einen stellte er jahrzehntelang für selbstverständlich gehaltene Sicherheiten fundamental in Frage, zum anderen löste er in Deutschland eine Energiekrise aus und sorgte in den folgenden zwölf Monaten für Rekordwerte bei der Inflation. Daraufhin glitt die Wirtschaft in eine Rezession, schrumpfte in den Jahren 2023 und 2024 und auch für 2025 wird – wenn überhaupt – nur ein minimales Wachstum prognostiziert. Dabei trifft die Schwäche der deutschen Wirtschaft vor allem die Industrie, da hier 2024 die Wertschöpfung um drei Prozent abnahm. Die AfD konnte in dieser Zeit – vor allem seit Mitte 2022 – massiv profitieren und legte in Umfragen zunächst von zehn auf fünfzehn Prozent bis Ende 2022 und dann ab Mitte 2023 auf bis über 20 Prozent zu. Studien zeigten wiederholt, wie es der AfD gelingt, die finanziellen und wirtschaftlichen Sorgen der Menschen anzusprechen, zu instrumentalisieren und zu verstärken (z. B. Hövermann 2025a).

Diese Fragen und Themen werden im Folgenden anhand des WSI-Erwerbspersonenpanels der Hans-Böckler-Stiftung analysiert. Bereits zuvor konnte anhand dieser Daten seit 2020 nachgezeichnet werden, wie Erwerbspersonen in Deutschland durch die Krisen – etwa die Pandemie oder die Hochinflationsphase – kamen und welche Belastungen sie zu stemmen hatten (vgl. Kohlrausch et al. 2025). Auch zeigte sich im Jahr 2023 ein enger Zusammenhang zu politischen Entfremdungserscheinungen und dem Hinwenden zur AfD (ebd.). Anhand von mittlerweile 14 Befragungswellen wurden meist dieselben Erwerbspersonen seit Beginn der Pandemie bis kurz nach der Bundestagswahl 2025 zu ihrer Lebens- und Arbeitssituation und ihren politischen Einstellungen befragt. Entsprechend ist es möglich, genauer zu analysieren, wann über diesen Zeitraum hinweg welche Gruppen von Menschen sich der AfD angenähert haben, um somit ihren Erfolg nachzuzeichnen.

Im Folgenden wird nun in fünf Abschnitten ausführlich in den Blick genommen, inwieweit das WSI-Erwerbspersonenpanel Hinweise zum Elektorat der AfD liefern kann. Nachdem die Daten vorgestellt und die Einteilung in verschiedene AfD-Wählendengruppen erläutert wird (Abschnitt 2), erfolgt zunächst die Analyse zum Vordringen der AfD in neue Wählendengruppen (Abschnitt 3), in der sowohl die parteipolitischen Wählerwanderungen als auch die Zusammensetzung etablierter und neuerer AfD-Wählendengruppen betrachtet wird. Im Anschluss werden die hochrelevante Zuwanderungsgegnerschaft der AfD-Wählenden sowie die verstärkende Wirkung des Gefühls, benachteiligt zu sein, dargestellt und analysiert. Dabei wird untersucht, inwieweit bei allen Befragten ein normverschiebender Rechtsruck in der Zuwanderungsgegnerschaft erkennbar ist (Abschnitt 4). Der anschließende fünfte krisenbezogene Abschnitt fokussiert dann die Pandemie, die Hochinflationsphase und die mit der Transformation verbundenen Ängste unter den Befragten. Ein sechster Abschnitt schaut auf die Bewertung der Wichtigkeit verschiedener Themen für die Befragten basierend auf den aktuellen Angaben nach der Bundestagswahl 2025. Ein abschließendes Fazit diskutiert die zahlreichen Befunde mit vier Schwerpunkten.

## 2 Daten und Methodisches

### 2.1 WSI-Erwerbspersonenpanel

Grundlage der vorliegenden Analysen ist eine im Auftrag des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung von VERIAN durchgeführte Panelbefragung von deutschsprachigen Erwerbspersonen in Deutschland. Diese umfasst mittlerweile vierzehn Erhebungswellen, bei denen weitestgehend dieselben Befragten wiederholt befragt wurden (vgl. Emmler 2023). Diese Befragungen wurde anhand computergestützter Online-Interviews (CAWI) mit Erwerbspersonen (also erwerbstätigen und erwerbssuchenden Personen) ab 16 Jahren durchgeführt, die über einen Online-Zugang verfügen.<sup>1</sup>

Die Studie startete zu Beginn der Corona-Pandemie mit einer ersten Erhebung im April 2020 mit 7.677 befragten Erwerbspersonen. Weitere Erhebungszeitpunkte (Wellen 2-5) folgten im Juni und im November 2020 sowie zum Jahresbeginn 2021 und im Juli 2021.<sup>2</sup> Eine sechste Welle wurde im Oktober 2021 durchgeführt und fokussierte die kurz zuvor stattgefundenen Bundestagswahl. Eine siebte Befragungswelle wurde im Januar 2022 erhoben – bis hierhin dominierte vor allem die Corona-Pandemie, deren Auswirkungen und der Umgang damit die Befragungen. In den darauffolgenden Wellen des Panels (W8: April/Mai 2022, W9: November 2022, W10: Juli 2023, W11: Oktober 2023, W12: Jahresende 2023), gerieten zunehmend der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die vielfältigen, damit verbundenen Folgen wie die Inflation, Energiekrise oder auch die Integration von Geflüchteten aus der Ukraine in den Fokus der Befragung.<sup>3</sup> Die bisher längste – knapp einjährige – Befragungspause ergab sich dann zwischen der zwölften und dreizehnten Erhebungswelle, welche Ende November/Anfang

---

<sup>1</sup> Es kann davon ausgegangen werden, dass dies für 85 bis 90 Prozent der Personen in der Zielgruppe zutrifft (Sartorius/Scholz 2021: 5). Das hier gewählte Rekrutierungsverfahren hat den Vorteil, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen aufgrund der Quotierung anteilmäßig besser erreicht werden können als dies bspw. über Telefonumfragen möglich ist. Zudem sind Online-Befragungen deutlich geeigneter als langwierige und komplexe Telefon-Stichproben, um dynamische Situationen wie die Krisensituationen der letzten Jahre kurzfristig zu erheben. Der Großteil der jeweiligen Erhebungswellen fand innerhalb weniger Tage statt, sodass die einzelnen Daten einer jeden Erhebungswelle eine hohe Vergleichbarkeit aufweisen und unabhängiger von tagespolitischen Schwankungen sind. Des Weiteren erzielten Online-Stichproben eine hohe Zahl an Teilnehmenden, die detaillierte Analysen bestimmter Teilgruppen – wie hier der AfD-Wählenden – ermöglichen. Zudem werden die Antworten zur Qualitätssicherung auf Plausibilität geprüft, d. h. nur Personen mit plausiblen Angaben werden ausgewertet.

<sup>2</sup> In der fünften Welle fand auch eine Aufstockung des Anteils an Selbstständigen im Panel statt (N=1.142), welche bisher unterrepräsentiert waren (Schulze-Busch-off/Emmmer 2021).

<sup>3</sup> Die elfte Welle (Oktober 2023) stellte in vielerlei Hinsicht eine Sondererhebung dar, da hier vornehmlich Selbstständige und für sie besonders relevante Themen in einer Ad-hoc Befragung adressiert wurden.

Dezember 2024 stattfand.<sup>4</sup> Die vierzehnte Welle – erhoben zwischen dem 13.3.2025 und dem 24.3.2025 – ist die aktuellste Befragungswelle und fokussiert thematisch die kurz zuvor stattgefundene Bundestagswahl 2025. An der Erhebungswelle nahmen 6.671 Befragte teil.

Diese 6.671 Befragten, die an der aktuellsten 14. Welle teilnahmen, entsprechen 58 Prozent aller im Panel je befragten Personen.<sup>5</sup> Die Rücklaufquoten des WSI-Erwerbspersonenpanels sind insgesamt als eher hoch einzustufen. Letztmalig in Welle 12 wurde festgestellt (Brehmer/Emmler 2025), dass fast jede und jeder Dritte (30 Prozent) der Ausgangsstichprobe regelmäßig an allen Wellen<sup>6</sup> teilgenommen hat. Zudem wurde zuletzt für Welle neun eine eher geringe Selektivität festgestellt – also geringe Abweichungen zwischen Soll- und Ist-Vorgaben bezüglich zahlreicher Merkmale der Befragten (Emmler 2023), sodass die Grundgesamtheit bezüglich dieser Merkmale sehr gut repräsentiert wird.<sup>7</sup>

Das WSI-Erwerbspersonenpanel ist gut für die Analysen geeignet, da hier sehr aktuelle Daten vorliegen und in den vergangenen Jahren zu verschiedenen Zeitpunkten sehr dynamisch und kurzfristig Einstellungen erhoben werden konnten. Zudem besteht dank des Panelcharakters der Daten, das also dieselben Personen wiederholt befragt wurden, die Möglichkeit frühere Einstellungen der Befragten mitzuberücksichtigen und somit die Entwicklung von Einstellungen und von Wahlpräferenzen einzufangen. Gleichzeitig sollte auch auf die Grenzen der Daten hingewiesen werden, da im Folgenden Kausalanalysen nur indirekt durchgeführt werden und die teilweise kausal formulierten Fragen somit auch nur näherungsweise beantwortet werden können. Es gilt zudem darauf hinzuweisen, dass die Daten lediglich Erwerbspersonen – also Erwerbstätige und Arbeitsuchende – erfasst; die Grundgesamtheit sich somit von der Wahlbevölkerung unterscheidet, auch wenn hier natürlich große Überschneidungen vorliegen. Schließlich ist einschränkend zu erwähnen, dass in den Analysen teilweise nicht zu vermeidende kleine Fallzahlen bei Untergruppen – beispielsweise auch bei der Betrachtung der AfD-Wählendengruppen – entstehen, sodass einige Befunde – wie an den Stellen auch ausgewiesen – eher tendenziellen Charakter haben und teilweise mit Vorsicht zu interpretieren sind.

---

<sup>4</sup> Für diese dreizehnte Welle wurde eine Auffrischungstichprobe von 2.680 zusätzlichen Befragten realisiert, um zum einen Ausfälle zu kompensieren und die Stichprobe näher an die Grundgesamtheit anzugleichen. Zum anderen wurden weitere Personengruppen dabei besonders adressiert: Rentner\*innen mit Mini-Jobs sowie Student\*innen und junge Personen. Letztere wurden unter anderem auch deshalb adressiert, da die jüngsten Befragten, die Anfang 2020 mit 16 Jahren dem Panel beitraten, mittlerweile auch schon 20 oder 21 Jahre alt sind und daher Befragte unter 20 Jahren in der Stichprobe fehlen würden.

<sup>5</sup> Insgesamt besteht das Panel aus 11.499 Befragten (7.677 Teilnehmende der Ausgangsstichprobe, 1.142 Selbstständigen Aufstockung 5. Welle und 2.680 Teilnehmende Auffrischung 13. Welle). Von den ursprünglichen 7.677 Teilnehmenden, konnten für die aktuelle 14. Welle knapp fünf Jahre später 3.913 Befragte (51 Prozent) für eine erneute Teilnahme rekrutiert werden. Hinzu kommen 761 Befragte aus der Aufstockung der Selbstständigen der 5. Welle und 1.997 Befragte aus der Auffrischung der 13. Welle.

<sup>6</sup> Welle 11 wurde hierfür wegen der spezifischen Zielgruppe der Selbstständigen ausgeklammert.

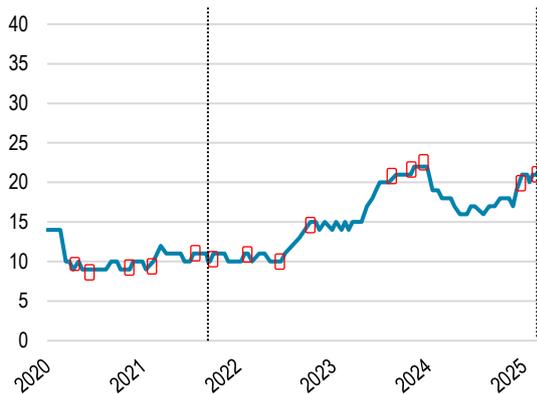
<sup>7</sup> Um Aussagen über die Auswahl der Befragten und letztlich über die Abdeckung und Repräsentativität der Stichprobe zu machen, ist es bei Panelbefragungen wichtig, die Ausgangsstichprobe der ersten Befragungswelle zu betrachten. In allen Erhebungswellen wurde die strukturelle Zusammensetzung der Befragten anhand festgelegter Quoten nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bundesland und Bildung dargestellt und zusätzlich mit Gewichten nachträglich korrigiert. Die Quotenvorgaben basieren auf Sollzahlen der amtlichen Statistik, sodass die Stichproben der Erhebungswellen die Erwerbspersonen entsprechend dieser Merkmale adäquat abbilden. Gleichwohl ist zu erwähnen, dass es sich bei dem Access-Panel nicht im strengen Wortsinn um eine Zufallsstichprobe handelt, welche weiterhin als „Goldstandard“ für die Erhebung repräsentativer Stichproben gilt. Zur Auswahlgesamtheit gehören nur diejenigen Befragten, die Mitglieder des im Einzelhandel verbreiteten Payback-Kund\*innen-Programms sind. Da die Zahl in diesem Fall mit ca. 31 Mio. aktiven Payback-Kund\*innen jedoch sehr groß ist und in mehr als jedem zweiten deutschen Haushalt eine Payback-Karte vorhanden ist, gestaltet sich die Auswahlgesamtheit ebenso groß wie divers. Das Payback Online-Access-Panel umfasst rund 160.000 aktive „Panelisten“ (Stand: Herbst 2023), die schriftlich-postalisch rekrutiert wurden. Aufgrund der Offline-Rekrutierung und der daraus resultierenden sehr guten Abdeckung zentraler Bevölkerungsstrukturen auf Haushaltsebene lassen sich auch detaillierte Quotierungen realisieren. Nur die eingeladenen Zielpersonen können an der Studie teilnehmen – d.h. es besteht keine Möglichkeit der Selbstrekrutierung oder der Mehrfachteilnahme (vgl. Emmler 2023). Für die Stichprobe der ersten Welle – aus der nach wie vor die Mehrzahl des Erwerbspersonenpanels besteht – wurde das Access-Panel zunächst nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung, Bundesland und Branchen an die Strukturen der Grundgesamtheit stratifiziert. Aus diesen Schichtungszellen wurde jeweils eine Zufallsstichprobe gezogen und es wurden entsprechende Teilnehmende eingeladen, bis die Sollvorgabe erfüllt war („stratifizierte Quotenstichprobe“) (vgl. Brehmer/Emmler 2025). Abweichungen zwischen vorgegebenen und realisierten Quoten werden per faktorieller Gewichtung anhand der Merkmale Alter, Geschlecht, Bildung, Bundesland und Branchen an die Strukturen der Grundgesamtheit angepasst. Dadurch wird – mit Ausnahme der Branchen – eine relativ gute Passung der oben genannten Merkmale an die Grundgesamtheit erreicht (vgl. Brehmer/Emmler 2025).

## 2.2 AfD-Wahlverhalten und -präferenz

Zu mittlerweile acht Erhebungszeitpunkten wurden im WSI-Erwerbspersonenpanel Informationen zur Wahlpräferenz bzw. dem tatsächlichen Wahlverhalten erfragt. Dazu wurde den Befragten zu sechs Zeitpunkten (W5: Juli 2021, W7: Januar 2022, W9: November 2022, W10: Juli 2023, W12: November 2023, W13: Dezember 2024) die klassische sogenannte Sonntagsfrage, welcher Partei sie ihre (Zweit-)Stimme geben würde, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, gestellt. Zudem wurde in den beiden Nachwahlbefragungen (W6 und W14) im Oktober 2021 und im März 2025 das tatsächliche (Zweitstimmen-)Wahlverhalten bei den beiden letzten Bundestagswahlen erfasst. Zusätzlich zu diesen Informationen zum Wahlverhalten und zur Wahlpräferenz zum jeweiligen konkreten Erhebungszeitpunkt wurde in der aktuellsten Befragungswelle (W14) erfragt, welcher Partei die Befragten zur Bundestagswahl 2021 ihre (Zweit-) Stimme gegeben haben. Dabei handelt es sich also um eine nachträgliche ex post-Erfassung, die insofern fehlerbehaftet sein kann, als sich einige Befragte vier Jahre später nicht mehr gut an ihr Wahlverhalten erinnern könnten.<sup>8</sup>

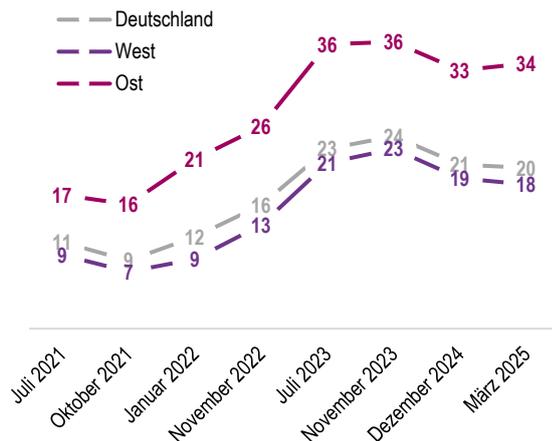
**Abbildung 1: Vergleich AfD-Wahlpräferenz Projektion Forschungsgruppe Wahlen (links) und WSI-Erwerbspersonenpanel (rechts) Angaben in Prozent**

Projektion Forschungsgruppe Wahlen, Sonntagsfrage mit eingezeichneten Befragungszeitpunkten WSI-Erwerbspersonenpanel



Anmerkung: vertikale, gestrichelte Linien markieren Zeitpunkte der Bundestagswahlen; Die Projektion basiert auf der politischen Stimmung (Sonntagsfrage) und bezieht zusätzlich in einem Modell längerfristig verhaltensrelevante Faktoren ein. Hierfür werden neben der eigentlichen Sonntagsfrage eine Reihe weiterer Indikatoren erhoben, die Parteinähe in unterschiedlichen Dimensionen erfassen. Die Projektion liefert somit eine Aussage, welches Wahlergebnis nach Auffassung der Forschungsgruppe Wahlen zustande käme, wenn am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre; rote Kästchen entsprechen Erhebungszeitpunkt der Wellen des WSI-Erwerbspersonenpanels

Anteil AfD-Wahlpräferenz im WSI-Erwerbspersonenpanel nach West/Ost



Anmerkung: Berlin nicht dargestellt, nur Befragte mit angegebener Parteipräferenz

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Projektion AfD (links), WSI-Erwerbspersonenpanel, Wellen 5-13

**WSI**

Abbildung 1 (rechts) zeigt den Anteil der Befragten im WSI-Erwerbspersonenpanel im Zeitverlauf, die angegeben haben, AfD gewählt zu haben oder wählen zu wollen. Es wird ersichtlich, dass die Wahlpräferenz für die AfD zu keinem anderen Erhebungszeitpunkt so gering war, wie

<sup>8</sup> Trotz dieser potenziellen Fehleranfälligkeit wurde diese Frage in der aktuellen Erhebung mit aufgenommen, um auch zumindest näherungsweise Aussagen über das vergangene Wahlverhalten all derjenigen zu tätigen, die im Laufe der letzten Jahre neu ins Panel aufgenommen wurden und für die keine Angabe zum Wahlverhalten direkt nach der Bundestagswahl 2021 vorliegt. Vergleicht man die Angaben der Nachwahlbefragung 2021 mit den Erinnerungsangaben aus der aktuellsten Erhebungswelle, so zeigt sich für 75 Prozent derjenigen, die in der Nachwahlbefragung 2021 angegeben, AfD gewählt zu haben, dass sie sich auch noch vier Jahre später daran erinnern und dies entsprechend in der Erinnerungsabfrage angegeben haben.

direkt nach der Bundestagswahl 2021 (9 Prozent). Anschließend stieg sie im WSI-Erwerbspersonenpanel im Jahr 2022 zunächst auf zwölf, dann auf 16 Prozent an. Ein Jahr später, im Jahr 2023, lag die AfD-Wahlpräferenz mit über 20 Prozent nochmals deutlich höher – zunächst bei 23 Prozent im Juli und bei 24 Prozent im November. Ende 2024 gaben knapp 21 Prozent der Befragten an, AfD wählen zu wollen. Bei der Nachwahlbefragung zur Bundestagswahl 2025 lag der Anteil an AfD-Wählenden dann bei 20,3 Prozent. Diese Entwicklung deckt sich – trotz der geringfügig unterschiedlichen Grundgesamtheiten, auf die sie sich beziehen<sup>9</sup> – stark mit den (gemittelten) Meinungsumfragen zur Sonntagsfrage (Abbildung 1, links).

Zusätzlich wird in Abbildung 1 (rechts) die AfD-Wahlpräferenz in ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern differenziert. Zwei Befunde werden hier sichtbar: Zum einen, die parallel verlaufende Entwicklung in West wie Ost; d. h. die Anstiege und leichten Rückgänge fanden also in beiden Landesteilen weitgehend gleichzeitig statt. Zum anderen ergibt sich durchgehend ein deutlich höheres Zustimmungsniveau zur AfD im Osten als im Westen. Im Osten Deutschlands gaben im Jahr 2023 36 Prozent der Befragten an, AfD wählen zu wollen – im Westen liegt der Höchstwert zum gleichen Zeitpunkt bei knapp 23 Prozent.

In den folgenden Analysen werden an einigen Stellen unterschiedliche Teil-Stichproben herangezogen. Für alle Analysen, bei denen lediglich die *aktuellen* AfD-Wählenden im Mittelpunkt stehen, wird auf die volle Stichprobe der aktuellsten Welle 14 zurückgegriffen, in der 1.150 Befragte (entspricht 20,3 Prozent derjenigen mit gültigen Stimmen) angegeben haben, AfD gewählt zu haben. Da es kurz zuvor in Welle 13 zu einer umfassenderen Stichprobenauffrischung kam, sind in der aktuellen Stichprobe zahlreiche Befragte enthalten, die erst das zweite Mal Teil der Panelbefragung waren. Für weitere Analysen, die zusätzlich auf frühere Angaben der Befragten zurückgreifen, also bspw. die frühere Wahlpräferenz oder früher geäußerte Einstellungen berücksichtigen, werden reduzierte Stichproben verwendet, die lediglich diejenigen Befragten enthalten, die an den relevanten Befragungswellen teilgenommen haben.

### 2.3 Untergruppen AfD-Wählender

Im Report wird an verschiedenen Stellen je nach vorherig geäußelter Wahlpräferenz zwischen Untergruppen von AfD-Wählenden unterschieden. Eine erste Unterscheidung bezieht sich rein auf das tatsächliche *Wahlverhalten* bei den letzten beiden Bundestagswahlen. Hier wird zwischen *AfD-Stammwählenden* – also denjenigen, die zu beiden Bundestagswahlen ihr Kreuz bei der Zweitstimme bei der AfD gemacht haben – und *AfD-Neuwählenden*, denjenigen, die jetzt bei der Bundestagswahl 2025 AfD wählten, dies aber nicht bei der Bundestagswahl 2021 taten, unterschieden. Um hierbei auf eine möglichst große Fallzahl zurückgreifen zu können, wird zur Erstellung dieser Variablen eine kombinierte Berechnungsweise angewendet: Für alle diejenigen, für die Informationen zum damaligen Wahlverhalten aus der Nachwahlbefragung 2021 vorliegen, werden auch diese verwendet. Für diejenigen aktuellen AfD-Wählenden, für die jedoch keine Informationen aus der Nachwahlbefragung 2021 vorliegen, wird die *ex post-Erinnerungsfrage* verwendet, bei der aktuell erfragt wurde, was die Befragten vor vier Jahren bei der Bundestagswahl 2021 gewählt haben.<sup>10</sup> Mit dieser Zuordnungsweise finden sich in den Daten 511 AfD-Stammwählende und 587 AfD-Neuwählende.<sup>11</sup>

<sup>9</sup> Das WSI-Erwerbspersonenpanel erfasst nur Erwerbspersonen, also erwerbstätige und arbeitssuchende Personen, während die Sonntagsfrage der Meinungsforschungsinstitute die Wahlbevölkerung adressiert – also bspw. auch die große Gruppe der Rentner\*innen.

<sup>10</sup> Für 520 der aktuellen AfD-Wählenden basieren die Daten des Wahlverhaltens zur Bundestagswahl 2021 auf der Nachwahlbefragung 2021, während für weitere 616 aktuelle AfD-Wählende die Daten des Wahlverhaltens zur Bundestagswahl 2021 aus der *ex post-Erinnerungsfrage* der aktuellen Welle entnommen wurde.

<sup>11</sup> 52 aktuelle AfD-Wählende können hier nicht zugeordnet werden, da ihre Wahlentscheidung zur Bundestagswahl 2021 trotz dieser kombinierten Berechnungsweise weiterhin unklar bleibt, da sie weder in der Nachwahlbefragung 2021 noch in der Erinnerungsfrage in der aktuellen Welle gültige Angaben getätigt haben. Der sich

Neben dieser Unterscheidung basierend auf dem tatsächlichen *Wahlverhalten*, wird eine zweite Unterscheidung betrachtet, die auf die Dauer der AfD-Anhängerschaft und damit auf die Frage fokussiert, seit wann<sup>12</sup> die Befragten *Anhänger\*innen* der AfD sind. Um hier möglichst genaue Angaben treffen zu können, werden zusätzlich auch die sechs Befragungszeitpunkte hinzugezogen, bei denen eine *Wahlpräferenz* in Form der Sonntagsfrage („Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welcher Partei würden Sie Ihre Zweitstimme geben?“) erfragt wurde. Um möglichst belastbare Aussagen machen zu können, braucht es eine Mindestanzahl an Informationen zur Wahlpräferenz der Befragten. Generell wurden somit lediglich diejenigen Befragten berücksichtigt, die mindestens zu drei (von maximal acht möglichen) Zeitpunkten gültige Angaben zur Wahlpräferenz getätigt haben.<sup>13</sup> Unterschieden werden in dieser Betrachtungsweise im Folgenden drei Gruppen aktueller AfD-Wählender: neue Anhänger\*innen seit 2024/2025, Anhänger\*innen seit 2022/2023 und Anhänger\*innen seit 2021/2022. Entsprechend können auf diese Art und Weise 736 aktuelle AfD-Wählende den drei Gruppen zugeordnet werden.<sup>14</sup>

Die neuen AfD-Anhänger\*innen (N=146) sind somit Befragte, die erst zur AfD gewechselt sind, als diese bereits in den Umfragen sehr stark war und bei oder sogar über 20 Prozent lag. Die Unterscheidung zwischen Anhänger\*innen seit 2021/2022 (N=373) und seit 2022/2023 (N=217) erfolgt durch den russischen Angriff auf die Ukraine und die damit einhergehenden erheblichen Folgen auch für Deutschland. Letztere Befragte haben sich also nach dem russischen Angriff auf die Ukraine zur AfD zugewendet, erstere hatten bereits zuvor eine AfD-Wahlpräferenz angegeben.<sup>15</sup> Die detaillierten Zuordnungsregeln der Untergruppen sind einer Übersicht in Anhang 1 zu entnehmen.

---

ebenfalls logisch ergebenden weiteren Gruppe der „*ehemaligen* AfD-Wählenden“ – also denjenigen, die zur Bundestagswahl 2021 noch AfD wählten, dies jetzt aber nicht mehr tun – werden lediglich 77 Befragte zugeordnet. Angesichts der Verdopplung der AfD-Stimmen in diesem Zeitraum verwundert diese geringe Zahl wenig. Auch ehemalige Anhänger\*innen der AfD werden in dieser Studie betrachtet, jedoch nicht anhand dieser kleinen Gruppe von ehemaligen AfD-Wählenden, sondern ehemaligen AfD-Anhänger\*innen, die auf der Information basiert, ob zu irgendeinem Erhebungszeitpunkt eine AfD-Wahlpräferenz angegeben wurde, da hier die Fallzahl mit 456 Befragten deutlich größer ist.

<sup>12</sup> Einschränkung ist zu erwähnen, dass nur der Zeitraum seit Sommer 2021 – seitdem die Sonntagsfrage im WSI-Erwerbspersonenpanel erfragt wird – berücksichtigt werden kann. Es ist somit durchaus möglich (aber eben nicht bekannt), dass die Befragten bereits zu früheren Zeitpunkten AfD wählen wollten bzw. gewählt haben.

<sup>13</sup> Entsprechend fallen hier bspw. alle Befragten heraus, die für die Stichprobenauffrischung in der 13. Welle neu zur Stichprobe hinzugekommen sind, da diese erst maximal zwei Mal teilgenommen haben können – unter den aktuellen AfD-Wählenden betrifft dies 250 Befragte.

<sup>14</sup> Für 33 weitere aktuelle AfD-Wählende kann keine genaue Zuordnung erfolgen, da sie in für die Zuordnung wichtigen Erhebungswellen nicht teilgenommen haben.

<sup>15</sup> Die allermeisten AfD-Anhänger\*innen seit 2021/2022 (81 Prozent) gaben entsprechend auch schon bei fünf oder mehr Erhebungswellen eine AfD-Wahlentscheidung/-präferenz an und können somit ebenfalls als eng an die Partei gebundene Stammanhänger\*innen interpretiert werden. Für rund drei von vier Befragten dieser Gruppe gilt zudem, dass sie gleichzeitig auch Stammwählende sind, da sie bei beiden Bundestagswahlen ihre Zweitstimme der AfD gegeben haben. Bei diesen Befragten bleibt jedoch unklar, ob der Zeitraum Juli 2021 bis Januar 2022 auch der Zeitraum war, in denen sich die Befragten *erstmalig* für die AfD entschieden, da ihre vorherige Wahlpräferenz unbekannt ist. Es ist aber davon auszugehen, dass hier auch zahlreiche Befragte zu finden sind, die bereits vor 2021 ihre Stimme der AfD geben wollten oder gegeben haben.

### 3 Vordringen in neue Wählendengruppen

Um zu betrachten, inwieweit es der AfD gelungen ist, im Zuge der Verdopplung ihrer Wählerschaft auch in Wählendengruppen vorzudringen, in denen sie bisher weniger stark verdingt, wird im Folgenden zunächst auf die Wanderung der Wählenden geblickt – und zwar sowohl bezogen auf die beiden Bundestagswahlen als auch auf spezifische Zeitabschnitte anhand der Wahlpräferenz. Anschließend werden Differenzen zwischen den verschiedenen AfD-Wählendengruppen herausgearbeitet.

#### 3.1 Von welchen Parteien wurde zur AfD gewechselt?

Um sich der Frage zu nähern, von welchen Parteien die AfD im Zuge ihres Umfragehochs anderen Parteien Wählende abnehmen konnte, wird in einem ersten Schritt auf das Wahlverhalten bei den beiden Bundestagswahlen geschaut und betrachtet, von wem die AfD bei der Bundestagswahl 2025 Wählende hinzugewinnen konnte. Anschließend wird betrachtet, ob die AfD in verschiedenen Phasen von unterschiedlichen Parteien hinzugewinnen konnte.

In anderen Studien, u. a. auch mit Daten vorheriger Wellen des WSI-Erwerbspersonenpanels zeigte sich, dass es seit Gründung der Partei BSW zu vielen Wanderungen zwischen AfD- und BSW-Anhänger\*innen gekommen ist und sich die Elektorate nicht unwesentlich überlappen (z. B. Emmeler/Seikel 2024). Zwar ergaben hier Studien und Umfragen (bspw. infratest dimap 2024), die die Bundestagswahl 2021 als Referenzpunkt nehmen, dass das BSW eher nur wenige ehemalige AfD-Wählende für sich gewinnen konnte. Wird jedoch berücksichtigt, dass die AfD vor allem nach der damaligen Bundestagswahl Wählende hinzugewann und wird entsprechend beispielsweise die Wahlpräferenz Ende 2023 als Referenzpunkt gewählt, so zeigte sich im WSI-Erwerbspersonenpanel, dass das BSW für besonders viele eine Wahlalternative darstellte, die im Zuge des AfD-Umfragehochs neue AfD-Anhänger\*innen wurden (Emmeler/Seikel 2024). Dieser Befund konnte mittlerweile auch anhand von Daten der German Longitudinal Election Study bestätigt werden (Jankowski 2024; Heckmann et al. 2025). Bisherige Studien zu BSW-Wählenden deuten zudem darauf hin, dass sie auch inhaltlich größere Überschneidungen mit AfD-Wählenden aufweisen – insbesondere auch beim Thema Zuwanderungsbeschränkung (Emmeler/Seikel 2024; Jankowski 2024). Um dies aufzuzeigen und auch Informationen über die noch nicht sehr etablierte Gruppe der BSW-Wählenden hervorzubringen, werden in den folgenden Analysen der vorliegenden Studie jeweils separat die Werte von BSW-Wählenden ausgewiesen, sodass zwischen Wählenden der AfD, des BSW und Wählenden anderer Parteien unterschieden wird.

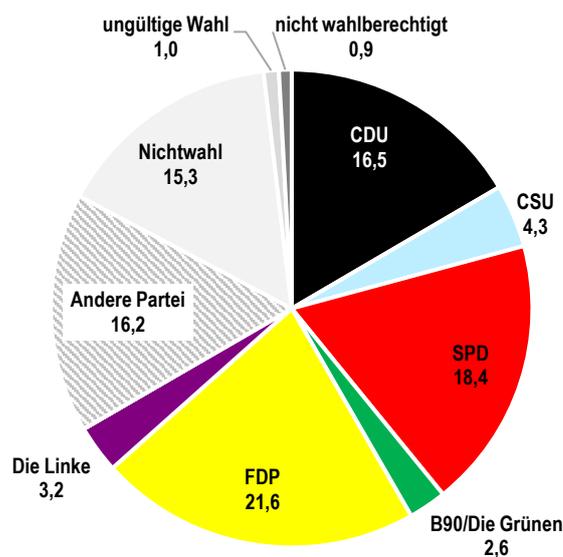
##### 3.1.1 Wanderungen basierend auf den Bundestagswahlen

Seit der letzten Bundestagswahl 2021, bei der die AfD 10,4 Prozent der Zweitstimmen erhielt, stieg die AfD in den Umfragen (vgl. Abbildung 1) insbesondere seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine im Frühjahr 2022 schrittweise auf zunächst rund 15 Prozent und dann im Frühling 2023 nochmals auf bis zu 23 Prozent. Auch wenn die Umfragewerte der AfD Anfang 2024 zunächst deutlich absackten auf rund 16 Prozent, stiegen sie bis zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2025 wieder auf über 20 Prozent und sie erhielt dort letztlich 20,8 Prozent der Zweitstimmen.

In der aktuellen Befragungswelle des WSI-Erwerbspersonenpanels gaben 1.150 Personen an, bei der Bundestagswahl 2025, die AfD gewählt zu haben. Das entspricht 17,3 Prozent aller Befragten bzw. 20,3 Prozent der Befragten, die sich in der Befragung bei der Sonntagsfrage für eine Partei entschieden.<sup>16</sup> Fokussiert man auf diese 1.150 aktuellen AfD-Wählenden und betrachtet ihr Wahlverhalten bei der Bundestagswahl im Jahr 2021, ergibt sich das bereits in Abschnitt 2.3 gezeigte Bild: 44 Prozent der aktuellen AfD-Wählenden in der Stichprobe, wählten die AfD bereits bei der Bundestagswahl 2021 und werden entsprechend im Folgenden als *AfD-Stammwählende* bezeichnet. Der Anteil der *AfD-Neuwählenden*, also derjenigen jetzigen AfD-Wählenden, die angeben, zur Bundestagswahl 2021 noch eine andere Partei gewählt zu haben, ist jedoch noch etwas größer mit 51 Prozent. Dies entspricht auch grob der Verdopplung der Stimmanteile der AfD, die sie bei den beiden Bundestagswahlen erreicht hat.

Von welchen Parteien kommen nun aber die meisten AfD-Wählenden seit der Bundestagswahl 2021 (vgl. Abbildung 2) – wohlgemerkt einer Bundestagswahl, bei der die AfD lediglich 10,4 Prozent und die SPD bspw. noch knapp 26 Prozent der gültigen Zweitstimmen erhielt? Um dies zu analysieren, werden folglich die Angaben der AfD-Neuwählenden fokussiert.<sup>17</sup>

**Abbildung 2: Angabe Wahlentscheidung Bundestagswahl 2021 der AfD-Neuwählenden**  
Angaben in Prozent



Quelle: WSI-Erwerbspersonenpanel, Wellen 6 (Oktober 2021) und 14 (März 2025)

Anmerkung: Berücksichtigt wurden nur die AfD-Neuwählenden (N=587). Kombinierte Berechnungsweise: Für alle, für die Informationen zum damaligen Wahlverhalten aus der Nachwahlbefragung 2021 vorliegen, werden auch diese verwendet. Für diejenigen aktuellen AfD-Wählenden, für die jedoch keine Informationen aus der Nachwahlbefragung 2021 vorliegen, wird die ex post-Erinnerungsfrage verwendet, bei der aktuell erfragt wurde, was die Befragten vor vier Jahren bei der Bundestagswahl 2021 gewählt haben.

**WSI**

Hier fallen vor allem die FDP, die Union und die SPD ins Auge, die hier zu ähnlichen Anteilen zusammen rund 61 Prozent der AfD-Neuwählenden vereinen. Außerdem ist auffällig, dass nicht wenige AfD-Neuwählende zur letzten Bundestagswahl nicht (15,3 Prozent) oder eine kleinere Partei (16,2 Prozent) gewählt haben, darunter sind auch klar rechtsextreme Parteien

<sup>16</sup> Also werden diejenigen nicht berücksichtigt, die aktuell auf die Sonntagsfrage „weiß nicht“, „keine Angabe“, „bin nicht wahlberechtigt“, „würde ungültig wählen“ oder „würde nicht wählen“ angeben haben. Diese Art der Betrachtung entspricht am ehesten dem Wahlergebnis einer Bundestagswahl, da dort ja auch nur die gültigen Stimmen gezählt werden.

<sup>17</sup> Dazu wird für diejenigen, für die ein Wert aus der Nachwahlbefragung 2021 vorliegt, dieser hinzugezogen; für diejenigen, für die kein Wert aus der Nachwahlbefragung 2021 vorliegt, wird die Angabe der Erinnerungsfrage aus Welle 14 herangezogen.

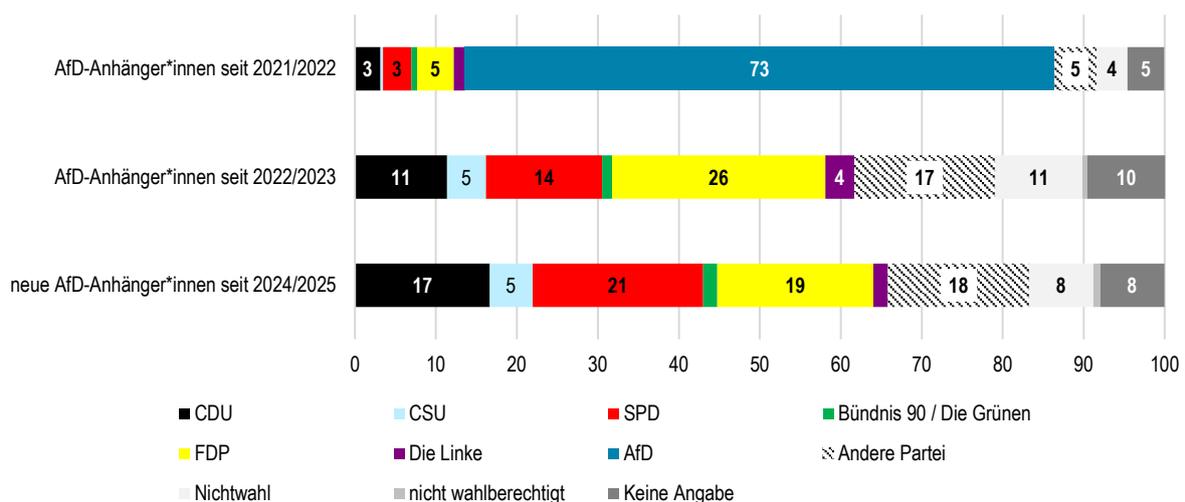
wie beispielsweise die damals noch vertretene NPD vertreten. Kaum nennenswert sind die sehr geringen Wanderungen von den Grünen oder der Linken zur AfD.

Wenn man diesen Zugewinnen der AfD gegenüberstellt, wie viele Wählende die AfD seit der Bundestagswahl 2021 an andere Parteien *verloren* hat, so fällt dies im Verhältnis zu den Zugewinnen von anderen Parteien nicht ins Gewicht.<sup>18</sup>

### 3.1.2 Hat die AfD in verschiedenen Phasen von unterschiedlichen Parteien hinzugewonnen?

Schaut man auf die Untergruppen der AfD-Anhänger\*innen und betrachtet ihre Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 2021, ergibt sich das in Abbildung 3 dargestellte Bild. Die AfD-Stammanhänger\*innen, die schon am längsten eine AfD-Wahlpräferenz angeben, haben wenig überraschend in großer Mehrheit auch schon bei der Bundestagswahl 2021 ihr Kreuz bei der AfD gemacht. Falls diese damals noch einer anderen Partei ihre Stimme gegeben haben, so waren es am häufigsten FDP, SPD oder die Unionsparteien. Es sind genau diese Parteien, die auch in den anderen beiden Anhänger\*innengruppen, die erst später zur AfD wechselten, am meisten vertreten sind. Vergleicht man jedoch die neuen AfD-Anhänger\*innen mit denen, die seit 2022/2023 zur AfD gewechselt sind, fällt tendenziell auf, dass unter den neuen AfD-Anhänger\*innen ehemalige Wählende der gemäßigeren Kräfte der politischen Mitte stärker vertreten sind. Unter neuen Anhänger\*innen gaben 43 Prozent bei der Bundestagswahl 2021 ihre Stimme der SPD oder der Union; bei den AfD-Anhänger\*innen seit 2022/2023 beträgt der Wert lediglich 31 Prozent. Dies deutet darauf, dass es der AfD gelungen zu sein scheint, zuletzt auch stärker Personen anzusprechen, die zuvor gemäßigte politische Kräfte der Mitte unterstützten.

**Abbildung 3: Wahlentscheidung Bundestagswahl 2021 der verschiedenen Gruppen aktueller AfD-Anhänger\*innen**  
Angaben in Prozent



Quelle: WSI-Erwerbspersonenpanel, Wellen 6 (Oktober 2021) und 14 (März 2025)  
Anmerkung: Basierend auf der Angabe der Wahlentscheidung bei der Nachwahlbefragung zur Bundestagswahl 2021 (W6). Berücksichtigt wurden nur die aktuellen AfD-Wählenden, die bei beiden Befragungen teilnahmen (N=817)

**WSI**

<sup>18</sup> Von den 77 ehemaligen AfD-Wählenden in der Stichprobe gaben 22 an, aktuell eine der beiden Unionsparteien gewählt zu haben (vs. 122 Befragte, die die Union an die AfD verloren hat). Bei der FDP und der SPD sind die Zahlen noch geringer (5 und 4 vs. 108 und 127 Befragte, die die beiden Parteien an die AfD verloren haben). Zudem gaben lediglich 15 ehemalige AfD-Wählende an, bei der jetzigen Bundestagswahl BSW gewählt zu haben.

### 3.2 Wer wählt AfD und wie unterscheiden sich Stamm- von Neuwählenden?

Um zu betrachten, inwieweit es der AfD gelungen ist, im Laufe der Zeit unterschiedliche Gruppen von Wählenden anzusprechen, wird im Folgenden untersucht, inwieweit sich die Wählendengruppen der AfD in ihrer Zusammensetzung unterscheiden. Dazu werden soziodemografische Aspekte und Aspekte der Arbeitswelt fokussiert. Um dies zu analysieren, werden im Folgenden zunächst Regressionen in Form linearer Wahrscheinlichkeitsmodelle<sup>19</sup> berechnet, bei denen aktuelle AfD-Wählende die abhängige – also zu erklärende Variablen darstellen.

Anschließend werden die AfD-Wählendengruppen im Detail betrachtet, und beispielsweise untersucht, ob sich etabliertere AfD-Wählende von AfD-Neuwählenden unterscheiden und ob die AfD in einer bestimmten Phase bestimmte Gruppen besonders häufig für sich gewinnen konnte. Dass die AfD ihre Wählerschaft verdoppeln konnte, sagt erstmal noch nichts darüber aus, in welchen demografischen Gruppen sie besonders verfiel. Es könnte sein, dass sie in denselben demografischen Gruppen mehr Leute ansprechen konnte, oder aber deutlich stärker auch in Gruppen vordringen konnte, die sie vorher schlechter erreicht hat. Um dies zu analysieren werden Differenzen in der soziodemografischen Zusammensetzung der AfD-Wählendengruppen anhand von einfaktoriellen Varianzanalysen mit Duncan Post-Hoc-Tests durchgeführt. Dadurch kann betrachtet werden, ob bestimmte soziodemografische Gruppen häufiger in einer AfD-Wählendengruppe auftreten als in einer anderen.<sup>20</sup>

Als soziodemografische Erklärungsvariablen werden das Geschlecht, Alters- und Einkommensgruppen, Schulabschluss, der Migrationshintergrund und ob Kinder oder Jugendliche im Haushalt leben berücksichtigt. Die berücksichtigten zusätzlichen arbeitsbezogenen Variablen umfassen die Tätigkeit, die Gewerkschaftsmitgliedschaft, die Branche, die Betriebsgröße, ob ein unbefristeter Vertrag vorliegt sowie ob nach Tarifvertrag bezahlt wird und ob ein Betriebs- oder Personalrat vorhanden ist. Zusätzlich werden Erwerbsklassen und das Prestige von Berufen herangezogen.

#### 3.2.1 Soziodemografische Aspekte

In einer ersten Regressionsanalyse, die untersucht, wer besonders häufig unter den AfD-Wählenden zu finden ist, wird deutlich, dass Geschlecht, Alter und vor allem der Schulabschluss von Relevanz sind (vgl. Abbildung 4). Die AfD-Wahlentscheidung ist aktuell häufiger unter Männern als unter Frauen verbreitet. Klar ersichtlich wird dies auch, wenn man hierbei zusätzlich auf die Verteilungen schaut (vgl. Anhang 2): Unter Männern geben 23 Prozent und unter Frauen 17 Prozent an, AfD wählen zu wollen. Die Alterseffekte in den dargestellten Modellen sind so zu interpretieren, dass sowohl die jüngsten Befragten als auch die über 56-Jährigen seltener AfD wählen, als die Befragten im Alter zwischen 36 und 45 Jahren. Bezogen auf die Verbreitung im WSI-Erwerbspanel bedeutet dies, dass die Quote der AfD-Wählenden in der jüngsten Gruppe auf 17 und in den beiden ältesten Gruppe auf 17 bzw. 12 Prozent sinkt (vgl. Anhang 2). Unter Befragten zwischen 26 und 55 Jahren liegt sie hingegen recht einheitlich zwischen 22 und 23 Prozent.

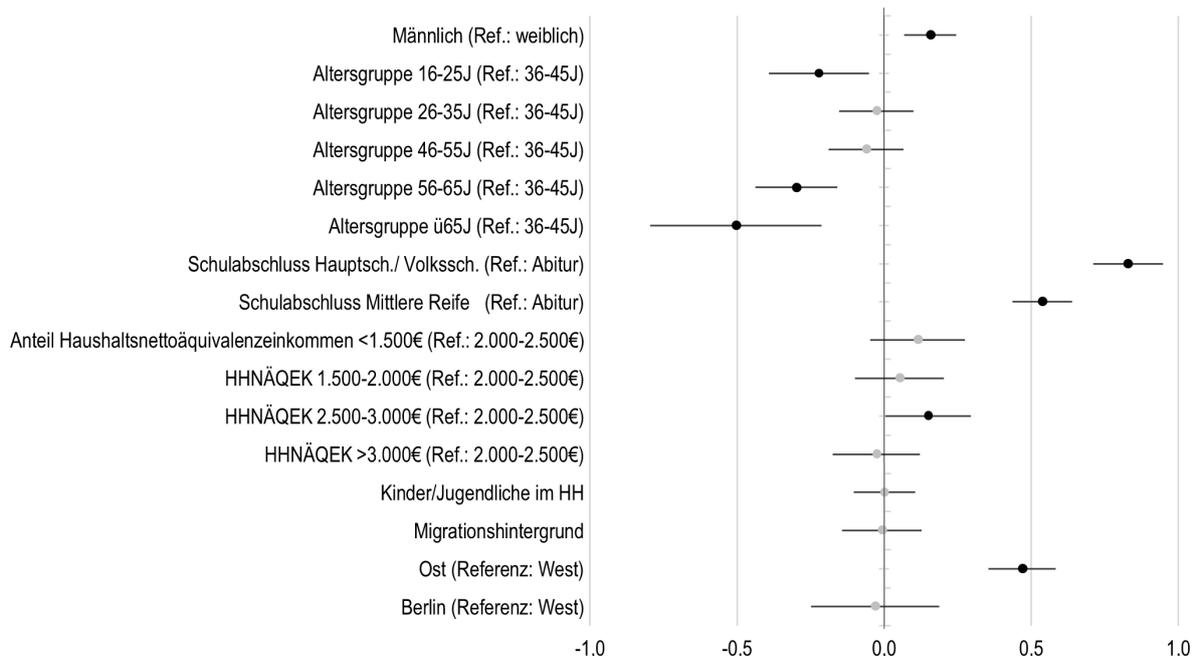
---

<sup>19</sup> Lineare Wahrscheinlichkeitsmodelle werden im Folgenden der logistischen Regression vorgezogen, da erstere Effekte einfacher zu interpretieren sind als Odds Ratios und durchschnittliche marginale Effekte (siehe auch: Breen et al. 2018). Der Vorteil der Berechnung von Regressionsanalysen im Vergleich zu einfachen Gruppenvergleichen liegt darin, dass verschiedene Merkmale gleichzeitig betrachtet und die jeweils anderen Merkmale konstant gehalten werden können. So lässt sich unterscheiden, ob ein Effekt eher auf das eine oder auf das andere Merkmal zurückzuführen ist. Angegeben werden Effektstärken, die zwischen -1 und +1 liegen können und in diesem Fall der binären abhängigen Variable (AfD-Wählende\*tr/kein AfD-Wählende\*r) als Wahrscheinlichkeit im Vergleich zur Referenzkategorie interpretierbar ist. Werte über 0 deuten auf eine erhöhte, Werte unter 0 auf eine geringere Wahrscheinlichkeit als in der Referenzkategorie hin.

<sup>20</sup> Dies dient dem Test auf Vorliegen statistischer Signifikanz – also zu betrachten, ob die Unterschiede nicht nur in der Stichprobe, sondern auch in der gesamten Erwerbsbevölkerung Deutschlands vorliegen. Post-Hoc-Tests liefern Vergleiche auch für Tests von mehr als zwei Gruppen.

Zudem sind AfD-Wählende unter Befragten mit Mittlerer Reife und vor allem mit Hauptschulabschluss deutlich häufiger zu finden als unter Befragten mit Abitur: 34 Prozent der Befragten mit Haupt-/Volksschulabschluss und 25 Prozent mit Mittlerer Reife gaben an, AfD gewählt zu haben (unter Befragten mit Abitur/Fachhochschulreife elf Prozent, vgl. Anhang 2). Die Differenzen zwischen verschiedenen Einkommensgruppen sind im Vergleich als eher gering einzuschätzen. Lediglich für die Gruppe mit einem oberen-mittleren Haushaltseinkommen zeigt sich im Vergleich zu mittleren Haushaltseinkommen ein signifikanter Effekt und damit eine überdurchschnittliche AfD-Wahlquote. In den Verteilungen der Einkommensgruppen ergeben sich erhöhte Anteile an AfD-Wählenden unter Befragten in den beiden niedrigsten Einkommensgruppen (28 bzw. 23 Prozent) sowie unter Befragten mit den zuvor angesprochenen oberen-mittleren Einkommen (22 Prozent) und geringere Anteile an AfD-Wählenden unter Befragten mit den höchsten Einkommen (16 Prozent). Dass jedoch lediglich für Befragte mit oberen-mittleren Einkommen ein signifikanter Effekt in den Regressionen auftritt, ist darauf zurückzuführen, dass die hohe AfD-Wahlquote der geringeren Einkommen eher auf deren häufigeren niedrigeren formalen Schulabschlüsse und die niedrigere AfD-Wahlquote der hohen Einkommen auf deren häufigen hohen formalen Schulabschlüsse zurückzuführen ist. Mit anderen Worten: die AfD-Wahlquote ist unter Geringverdienenden zwar erhöht und unter denen mit den höchsten Einkommen geringer, jedoch geht dies maßgeblich auf die dort spezifischen Verbreitungen von Schulabschlüssen zurück – unterdurchschnittlich viele Abiturient\*innen unter Geringverdienenden, überdurchschnittlich viele unter denen mit den höchsten Einkommen. Erkennbar wird zudem ein deutlicher Ost-West-Effekt. Mit knapp 34 Prozent ist unter Befragten im Osten Deutschlands die AfD-Wahlpräferenz deutlich weiterverbreitet als im Westen (18 Prozent, vgl. Anhang 2). Für weitere soziodemografische Variablen zeigen sich keine Effekte in den Regressionsmodellen.

Abbildung 4: Effekte lineares Wahrscheinlichkeitsmodell zur Erklärung der AfD-Wahl anhand soziodemografischer Variablen



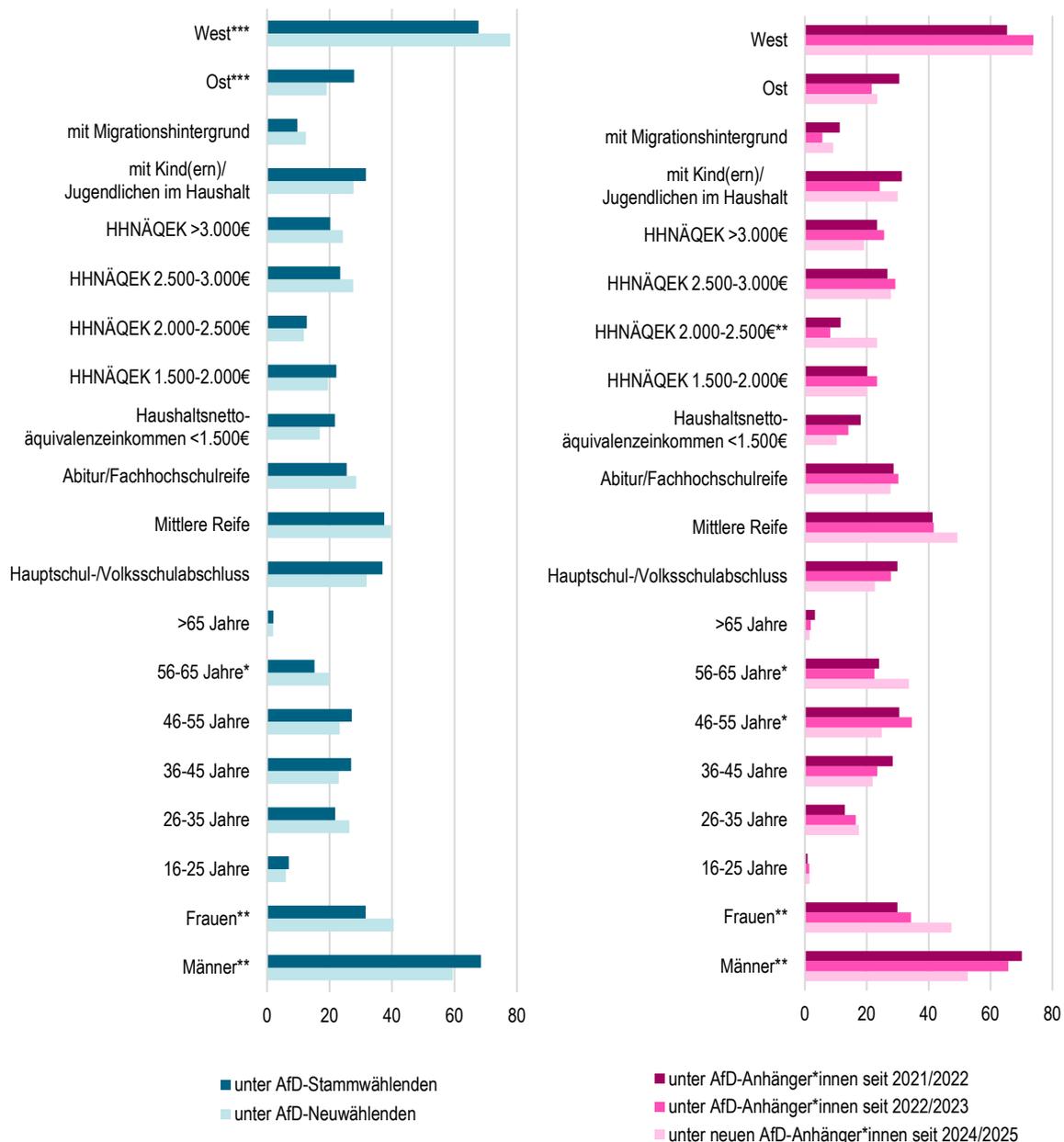
Quelle: WSI-Erwerbspersonenpanel, Welle 14 (März 2025)

Anmerkung: HHNÄQEK= Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen, abgebildet ist zudem Bereich des 95 %-igen Konfidenzintervalls; umfasst Konfidenzintervall nicht den Wert 0; signifikanter Effekt ( $p < .05$ , als schwarzer Punkt dargestellt;  $p > .05$  als grauer Punkt dargestellt);  $N=4.476$ .

WSI

In einem zweiten Schritt werden nun die verschiedenen Untergruppen der aktuellen AfD-Wählenden auf ihre unterschiedliche Zusammensetzung analysiert (vgl. Abbildung 5). Es zeigen sich folgende Befunde: Je etablierter die Befragten bereits der AfD anhängen, desto häufiger leben sie im Osten Deutschlands.<sup>21</sup> Andersherum betrachtet lässt sich anhand dieser Befunde jedoch ebenso sagen, dass die AfD ihre Anhängerschaft seit der Bundestagswahl 2021 stärker im Westen als im Osten rekrutieren konnte.

**Abbildung 5: Soziodemografische Zusammensetzung der AfD-Wählenden- (links) und Anhänger\*innengruppen (rechts)**  
Angaben in Prozent



Quelle: WSI-Erwerbspersonenpanel, Welle 14 (März 2025)  
Anmerkung: HHNÄQEK=Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen, \*\*\*p<.001, \*\*p<.01, \*p<.05; N=1.098 (AfD-Wählende), 736 (AfD-Anhänger\*innen). Lesehilfe: Unter AfD-Stammwählenden liegt der Männeranteil bei knapp 69 Prozent, während er unter AfD-Neuwählenden bei knapp 60 Prozent liegt.

**WSI**

<sup>21</sup> Während die Differenz zwischen AfD-Stammwählenden und Neuwählenden hier signifikant ist und Stammwählende häufiger im Osten Deutschlands zu finden sind, deutet der Trend bezüglich der AfD-Anhängerschaft in dieselbe Richtung, auch wenn die Differenzen hier nicht signifikant sind.

Auch ergeben sich markante Geschlechterdifferenzen. Ob unter Wählenden oder Anhänger\*innen – die Stammwählenden oder -Anhänger\*innen sind mit rund 70 Prozent besonders stark männlich besetzt. Gleichzeitig ist der Frauenanteil unter den AfD-Neuwählenden (40,5 Prozent) und vor allem auch unter den neuen AfD-Anhänger\*innen seit 2024/2025 (47,4 Prozent) deutlich höher als zuvor. Unter den zuletzt in 2024/2025 zur AfD gewechselten Befragten lässt sich also erstmalig kein Männerüberschuss mehr aufzeigen. Entsprechend wird der Männeranteil im Zeitverlauf kleiner und somit nimmt der Männerüberschuss unter den aktuellen AfD-Wählenden im Zeitverlauf ab.

Die Differenzen in den Altersgruppen sind insgesamt nicht so stark ausgeprägt. Lediglich für die Altersgruppe der 56- bis 65-Jährigen – einer Altersgruppe, in der eher unterdurchschnittlich häufig AfD gewählt wird – zeigt sich ein einheitlicher Befund. Dies scheint eine Altersgruppe zu sein, in der die AfD zuletzt stärker als zuvor punkten konnte, da sowohl der Anteil der AfD-Neuwählenden als auch der neuen Anhänger\*innen seit 2024/2025 hier erhöht ist.

Ebenso lassen sich bei den verschiedenen Einkommensgruppen nur geringe Unterschiede erkennen; für Stamm- und Neuwählende der AfD treten sogar keinerlei signifikante Unterschiede auf. In vorherigen Analysen im Sommer 2023 deutete ein Trend darauf hin (Hövermann 2023), dass die AfD zu dem Zeitpunkt stärker als zuvor Erwerbspersonen mit oberen-mittleren Einkommen erreichte. Dies wird auch in geringem Maße (jedoch nicht statistisch signifikant) bei den AfD-Anhänger\*innen sichtbar, da sich die AfD-Anhänger\*innen seit 2022/2023 etwas stärker aus Befragten mit höheren und hohen Einkommen zusammensetzen als die Wählenden, die die AfD davor und danach für sich gewinnen konnte. Des Weiteren ist der Anteil der AfD-Wählenden und der AfD-Anhänger\*innen mit den geringsten Einkommen im Zeitverlauf in der Tendenz kleiner – auch wenn dies ebenfalls statistisch nicht signifikant ist. Schaut man auf die zuletzt zur AfD gewechselten Befragten, so weisen diese im Vergleich zu den anderen AfD-Wählendengruppen besonders häufig mittlere Einkommen auf.

Die weiteren hier berücksichtigten Indikatoren – Schulabschluss, Kinder/Jugendliche im Haushalt oder Migrationshintergrund – zeigen keine signifikanten Differenzen, sodass sich die AfD-Wählendengruppen dahingehend nicht nennenswert unterscheiden.

### **3.2.2 Arbeitsbezogene Aspekte**

Im Folgenden werden arbeitsbezogene Aspekte hinzugezogen und betrachtet, ob AfD-Wählende hier Auffälligkeiten aufweisen. Anders als im vorausgehenden Abschnitt wird hier auf die Berechnung von Regressionsanalysen verzichtet<sup>22</sup>, sondern lediglich die Verbreitungen dargestellt ohne dabei die jeweils spezifische soziodemografische Zusammensetzung der Gruppen mitzuberücksichtigen (vgl. Abbildung 6). Zudem wird darauf verzichtet, die Untergruppen der AfD-Wählenden aufgrund der häufig zu kleinen Fallzahlen differenziert zu betrachten, sodass in diesem Unterkapitel die Frage, ob die AfD in bestimmten Phasen Personengruppen mit bestimmten arbeitsbezogenen Bedingungen besonders häufig für sich gewinnen konnte, nicht beantwortet werden kann.

---

<sup>22</sup> Durch unterschiedliche Fallzahlen und Filterführungen für die verschiedenen Aussagen ließen sich immer nur Untergruppen von Variablen gleichzeitig in einer Regressionsanalyse betrachten. Aus Komplexitätsgründen wird daher auf diese Analyse hier verzichtet.

Zunächst fällt auf, dass der Anteil der AfD-Wählenden unter arbeitslosen Personen mit 24 Prozent erhöht ist. Gewerkschaftsmitglieder unterscheiden sich nicht signifikant von Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern darin, wie häufig sie AfD wählen; ebenso gibt es keine Differenzen zwischen Befragten mit und ohne Tarifvertrag oder ob man selbst Betriebs- oder Personalrat ist. Differenzen werden jedoch sichtbar, bei der Frage, ob ein Betriebs- oder ein Personalrat vorhanden ist: Zwar unterscheiden sich Befragte mit oder ohne Betriebsrat nicht in der Häufigkeit AfD zu wählen, wohl aber Befragte mit Personalrat (im öffentlichen Dienst): diese geben unterdurchschnittlich häufig an, AfD gewählt zu haben. Des Weiteren zeigt sich analog zu vorherigen Analysen mit dem WSI-Erwerbspersonenpanel zur AfD-Wahlpräferenz (Hövermann 2023) eine besonders hohe Quote an AfD-Wählenden unter denjenigen, die zwar einen Betriebs- oder Personalrat haben, jedoch sehr unzufrieden mit dessen Arbeit sind – hier liegt der Anteil der AfD-Wählenden bei 35 Prozent.<sup>23</sup>

Vergleicht man die AfD-Wahlpräferenz bei Befragten in verschiedenen Branchen, sollte zunächst erwähnt werden, dass hier die Fallzahlen für einige Branchen zu klein sind, sodass in Abbildung 6 nur diejenigen Branchen mit Fallzahlen >100 Befragten berücksichtigt werden. Zudem sind die Werte mit erhöhter Unsicherheit behaftet, da wie in Fußnote 7 erläutert, die Selektivität der Stichprobe bei der Branchenzusammensetzung eine nur eingeschränkte Passung aufweist. Die Branchenzuweisung erfolgte durch die Befragten selbst.

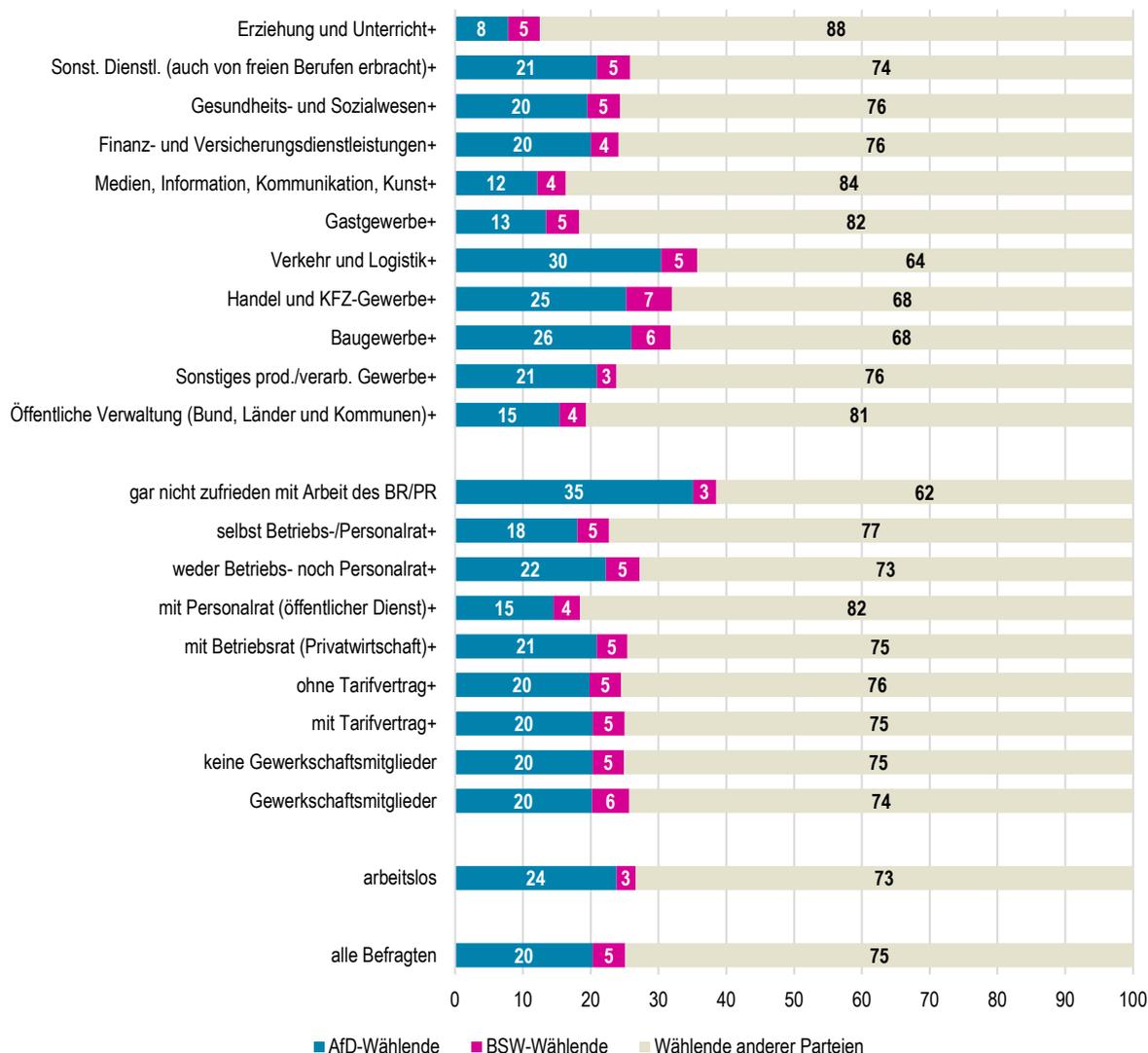
Der Vergleich der AfD-Wahlquote in den verschiedenen Branchen ergibt, dass besonders wenige AfD-Wählende unter Befragten der Branchen „Erziehung und Unterricht“ (8 Prozent), „Medien, Information, Kommunikation, Kunst“ (12 Prozent) und im „Gastgewerbe“ (13 Prozent) zu finden sind und besonders viele in den Branchen „Verkehr und Logistik“ (30 Prozent), „Baugewerbe“ (26 Prozent) und „Handel und KfZ-Gewerbe“ (25 Prozent).<sup>24</sup> Keinerlei nennenswerte Differenzen ergeben sich schließlich beim Vergleich der Betriebsgrößen der Befragten – das gilt für Ost wie West (nicht dargestellt).

---

<sup>23</sup> Auffällig ist hier in Detailanalysen, dass Befragte, die Unzufriedenheit mit der Betriebsratsarbeit angeben, auch deutlich häufiger von weniger Mitsprachemöglichkeiten, Anerkennung und kollegialer Unterstützung und unzureichenden Löhnen berichten, als dies Befragte tun, die mit der Betriebsratsarbeit zufrieden sind. Insofern könnte hier auch bei einigen Befragten eine Unzufriedenheit über den aus ihrer Sicht mangelhaften „Output“ ihres Betriebsrats zum Ausdruck kommen. Gleichzeitig zeigt sich unter mit ihrem Betriebsrat unzufriedenen Befragten aber auch ein deutlich geringeres Vertrauen in Gewerkschaften sowie die größere Zustimmung zu den Forderungen, dass sich „Gewerkschaften aus gesellschaftlichen Themen heraushalten und sich auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren sollten“ bzw. dass sich Gewerkschaften nicht für Umweltschutz im Betrieb einsetzen sollten. Dies könnte wiederum für eine unter ihnen generell kritischere Haltung gegenüber der (aus ihrer Sicht vermutlich zu progressiven) politischen Ausrichtung von Gewerkschaften sprechen, die auch auf die Bewertung der Betriebsratsarbeit ausstrahlen könnte.

<sup>24</sup> Hier sei nochmals erwähnt, dass branchenspezifische Differenzen hinsichtlich der Komposition – bspw. der Schulabschlüsse – nicht berücksichtigt werden.

**Abbildung 6: Anteil aktuelle AfD-/BSW-Wählende nach arbeitsbezogenen Aspekten**  
Angaben in Prozent



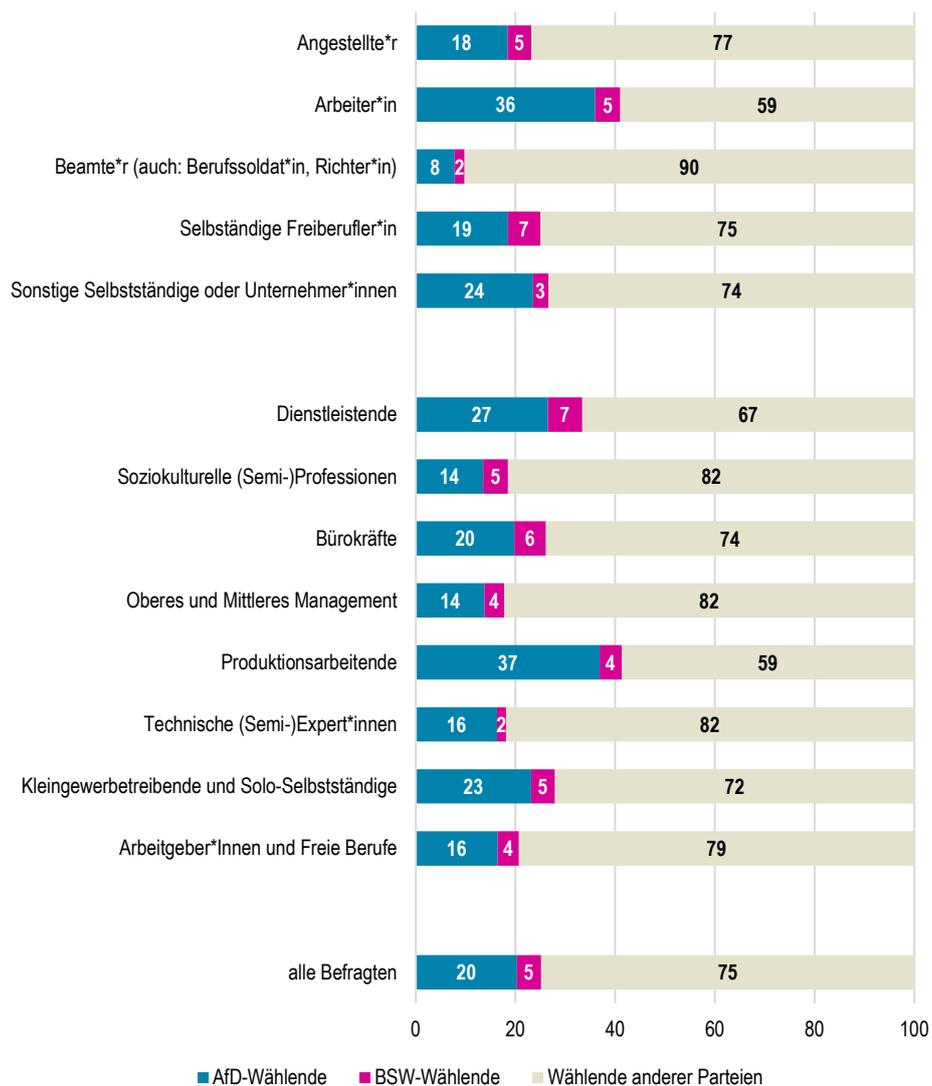
Quelle: WSI-Erwerbspersonenpanel, Welle 14 (März 2025)

Anmerkung: N=2.815 (nur mit Betriebs-/Personalrat) bis N=6.671, + Information stammt aus Welle 13 (November 2024).

**WSI**

Die Verteilungen hinsichtlich der Tätigkeit (laut Selbstzuweisung) zeigen, dass AfD-Wählende überdurchschnittlich stark unter Arbeiter\*innen vertreten sind (vgl. Abbildung 7). Rund 36 Prozent der Arbeiter\*innen im WSI-Erwerbspersonenpanel geben an, AfD wählen zu wollen – das sind signifikant mehr als in allen anderen Tätigkeitsgruppen (z. B. Angestellte: 18 Prozent, Beamte: 8 Prozent). Eine erhöhte AfD-Wahlquote zeigte sich bereits zuvor in Analysen des WSI-Erwerbspersonenpanels (Hövermann 2023) und auch in zahlreichen Nachwahlbefragungen – ob zur Bundestagswahl 2025, zur Europawahl oder den drei Landtagswahlen Ende 2024 in Brandenburg, Thüringen und Sachsen. Auch weitere Studien, wie beispielsweise eine neue IW-Studie (Diermeier/Niehues 2025) kommen zum Befund, dass sich die Anhänger\*innen der AfD auffällig oft der Arbeiterschicht zuordnen.

**Abbildung 7: Anteil aktuelle AfD-/BSW-Wählende nach Tätigkeit und Erwerbsklasse**  
Angaben in Prozent



Quelle: WSI-Erwerbspersonenpanel, Welle 14 (Mrz '25, Wahlverhalten), Welle 13 (Dez '24, Tätigkeit und Erwerbsklasse)  
Anmerkung: N=5.671

**WSI**

Nochmals detaillierter lässt sich dies anhand des Oesch-Klassenschemas (Oesch 2006) betrachten, welches die klassische vertikale Dimension der Ungleichheitsforschung mit der horizontalen Differenzierung nach dominanten Arbeitslogiken verknüpft. Damit werden Berufspositionen nicht nur nach ihrer Stellung zu Produktionsmitteln und ihrer Verfügung über Humankapital und Expertise unterschieden, sondern auch danach, welche spezifischen Arbeitsinhalte und -logiken mit diesen Berufen verbunden sind.<sup>25</sup>

In Abbildung 7 sind die Wahlpräferenzen dargestellt basierend auf dem Klassenschema mit acht Klassen. Zuletzt hatten Westheuser und Lux (2024) zeigen können, dass die AfD-Wahlpräferenz insbesondere unter Produktionsarbeitenden erhöht ist, gefolgt von Dienstleistungs-

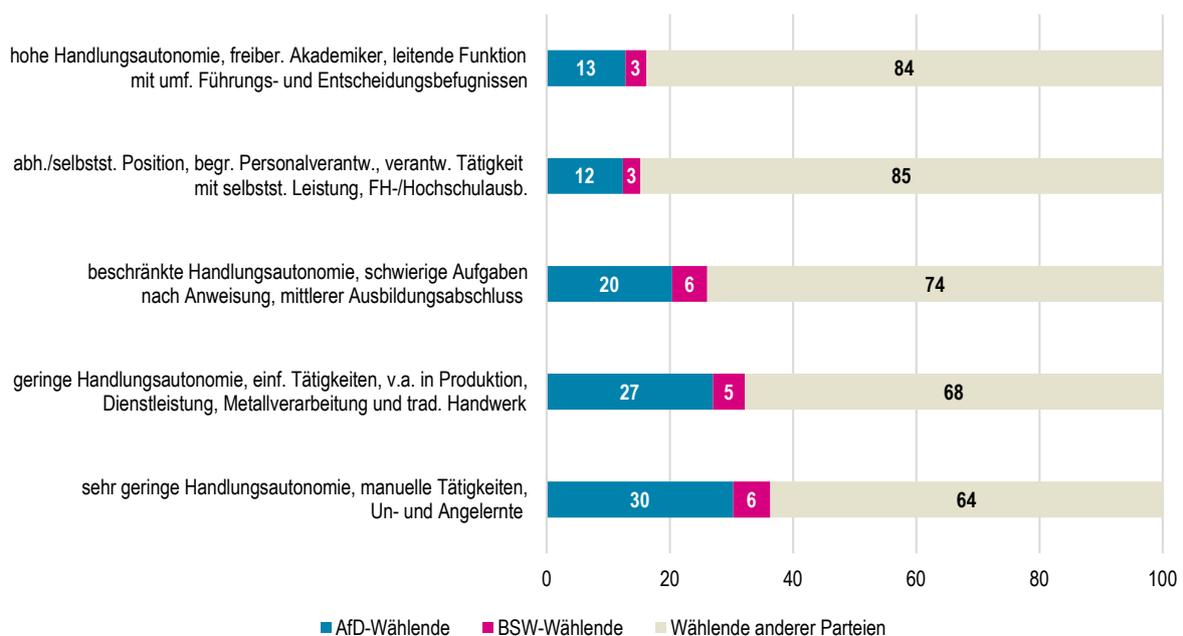
<sup>25</sup> Bei den Arbeitslogiken wird bei den abhängig Beschäftigten zwischen interpersoneller, administrativer und technischer Arbeitslogik differenziert. Zudem wird zwischen Qualifikationsrängen unterschieden – Ausbildungsberufe und Anlernertätigkeiten auf der einen Seite und akademische und halbakademische Berufe auf der anderen. Das Klassenschema lässt sich in einer detaillierten Version mit 16 Erwerbsklassen und einer kombinierten Version mit acht Klassen darstellen, welche hier verwendet wird.

arbeitenden und Arbeitgeber\*innen. Die vorliegenden Befunde bestätigen dies weitgehend: Unter Produktionsarbeitenden ist der Anteil an AfD-Wählenden mit knapp 37 Prozent deutlich erhöht. Dies gilt für West wie Ost, auch wenn im Osten die Anteilswerte nochmal erheblich höher zu liegen scheinen<sup>26</sup> – 55 Prozent der Produktionsarbeitenden im Osten Deutschlands geben eine AfD-Wahlpräferenz an, während es im Westen 34 Prozent sind. Die Unterscheidung zwischen Facharbeiter\*innen und Routine-Arbeiter\*innen, die das detailliertere 16-Klassenschema von Oesch ermöglicht, bringt hier nur unwesentliche Differenzen hervor: unter Routine-Arbeiter\*innen ist der AfD-Wählendenanteil mit 35,9 Prozent unwesentlich geringer als unter Facharbeiter\*innen (37,6 Prozent).

Analog zu den Befunden von Westheuser und Lux (2024) zeigen sich auch in den vorliegenden Daten zudem für Dienstleistende mit 27 Prozent eine erhöhte AfD-Wahlpräferenz während für alle Erwerbsklassen der akademischen und halbakademischen Berufe (also Soziokulturelle (Semi-)Professionen, Oberes und Mittleres Management, Technische (Semi-)Expert\*innen) mit 14 bis 16 Prozent unterdurchschnittliche AfD-Wahlpräferenzen auffallen.

Abschließend wird in diesem Abschnitt das Berufsprestige betrachtet. Hierzu wird die Treiman-Berufsprestigeskala SIOPS (Ganzeboom/Treiman 2003; Treiman 1977) verwendet – eine standardisierte berufliche Prestigeskala, die ursprünglich in 55 Ländern entwickelt wurde, indem Befragte aufgefordert wurden, Berufsbezeichnungen hinsichtlich ihres sozialen Ansehens zu beurteilen und eine Rangreihe zu bilden. Aus diesen Rangreihen wurde eine Skala zur Messung des Prestiges entwickelt, nach der jeder ISCO-codierten Berufsangabe ein entsprechender Prestige-Wert zugeordnet werden kann. Diese Werte lassen sich in fünf Gruppen zusammenfassen, die sich in ihrem Prestige und ihrer Handlungsautonomie unterscheiden (vgl. Hoffmeyer-Zlotnik/Warner 2011: 60f.).

**Abbildung 8: Anteil aktuelle AfD-/BSW-Wählende nach Treiman-Berufsprestige**  
Angaben in Prozent



Quelle: WSI-Erwerbspersonenpanel, Welle 14 (Mrz '25, Wahlverhalten), Welle 13 (Dez '24, Berufsprestige)  
Anmerkung: N=5.304

**WSI**

<sup>26</sup> Der dargestellte Wert für Produktionsarbeitende im Osten Deutschlands (55 Prozent) basiert jedoch auf einer sehr kleinen Fallzahl (N=77) und ist somit nur mit großer Vorsicht zu interpretieren.

Frühere Studien konnten hier einen linearen Zusammenhang mit der Zustimmung zu illiberalen, anti-demokratischen Einstellungen zeigen, insofern als deren Zustimmung umso größer ausfiel, je geringer das Berufsprestige der Befragten ist (Hövermann et al. 2022). Ein nahezu linearer Zusammenhang ergibt sich anhand der Daten des WSI-Erwerbspersonenpanels nun auch für die AfD-Wahlentscheidung, wie in Abbildung 8 ersichtlich wird. Je geringer das Berufsprestige der Befragten, desto größer ist der Anteil der Befragten, die AfD wählen. Lediglich bei der Unterscheidung zwischen hohem und sehr hohem Berufsprestige unterscheidet sich die AfD-Wählendenquote nicht.

### 3.3 Wen hat die AfD zuletzt an andere Parteien verloren?

Um zu analysieren, wer von den AfD-Wählenden potenziell wieder für demokratische Parteien zurückzugewinnen ist, kann die Betrachtung der ehemaligen AfD-Anhänger\*innen aufschlussreich sein. Zwar wuchs der Zuspruch für die AfD in den letzten Jahren zunehmend an, jedoch gab es seit der Bundestagswahl 2021 auch immer wieder Phasen, in denen die AfD in den Umfragen etwas einbüßte – beispielsweise Ende 2022 und vor allem Anfang 2024. Hinzu kommt, dass es natürlich jederzeit zu unterschiedlichen Zusammensetzungen der Wählerschaften kommt und Parteien selbst in Zeiten, in denen sie in den Umfragen zulegen, auch Wählende verlieren. Entsprechend erfolgt im Folgenden der Blick auf diejenigen Befragten im WSI-Erwerbspersonenpanel, die die AfD nicht hat halten können als Wählende bei der Bundestagswahl 2025.

Vorab sollte hier betont werden, dass anhand der vorliegenden Daten nicht gesichert geklärt werden kann, *warum* Befragte sich von der AfD abgewendet haben, da dies nicht explizit erfragt wurde. Die vorliegenden Daten sind aber durchaus geeignet, Auffälligkeiten in der soziodemografischen Zusammensetzung oder den Einstellungen derjenigen Befragten herauszuarbeiten, die aktuell nicht mehr die AfD wählen. Im Folgenden wird somit analysiert, welche soziodemografischen Gruppen besonders häufig unter den ehemaligen AfD-Anhänger\*innen zu finden sind und wie sich diese von den aktuellen AfD-Wählenden unterscheiden.

Dazu werden die 456 Befragten fokussiert, die zu mindestens einem der vorherigen Befragungszeitpunkte angegeben haben, die AfD wählen zu wollen, gleichzeitig bei der Bundestagswahl 2025 aber nicht AfD gewählt haben (vgl. Fußnote 11). Nur ein eher geringer Anteil davon (77 der 456 Befragten), lässt sich bezogen auf die Bundestagswahl 2021 auch als ehemalige\*r AfD-Wähler\*in bezeichnen. Der Großteil der als ehemalige AfD-Anhänger\*innen zugeordneten Befragten hatte entsprechend lediglich zu einem Befragungszeitpunkt eine AfD-Wahlpräferenz, nicht jedoch eine tatsächliche AfD-Wahlentscheidung mitgeteilt.

Unter den ehemaligen AfD-Anhänger\*innen ist nun auffällig, dass die Mehrheit zudem nur für einen kurzen Zeitraum angegeben hatte, AfD wählen zu wollen: 59 Prozent gaben es nur einmal, weitere 22 Prozent zu zwei Zeitpunkten an. Nur ein kleiner Anteil von weniger als 10 Prozent der ehemaligen AfD-Anhänger\*innen gab in vier oder mehr (von sieben möglichen) Erhebungen an, AfD wählen zu wollen (oder gewählt zu haben).

Betrachtet man, wie sich diese ehemaligen AfD-Anhänger\*innen bei der Bundestagswahl 2025 entschieden haben, so fällt zweierlei auf: Zum einen sind relativ viele Befragte zu finden, die sich mit einer Festlegung auf eine Partei schwertun, da der Anteil derjenigen, die hier mit Nichtwahl, ungültig wählen, „weiß nicht“ oder „keine Angabe“ antworten mit knapp 30 Prozent hoch ist. Zum anderen ist es vor allem die Union (28,7 Prozent) und mit großem Abstand dahinter das BSW (11,9 Prozent), die bei der Bundestagswahl 2025 die Stimmen ehemaliger AfD-Anhänger\*innen bekommen haben. Weitere Parteien wie die SPD (7,0 Prozent), die FDP (7,4 Prozent) oder die Linke (5,2 Prozent) werden von deutlich weniger ehemaligen

AfD-Anhänger\*innen genannt. Auch der Anteil der ehemaligen AfD-Anhänger\*innen, die aktuell ihre Stimme einer der zahlreichen kleineren Parteien gegeben haben, summiert sich insgesamt auf lediglich rund 10 Prozent.

Trotz dieser relativ hohen Zahlen an ehemaligen AfD-Anhänger\*innen, die die Union für sich gewinnen konnte, deuten die Zahlen aber darauf, dass die Union dennoch in Summe stärker an die AfD verloren hat, als von ihr hinzugewonnen hat. Der recht hohe Anteil ehemaliger AfD-Anhänger\*innen, die jetzt Union gewählt haben, entspricht 139 Befragten<sup>27</sup>. Gleichzeitig finden sich unter den aktuellen AfD-Wählenden jedoch 174 Befragte, die in einer der vorherigen Wellen eine Wahlpräferenz (oder im Falle der Bundestagswahl 2021: Wahlentscheidung) für die CDU/CSU angegeben haben. Mit anderen Worten: Trotz des hohen Anteils an jetzigen Unions-Wählenden unter den ehemaligen AfD-Anhänger\*innen, wird diese Zahl übertroffen von der Zahl der jetzigen AfD-Wählenden, die zuvor Unions-Anhänger\*innen waren.

Im Folgenden werden die ehemaligen AfD-Anhänger\*innen anhand soziodemografischer Merkmale mit den aktuellen AfD-Wähler\*innen sowie mit den Befragten verglichen, die bisher in keiner Erhebungswelle angegeben haben, die AfD wählen zu wollen (vgl. Abbildung 9). Ehemalige AfD-Anhänger\*innen zeigen nun folgende Auffälligkeiten im Vergleich zu aktuellen AfD-Wählenden: Sie kommen deutlich seltener aus dem Osten und deutlich häufiger aus dem Westen Deutschlands. Berücksichtigt man, dass die AfD ihre Anhänger\*innen stärker im Osten Deutschlands generiert und dort anteilig mehr Menschen AfD wählen, hat die AfD demnach weniger Anhänger\*innen im Osten als im Westen verloren.<sup>28</sup> Entsprechend sind im Westen aber auch anteilig häufiger als im Osten Befragte zu finden, die in der Vergangenheit der AfD zugeneigt waren, sie aber bei der Bundestagswahl 2025 dann nicht gewählt haben.

Beim Geschlecht zeigt sich, dass Männer unter den ehemaligen AfD-Anhänger\*innen genauso wie unter den aktuellen AfD-Wählenden häufiger zu finden sind als unter den Befragten, die bisher nie angaben, AfD wählen zu wollen (61 und 62,9 Prozent vs. 54 Prozent).

Bezogen auf den formalen Schulabschluss ähneln sich aktuelle und ehemalige AfD-Anhänger\*innen weitgehend und weichen insofern gemeinsam erheblich von Wählenden ab, die bisher nie angegeben haben, AfD zu wählen, indem sie besonders selten Abitur erreicht haben und besonders häufig Mittlere Reife oder einen Hauptschulabschluss als höchsten Schulabschluss aufweisen. Einzig ist signifikant, dass AfD-Anhänger\*innen mit Haupt-/Volksschulabschluss der AfD etwas seltener den Rücken kehren, da sie seltener unter den ehemaligen AfD-Anhänger\*innen zu finden sind als ihr (hoher) Anteil an AfD-Wählenden vermuten ließe.<sup>29</sup>

Beim Einkommen zeigen sich für die ehemaligen AfD-Anhänger\*innen eher geringe Abweichungen von aktuellen AfD-Wählenden. Genau wie sie sind sie häufiger unter denjenigen mit den geringsten und seltener unter denen mit den höchsten Einkommen zu finden als Befragte, die nie AfD wählen wollten.

Schließlich zeigt sich ein interessanter Befund bezüglich des Migrationshintergrunds: Unter ehemaligen AfD-Anhänger\*innen sind überdurchschnittlich viele Befragte mit Migrationshintergrund (16,2 Prozent) – deutlich mehr als unter aktuellen AfD-Wählenden (10,7 Prozent) und unter Befragten, die nie AfD wählen wollten (9,6 Prozent). Befragte mit Migrationshintergrund

---

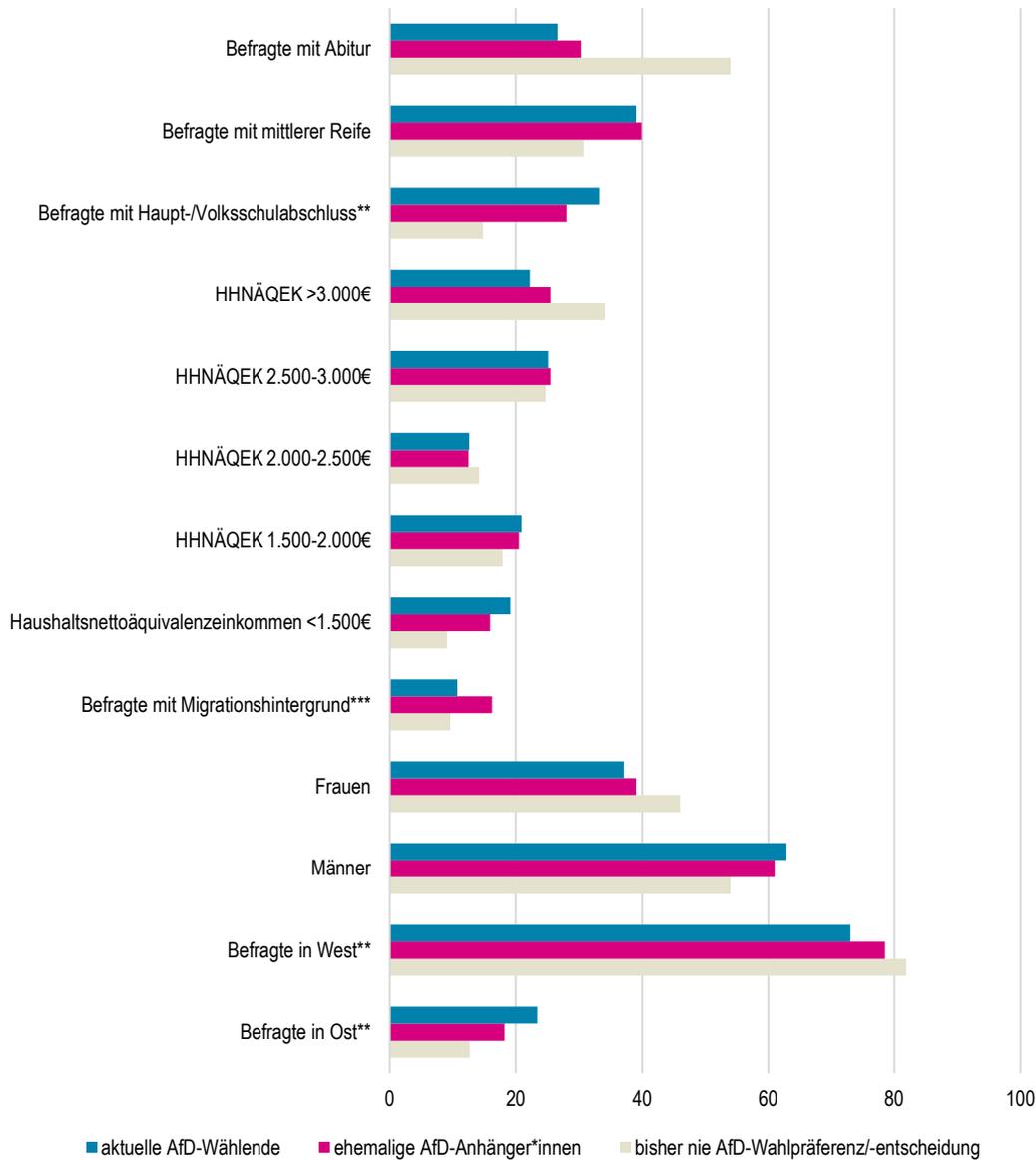
<sup>27</sup> Auffällig ist hier der sehr hohe Männeranteil unter den ehemaligen AfD-Anhänger\*innen, die jetzt Union wählen – fast drei von vier von ihnen sind Männer.

<sup>28</sup> Dies wird auch deutlich, wenn die Anteile nach Ost und West aufgeschlüsselt werden: 18,2 Prozent der *ehemaligen* AfD-Anhänger\*innen wohnen im Osten Deutschlands (78,3 Prozent im Westen), während 23,4 Prozent der *aktuellen* AfD-Wählenden im Osten Deutschlands wohnen (73 Prozent im Westen).

<sup>29</sup> Nennenswerte Detailbefunde ergeben sich, wenn das aktuelle Wahlverhalten nach Schulabschluss aufgeschlüsselt wird: ehemalige AfD-Anhänger\*innen mit mittlerer Reife geben aktuell besonders häufig an, die BSW gewählt zu haben (17,9 Prozent), während ehemalige AfD-Anhänger\*innen mit Abitur besonders häufig nun Union (38,3 Prozent) oder FDP (14,7 Prozent) gewählt haben.

hatten also besonders häufig in der Vergangenheit eine AfD-Wahlpräferenz und haben sie dann aber zur Bundestagswahl 2025 nicht gewählt.<sup>30</sup>

**Abbildung 9: Anteil jeweilige soziodemografische Gruppe unter aktuellen/ehemaligen AfD-Wählenden/-Anhänger\*innen**  
Angaben in Prozent



Quelle: WSI-Erwerbspersonenpanel, Welle 14 (März 2025), Welle 13 (Dezember 2024): Einkommen und Migrationshintergrund  
Anmerkung: HHNÄQEK=Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen, N=3.497-4.519, signifikante Differenzen zwischen aktuellen AfD-Wählenden und ehemaligen AfD-Anhänger\*innen: \*\*= p < .01, \*\*\*= p < .001). Lesehilfe: Unter ehemaligen AfD-Anhänger\*innen haben 16,2 Prozent einen Migrationshintergrund, während nur 10,7 Prozent der aktuellen AfD-Wählenden einen Migrationshintergrund haben.

**WSI**

<sup>30</sup> In den Befragungen wurde zudem erfasst, ob man selbst, nur ein Elternteil oder beide Elternteile einen Migrationshintergrund besitzen. In allen drei Ausprägungen sind ehemalige AfD-Anhänger\*innen überrepräsentiert.

## 4 Zuwanderungsgegnerschaft und Benachteiligungsgefühl

Im folgenden Abschnitt wird das Kernthema der AfD – die Migration – in den Blick genommen und dazu die Einstellungen ihrer Wählenden zu Zugewanderten und Geflüchteten betrachtet. Zahlreiche Studien sowohl mit Daten des WSI-Erwerbspersonenpanels (vgl. Hövermann 2022, 2023) und mit anderen Datensätzen (z. B. Decker/Brähler 2025; Arzheimer/Berning 2019; Zick et al. 2023) konnten zeigen, wie stark überdurchschnittlich ablehnende und abwertende Einstellungen unter Wählenden der AfD verbreitet sind. In der Nachwahlbefragung zur Europawahl (infratest dimap 2024) fanden es 95 Prozent der AfD-Wählenden gut, dass die AfD „den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen stärker begrenzen will“. Gleichzeitig zeigte eine Studie (Zajak et al. 2024), dass selbst die extremen Pläne der AfD zur „Remigration“ – also zur Vertreibung von Millionen Menschen aus Deutschland – nur von knapp 29 Prozent der AfD-Wählenden abgelehnt wird.

Dieser Aspekt wird in der Forschung zu extrem rechten Parteien häufig anhand der zunehmenden Bedeutung des „Nativismus“ (Mudde 2019) eingefangen – einer Kombination aus nationalistischen Elementen und einer Furcht vor dem vermeintlich Fremden. Dieser Nativismus ist eng verknüpft mit einem Wohlfahrtschauvinismus, bei dem wohlfahrtsstaatliche Leistungen lediglich für die eigene – ethnisch sehr homogen verstandene – Bevölkerung eingefordert werden. Hinzu kommt, dass sich der Nativismus nicht nur gegen Zugewanderte, sondern auch gegen Erwerbslose richten kann (Rathgeb 2024). Vor allem bei der mit Abstiegsängsten belasteten Mittelschicht könne so Neid geschürt werden (ebd.). Die Konstruktion des Bildes der ehrlichen, harten Arbeiter\*innen, die gegen als solche bezeichnete „Sozialschmarotzer\*innen“ ausgespielt werden, sei typisch für rechtsradikale Mobilisierungsversuche (ebd.). Hinzu kommt, dass die AfD argumentiert, das Bürgergeld müsse gekürzt werden, um vermeintliche Pull-Faktoren für Zuwandernde zu beseitigen – also vermeintliche Anreize „in die Sozialsysteme einzuwandern“, wie es häufig von ihnen beschrieben wird. Studien dazu zeigen sehr gemischte Befunde, häufig wird aber gezeigt, dass weniger die Sozialleistungen einen Pull-Faktor darstellen, sondern vielmehr gute Arbeitsmöglichkeiten, demokratische Verhältnisse und die Landessprache (vgl. z. B. Müller 2025 für eine Übersicht).

Im Folgenden ist davon auszugehen, dass unter AfD-Wählenden ein selektives Verständnis des Wohlfahrtsstaats weit verbreitet ist, bei dem insbesondere Menschen aus prekären sozialen Schichten und Migrant\*innen als nicht legitime Empfänger\*innen staatlicher Leistungen markiert bleiben (vgl. Diermeier/Niehues 2024). Entsprechend wird das hier sehr relevante Gefühl der relativen Deprivation (Runciman 1966) – also das empfundene Ungerechtigkeitsgefühl, dass einem selbst (oder der eigenen Gruppe) viel weniger zuteilwird als anderen gesellschaftliche Gruppen sowie die Einstellungen zu Bürgergeld-Empfänger\*innen zusätzlich für die Analysen herangezogen.

## 4.1 Einstellungen zu Ukraine-Geflüchteten

Kurz nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine flüchteten innerhalb weniger Wochen mehrere Hunderttausend Menschen aus der Ukraine nach Deutschland. Bereits im Laufe des Jahres 2022 stieg diese Zahl auf über eine Million (vgl. Mediendienst Integration 2025). Auch noch drei Jahre nach Beginn des Angriffs auf die Ukraine leben über 1,2 Millionen Geflüchtete Menschen aus der Ukraine in Deutschland (ebd.). Ukrainer\*innen und deren Familienangehörige erhalten in Deutschland und anderen EU-Staaten basierend auf der „Massenzustromrichtlinie“ vorübergehenden Schutz, der ihnen das normale, üblicherweise langwierige und bürokratische Durchlaufen des Asylverfahrens erspart und ihnen automatisch einen Aufenthaltsstatus sowie weiterreichende Rechte gewährt (z. B. Ausübung Erwerbstätigkeit, medizinische Versorgung oder Zugang zu Bildungsangeboten und Sozialleistungen).

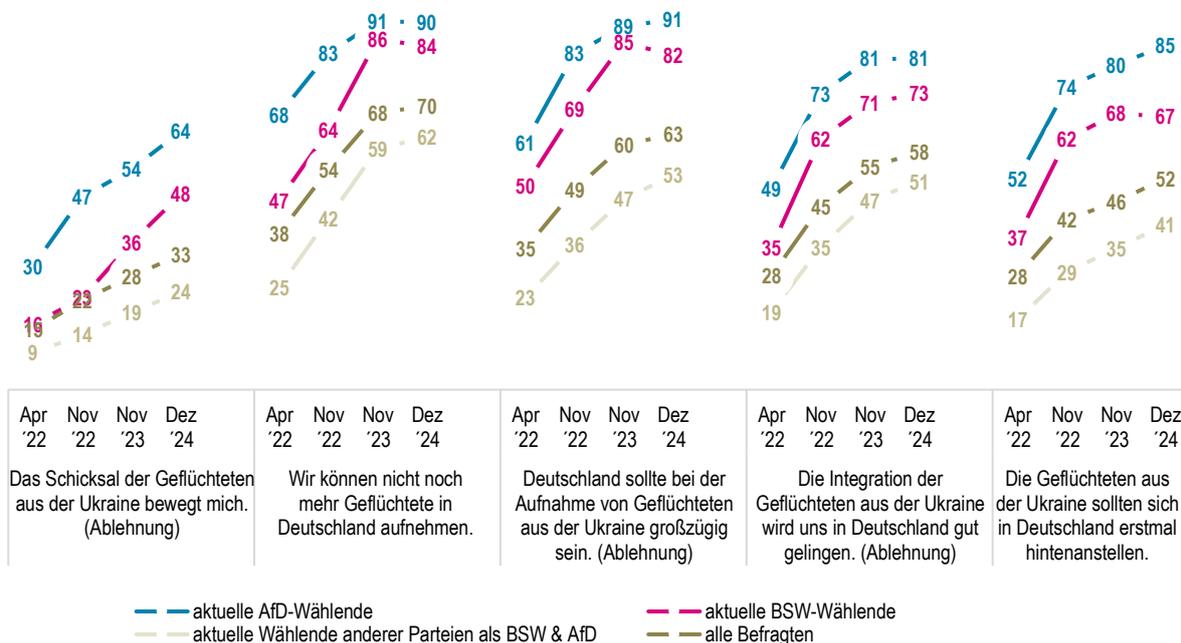
Im WSI-Erwerbspersonenpanel wird seit April 2022 die Zustimmung zu fünf Aussagen zu Einstellungen zu Geflüchteten aus der Ukraine erhoben und dabei auch explizit negative, ablehnende und abwehrende Einstellungen erfasst. Letztmalig wurde dies im Dezember 2024 erhoben – also drei Monate vor der Bundestagswahl 2025. Vergleicht man nun die verschiedenen Wählendengruppen anhand dieser Einstellungen (vgl. Abbildung 10), so fällt zunächst folgender wenig überraschender Befund auf, der sich auch schon in früheren Analysen zeigte (Hövermann 2022, 2023): AfD-Wählende äußern hier deutlich häufiger ablehnende, abwehrende und pessimistische Einstellungen als Wählende des BSW, welche diese wiederum häufiger äußern als Wählende anderer Parteien. Das Ausmaß der Differenzen ist dabei aber beträchtlich: Forderten im Dezember 2024 85 Prozent der AfD-Wählenden, dass sich Ukraine-Geflüchtete „in Deutschland erstmal hintenanstellen sollten“, so lag der Wert unter BSW-Wählenden bei 67 und unter Wählenden anderer Parteien zu dem Zeitpunkt bei 41 Prozent; gaben nur 34 Prozent der AfD-Wählenden Mitgefühl für das Schicksal der Geflüchteten an, lag dieser Wert unter BSW-Wählenden bei 49 Prozent und unter Wählenden anderer Parteien bei immerhin noch 74 Prozent. Dieses Muster zeigt sich für alle erhobenen Aussagen. Diese Zustimmungswerte unter AfD-Wählenden zeigen sich in Ost wie West in ähnlichem Ausmaß.

Schaut man anschließend auf die Entwicklungen der Zustimmungen im Zeitverlauf, wird eine erhebliche Eintrübung der Einstellungen erkennbar – und zwar für alle erfragten Aussagen (vgl. Abbildung 10). Zudem wird ersichtlich, dass dies sowohl für AfD-Wählende als auch für Wählende anderer Parteien in ähnlichem Ausmaß gilt, wenn auch auf unterschiedlichem Zustimmungsniveau.<sup>31</sup> Während sich beispielsweise der Anteil der AfD-Wählenden, die explizit kein Mitgefühl mit dem Schicksal der Ukraine-Geflüchteten angaben, innerhalb zweieinhalb Jahren von 30 auf 64 Prozent mehr als verdoppelte, stieg auch der Anteil ohne geäußertes Mitgefühl unter Wählenden, die nicht die AfD oder das BSW wählten erheblich von neun auf 24 Prozent an. Auch unter letzteren Wählenden anderer Parteien als der AfD und des BSW kam es zu einer deutlichen Eintrübung der Einstellungen: die Zustimmung zu den Aussagen „Wir können nicht noch mehr Geflüchtete in Deutschland aufnehmen“ stieg hier von 25 auf 62 Prozent und zur Aussage „Die Geflüchteten aus der Ukraine sollten sich in Deutschland erstmal hintenanstellen“ von 17 auf 41 Prozent. Diese deutlich ansteigenden anti-solidarischen Einstellungen unter allen Befragtengruppen lassen sich als Indiz für einen Rechtsruck in den Einstellungen zur Zuwanderung und auch einer Normalisierung fremdenfeindlicher Einstellungen in großen Teilen der Bevölkerung deuten.

---

<sup>31</sup> Die Zuordnung zu den Gruppen AfD-/BSW-Wählende oder Wählende anderer Parteien bezieht sich wohlgerneht auf die *aktuelle* Parteiwahl bei der Zweitstimme der Bundestagswahl 2025. Entsprechend waren einige aktuelle AfD-Wählende zu den dargestellten früheren Zeitpunkten noch nicht AfD-Anhänger\*in und auch einige aktuelle Wählende anderer Parteien waren zu früheren Zeitpunkten AfD-Anhänger\*innen.

**Abbildung 10: Entwicklung Anteil Zustimmung/(Ablehnung) zu Einstellungen zu Ukraine-Geflüchteten**  
Angaben in Prozent

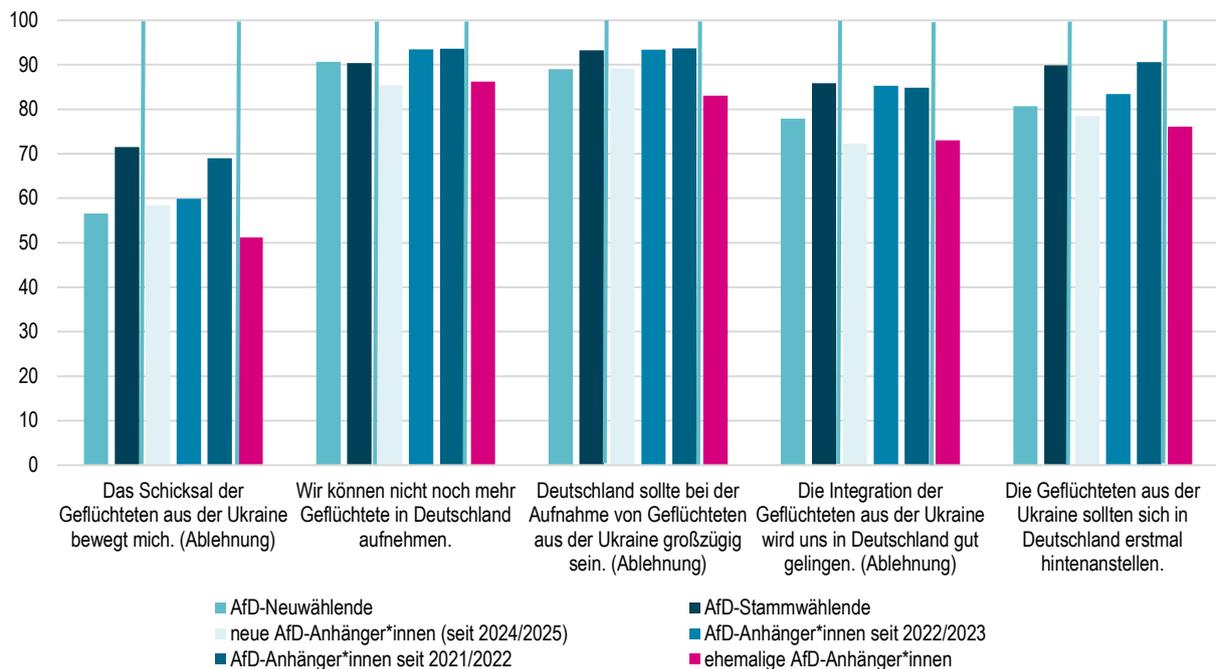


Quelle: WSI-Erwerbepersonenpanel, Wellen 8, 9, 12, 13 (April '22: N=3.666, Nov '22: N=3.298, Nov '23: N=3.526, Dez '24: N=5.223), Gruppenzuordnung Wahlentscheidung Bundestagswahl: Welle 14, März '25.



Vergleicht man die Einstellungen zu Geflüchteten zum aktuellsten verfügbaren Zeitpunkt (Ende 2024) zwischen den verschiedenen AfD-Wählenden- und Anhänger\*innengruppen sowie mit den ehemaligen AfD-Anhänger\*innen (Abbildung 11), so werden folgende Befunde ersichtlich. Zunächst gilt es festzuhalten, dass alle Befragten, die in einer der vorherigen Wellen eine AfD-Wahlpräferenz angegeben haben, mit deutlich negativeren, pessimistischeren und ablehnenderen Einstellungen auffallen als dies für den Durchschnitt der Befragten gilt. Hier sind sich also neue, etablierte und selbst ehemalige AfD-Anhänger\*innen relativ einig und unterstreicht die Relevanz des Themas für die AfD-Wählerschaft.

**Abbildung 11: Vergleich aktuelle Zustimmung/Ablehnung zu Einstellungen zu Ukraine-Geflüchteten nach AfD-Untergruppen**  
Angaben in Prozent



Quelle: WSI-Erwerbspersonenpanel, Wellen 13 (Einstellungen, Dez '24) und 14 (Gruppenzuordnung März '25)  
Anmerkung: N=5.223

WSI

Im Detail zeigen sich dann aber noch erwähnenswerte Differenzen zwischen den Gruppen. So gilt durchgängig für alle Aussagen, dass je etablierter die Verbindung zur AfD ist, desto negativer und abwertender sind die Einstellungen.<sup>32</sup>

Schließlich zeigen sich für *ehemalige* AfD-Anhänger\*innen durchweg weniger ablehnende und pessimistische Einstellungen als dies für *aktuelle* AfD-Wählende gilt. Dies könnte auch als Hinweis dafür gedeutet werden, dass einigen ehemaligen AfD-Anhänger\*innen die radikalen AfD-Positionen in Migrationsfragen zu weit gingen und womöglich auch Grund für ihre Abwendung von der AfD waren. Gleichzeitig ist aber auch auffällig, dass ihre Einstellungen hier zwar positiver und optimistischer als die der durchschnittlichen AfD-Wählenden, jedoch deutlich negativer und pessimistischer als die aller Befragten sind. Es handelt sich bei ehemaligen AfD-Anhänger\*innen also keineswegs überwiegend um Menschen, die bei dem Thema keine restriktiven Einstellungen teilen oder gar, denen das Thema egal zu sein scheint – ihre Einstellungen sind eben nur nicht so extrem ausgeprägt wie unter aktuellen AfD-Wählenden, was auch an dem deutlich höheren Anteil an eingeschränkter Zustimmung und Ablehnung („stimme eher/eher nicht zu“) erkennbar ist. Gleichwohl liegt das Zustimmungsausmaß von ehemaligen AfD-Anhänger\*innen in etwa auf dem Level von neuen AfD-Anhänger\*innen und -Wählenden.

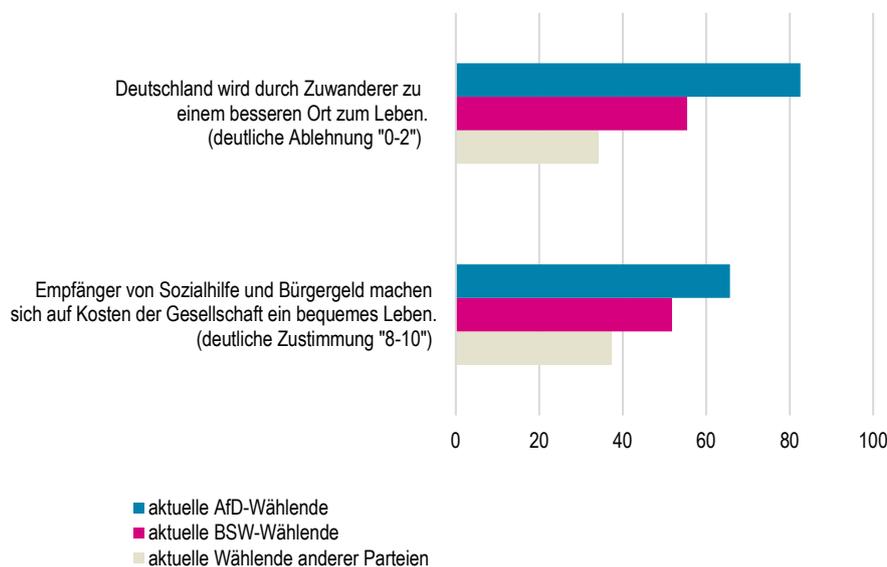
<sup>32</sup> Das gilt für das Kriterium der Parteiwahl als auch für die Anhängerschaft basierend auf der Wahlpräferenz. Entsprechend erscheinen die Zustimmungswerte für die Neuwählenden und neuen Anhänger\*innen der AfD als nicht ganz so extrem.

## 4.2 Einstellungen zu Zuwanderung und gegenüber Bürgergeldempfänger\*innen

Zusätzlich zu der dargestellten Aussagen-Batterie zu Ukraine-Geflüchteten, die bereits vier Mal im WSI-Erwerbspersonenpanel erhoben wurde, beantworteten die Befragten in der Erhebungswelle 13 (Ende 2024) weitere Aussagen zum Themenkomplex Zuwanderung und Einstellungen zu Bürgergeldempfänger\*innen erstmalig. Dazu gehören die Frage danach, ob Zuwanderung für Deutschland eine Bereicherung darstellt und ob sich Empfänger\*innen von Sozialhilfe und Bürgergeld „auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen“. Letztere Frage, die explizit Einstellungen zu Sozialhilfe- und Bürgergeldempfänger\*innen erfasst, zielt auf das diffamierende Stereotyp des faulen „Sozialschmarotzers“. Schließlich wird die Frage, ab wann Zugewanderten soziale Rechte gewährt werden sollten, betrachtet.

Bei der Frage danach, ob Deutschland durch Zuwanderung bereichert wird – ob es genauer gesagt „zu einem besseren Ort zum Leben“ wird – unterscheiden sich die Antworten der AfD-Wählenden deutlich von den Wählenden anderer Parteien (vgl. Abbildung 12). Die Befragten konnten hier auf einer 11-stufigen Skala von „0“ (stimme gar nicht zu) bis „10“ (stimme voll und ganz zu) ihre Zustimmung zu der Aussage angeben. Fünf von sechs AfD-Wählenden (83 Prozent) haben sich hier für eine der drei Extremantwortausprägungswerte der Ablehnung („0“-„2“) entschieden. Auch mehr als die Hälfte der BSW-Wählenden (55 Prozent) lehnten diese Aussage stark ab, sodass auch sie nur eher selten eine Bereicherung in Zuwanderung sehen. Unter Wählenden anderer Parteien wählte hingegen nur rund jede\*r Dritte eine der drei Extremantwortausprägungswerte der Ablehnung.

**Abbildung 12: Zustimmungs-/Ablehnungsanteil zu Einstellungen gegenüber Zugewanderten und Bürgergeldempfänger\*innen**  
Angaben in Prozent



Quelle: WSI-Erwerbspersonenpanel, Wellen 13 (Einstellungen, Dez '24) und 14 (Wahlentscheidung, Mrz '25)  
Anmerkung: N=5.223, Skalenausprägungen (0-10)

WSI

Erneut deutet sich für die Untergruppen von AfD-Wählenden im Detail an (nicht dargestellt), dass die Einstellungen umso negativer sind und umso seltener eine Bereicherung in Zuwanderung gesehen wird, desto länger die Befragten bereits die AfD wählen oder unterstützen. Auch hier ist jedoch anzumerken, dass selbst unter den AfD-Neuwählenden und neuen AfD-Anhänger\*innen eine sehr stark verbreitete Ablehnung dieser Aussage vorliegt (79 bzw. 70 Prozent), der noch über dem der BSW-Wählenden liegt. Und auch erneut ergibt sich für ehemalige AfD-Anhänger\*innen mit 74 Prozent ein Wert, der deutlich überdurchschnittlich ist, jedoch unterhalb des Wertes aktueller AfD-Wählender liegt.

Betrachtet man als zweites die Zustimmung zur abwertenden Aussage gegenüber Sozialhilfe- und Bürgergeldempfänger\*innen zeigt sich, dass das recht scharf formulierte, abwertende Stereotyp des „Sozialschmarotzers“ insgesamt weit verbreitet ist (Abbildung 12). Mehr als 44 Prozent der Befragten wählen eine der drei Extremausprägungen der Zustimmung („8“-„10“) auf der 11-stufigen Antwortskala. Erneut ist die starke Zustimmung unter AfD-Wählenden deutlich am verbreitetsten (66 Prozent) im Vergleich zu BSW-Wählenden (52 Prozent) und Wählenden anderer Parteien (37 Prozent).

Anders als bei den bisher gezeigten Einstellungen zur Zuwanderung und Geflüchteten, ergeben sich jedoch für die Abwertungen von Bürgergeldempfänger\*innen keine nennenswerten Differenzen in der detaillierten Betrachtung der AfD-Wählendengruppen (nicht dargestellt). Sowohl etabliertere als auch neue Anhänger\*innen der AfD – und im Übrigen auch ehemalige AfD-Anhänger\*innen sind sich hier weitgehend einig in der relativ starken und verallgemeinernden Abwertung von Sozialhilfe- und Bürgergeldempfänger\*innen.

Betrachtet man hier separat die Einstellungen der Arbeiter\*innen und Arbeitslosen – zwei Gruppen, die überdurchschnittlich häufig AfD wählen (vgl. Abschnitt 3.2.2) – so fallen insbesondere Arbeiter\*innen mit überdurchschnittlich negativen Einstellungen gegenüber Zugewanderten und Bürgergeldempfänger\*innen auf. Beispielsweise geben lediglich 50 Prozent von ihnen Mitgefühl mit dem Schicksal der Ukraine-Geflüchteten an (vs. 63 Prozent unter allen Befragten) und 52 Prozent von ihnen stimmen dem abwertenden Stereotyp gegenüber Bürgergeldempfänger\*innen deutlich zu (vs. 44 Prozent unter allen Befragten). Unter Arbeitslosen sind die negativen Einstellungen gegenüber Zugewanderten hingegen kaum überdurchschnittlich verbreitet. Lediglich, dass Deutschland durch Zuwanderung zu einem besseren Ort wird, erfährt von ihnen mit 55 Prozent etwas häufiger Ablehnung (vs. 46 Prozent unter allen Befragten) sowie, dass sich Ukraine-Geflüchtete erstmal „hintenanstellen“ sollten, erhält unter ihnen mit 61 Prozent etwas mehr Zustimmung (vs. 52 Prozent unter allen Befragten). Der verallgemeinernde Vorwurf des „Sozialschmarotzertums“ gegenüber Bürgergeldempfänger\*innen ist unter ihnen hingegen mit knapp 20 Prozent deutlich unterdurchschnittlich verbreitet (vs. 44 Prozent unter allen Befragten), was angesichts der Tatsache, dass nicht wenige Arbeitslose selbst Bürgergeld- bzw. Sozialhilfeempfänger\*innen sind, wenig verwundert.

Betrachtet man abschließend die Frage danach, ab wann Zugewanderten in Deutschland soziale Rechte gewährt werden sollten, ergeben sich für AfD-Wählende die restriktivsten Einstellungen (vgl. Anhang 3). Unter ihnen fordern fast 30 Prozent, dass sie „niemals die gleichen Rechte“ bekommen sollten. Der Wert ist mehr als vier Mal so hoch wie unter Wählenden anderer Parteien als der AfD und des BSW, unter denen dies von knapp sieben Prozent gefordert wird.<sup>33</sup> Entsprechend werden auch die beiden am wenigsten restriktiven Antwortausprägungen „sofort bei Ankunft“ und „nachdem sie ein Jahr in Deutschland gelebt haben, unabhängig davon, ob sie gearbeitet haben oder nicht“ unter den AfD-Wählenden nur sehr selten geteilt (zusammen knapp 4 Prozent). Die von den meisten Befragten präferierte Antwort ist unter allen hier betrachteten Befragtengruppen jedoch „Erst nachdem sie mindestens ein Jahr gearbeitet und Steuern bezahlt haben“.

Es zeigen sich zudem Auffälligkeiten zwischen den AfD-Wählendengruppen, da sich generell zeigt, dass je länger und etablierter die Bindung an die AfD ist, desto häufiger wird geantwortet, dass Zugewanderte nie die gleichen Rechte haben sollten (AfD-Stammwählende: 34 Prozent, AfD-Anhänger\*innen seit 2021/2022: 38 Prozent vs. AfD-Neuwählende: 24 Prozent und neue AfD-Anhänger\*innen: 19 Prozent). Aber auch hier gilt, dass selbst die Neuwählenden der AfD noch deutlich überdurchschnittlich restriktive Einstellungen äußern.

### **4.3 Die verstärkende Wirkung des Gefühls benachteiligt zu werden**

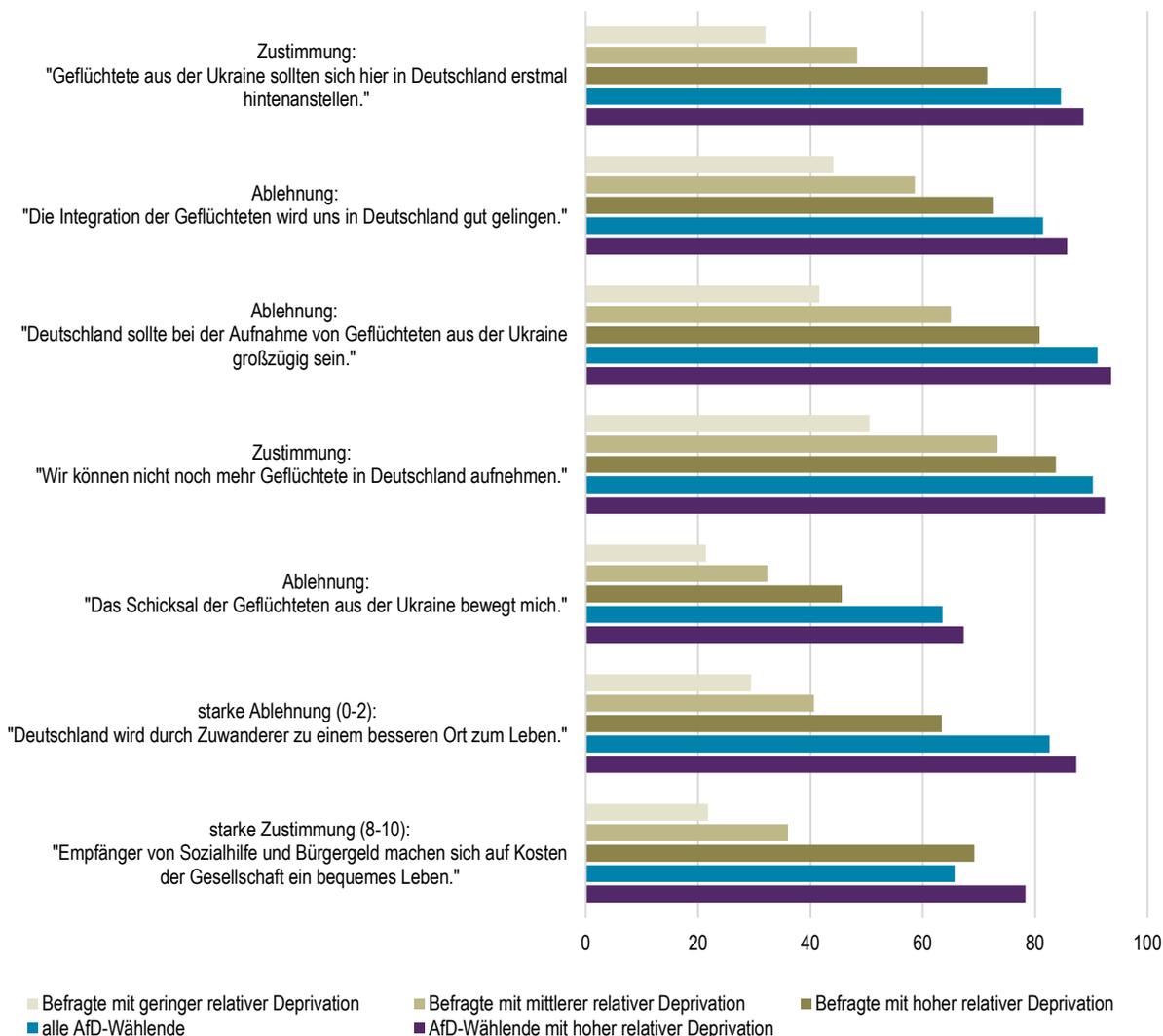
Zudem wurden die Befragten Ende 2024 gebeten, anzugeben, inwieweit sie der Aussage zustimmen „Menschen wie ich werden systematisch vernachlässigt, während andere Gruppen mehr bekommen, als sie verdienen“. Dieses auf Vergleichsprozessen beruhende Gefühl wird in der Sozialpsychologie auch als empfundene relative Deprivation (Runciman 1966, Rippl/Baier 2005) bezeichnet. Unter relativer Deprivation glauben Menschen, dass es ihnen ungerechtfertigterweise schlechter geht als vergleichbaren anderen Personen oder Gruppen.

Die Zustimmung der Befragten zu dieser Aussage und damit das Gefühl relativ depriviert zu sein, erweist sich als ebenfalls verbreitet unter Erwerbsspersonen, da knapp jede\*r Dritte (31,6 Prozent) hier eine der drei Extremausprägungen der Zustimmung („8“-„10“) wählte. Im Osten Deutschlands ist die Zustimmung etwas höher als im Westen (35,2 vs. 31,2). Besonders hoch ist die Zustimmung unter Arbeiter\*innen (42,7 Prozent) und Arbeitslosen (40 Prozent). Erneut zeigt sich dann aber beim Vergleich der Wählendengruppen, dass hier AfD-Wählende (56 Prozent), gefolgt von BSW-Wählenden (44 Prozent) deutlich häufiger stark zustimmen als Wählende anderer Parteien (23 Prozent).

---

<sup>33</sup> Auch unter Wählenden des BSW ist der Wert hier überdurchschnittlich mit knapp 11 Prozent.

**Abbildung 13: Zustimmungs-/Ablehnungsanteil zu Einstellungen gegenüber Zugewanderten und Bürgergeldempfänger\*innen nach Ausmaß relativer Deprivation und AfD-Wahl**  
Angaben in Prozent



Quelle: WSI-Erwerbspersonenpanel, Wellen 13 (Einstellungen und relative Deprivation, Dez '24) und 14 (Wahlentscheidung, Mrz '25)  
Anmerkung: N=5.223.

**WSI**

Wie relevant das Gefühl, im Vergleich zu anderen Gruppen zu kurz zu kommen, für die Einstellungen gegenüber Zugewanderten ist, verdeutlichen die folgenden Analysen. Für alle berücksichtigten und bereits in diesem Abschnitt aufgeführten Aussagen zeigt sich, dass Befragte umso ablehnendere Einstellungen angeben, je stärker sie das Gefühl haben, im Vergleich zu anderen Gruppen zu kurz zu kommen (beige abgestufte Balken, Abbildung 13).

Auffällig ist dabei, dass das Gefühl der relativen Deprivation zwar relevant ist und Befragte, die hier ein starkes Ausmaß äußern, deutlich überdurchschnittlich negativ antworten, jedoch AfD-Wählende nochmals ablehnender bezüglich Zugewanderter und Bürgergeldempfänger\*innen antworten als Befragte mit stark ausgeprägter relativer Deprivation.

Wenig verwunderlich ist dann jedoch, dass die Kombination aus Wahlpräferenz für die AfD und stark empfundener relativer Deprivation (lila Balken) besonders negative Einstellungen gegenüber Zugewanderten hervorbringt; ebenjene Kombination also, die besonders weit verbreitet ist, da mehr als die Hälfte der AfD-Wählenden sich auch stark benachteiligt fühlt. Die Zustimmungswerte sind hier teilweise nah an der 100 Prozent-Marke.

Als nochmals relevanter erweist sich das Gefühl der relativen Deprivation dann für die Zustimmung zum „Sozialschmarotzer“-Stereotyp gegen Empfänger\*innen von Bürgergeld. Hier sind die Differenzen zwischen Befragten mit Deprivations- und ohne Deprivationsgefühlen am prägnantesten. Zudem erweist sich hier dann auch die Kombination aus AfD-Wählende\*r und hohem Ausmaß an Benachteiligungsgefühl als besonders stark dem Stereotyp zustimmend.

## 5 Krisen

Krisenzeiten sind häufig Gelegenheiten für extrem rechte Parteien, ihr Elektorat zu vergrößern, da sie bestehende Unsicherheiten, Ängste und empfundene Kontrollverluste in der Bevölkerung verstärken, und sie darauf mit populistischen und anti-elitären Botschaften reagieren können. Krisenzeiten bieten auch einen äußerst fruchtbaren Nährboden für rechtspopulistische und abwertende Einstellungen, da sie häufig mit kollektiven Schuldzuweisungen gegen marginalisierte Gruppen, der Aufkündigung von Solidaritätsnormen und der Einforderung von Etabliertenvorrechten einhergehen (vgl. z. B. Elias/Scottson 1993; Heitmeyer 2018; Zick/Hövermann 2010; Preuß 2020). Im Folgenden werden drei krisenbezogene Themen und die hier jeweils relevanten Zeiträume und Fragestellungen herangezogen: die Pandemie, die Hochinflationsphase und die Job-Sorgen wegen der Transformationsherausforderungen.

### 5.1 Die Pandemie

Die Pandemie hatte für viele Menschen in Deutschland in mannigfacher Form enorme Auswirkungen – ob in gesundheitlicher, beruflicher oder auch finanzieller Hinsicht (siehe z. B. Kohlrausch et al. 2025). erinnert man sich an die Entwicklung der Umfragewerte der AfD (vgl. Abbildung 1), wird deutlich, dass die AfD während der Pandemie jedoch kaum nennenswerten Zulauf verzeichnen konnte; vor allem nicht im ersten Pandemie-Jahr, als es der AfD schwerfiel, eine Position zu entwickeln (Lehmann/Zehnter 2022). Erst in späteren Phasen der Pandemie, als die Unzufriedenheit mit dem Pandemiemanagement der politischen Entscheidungsträger\*innen wuchs und polarisierende Diskussionen um die Impfpflicht und eingeschränkte Freiheitsrechte je nach Impfstatus dominierten, gelang es der AfD besser, den vielfach entstandenen Unmut in Elitenkritik zu kanalisieren und sich als Unterstützerin der Demonstrationen zu positionieren (ebd.).

Welche Rolle spielten nun aber die hohen Belastungen und der Unmut über das Pandemiemanagement für den aktuellen Erfolg der AfD? Sind diejenigen, die damals besonders stark während der Pandemie belastet waren nun auch besonders häufig unter den AfD-Wählenden zu finden? War der Unmut und die Enttäuschung über die Corona-Politik bei einigen nur von vorübergehender Dauer oder mündeten sie bei vielen auch noch einige Jahre später in einer Wahlentscheidung für die AfD?

Die folgenden Analysen können zur Beantwortung dieser Frage nur näherungsweise Aufschluss geben, da kausale Aussagen anhand dieser Analysen nur sehr bedingt möglich sind.<sup>34</sup> Um jedoch zumindest näherungsweise Antworten auf die hier gestellten Fragen zu erhalten, werden im Folgenden die Einstellungen der Befragten während der Pandemie in zwei Schritten analysiert: zunächst wird das Ausmaß der Belastungen betrachtet bevor die Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Pandemie, das Teilen von Verschwörungsmythen sowie das

---

<sup>34</sup> Eine wichtige Einschränkung der Aussagekraft der Analysen liegt hier darin begründet, dass die Sonntagsfrage im WSI-Erwerbspersonenpanel erst ab Welle 5 (Juli '21) erfasst wurde und somit die Wahlpräferenz der Befragten in den ersten anderthalb Pandemie-jahren nicht erfragt wurde und damit unbekannt ist. Entsprechend bleibt unklar, ob die Befragten bereits während der Pandemie AfD wählten, ob sie es zuvor bereits taten oder ob sie beispielsweise erstmalig kurz nach der Pandemie zur AfD wechselten. Dennoch können die Analysen Hinweise auf Zusammenhänge liefern.

solidarische Pandemieverhalten analysiert wird. Während der Pandemie konnten im WSI-Erwerbspersonenpanel sieben Befragungszeitpunkte zwischen April 2020 und Januar 2022 realisiert werden. Die Befragungszeitpunkte fallen dabei sowohl in Phasen der Lockdowns als auch in Sommer-Phasen, in denen sich das Pandemiegeschehen deutlich abflachte.

### 5.1.1 Belastungen während der Pandemie

Bisherige Forschung anhand des WSI-Erwerbspersonenpanels hatte zeigen können, dass das Belastungslevel während der Pandemie eng mit der Unzufriedenheit mit und der Entfremdung von etablierten demokratischen Parteien einherging (Hövermann 2025b). Eltern und insbesondere Mütter fielen hier besonders auf, da sie häufig einsprangen als die institutionelle Betreuung während der Pandemie nicht mehr zuverlässig geöffnet war und sie dies mit ihren Arbeitsverpflichtungen in Einklang bringen mussten. Bereits in einer frühen Pandemiephase ließ sich unter Müttern ein Vertrauensverlust in die Politik (Bastin/Unzicker 2022: 11) sowie im Laufe der Pandemie auch eine erhöhte Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungsträger\*innen unter ihnen (Hövermann/Kohlrausch 2022; Hövermann 2025b) feststellen.

Im WSI-Erwerbspersonenpanel wurde das subjektiv empfundene sozioemotionale Belastungslevel in verschiedenen Teilbereichen sowie anhand eines Gesamtbelastungsindikators erfragt. Im Folgenden werden die Belastungen im Bereich der Familie und die Gesamtbelastungen in den Fokus genommen und das jeweilige durchschnittliche Belastungsniveau während der Pandemie in drei Abstufungen eingeteilt (geringe, mittlere und hohe Belastungen).<sup>35</sup>

So ergibt sich, dass 18,7 Prozent der Erwerbspersonen während der Pandemie im Durchschnitt hohe familiäre Belastungen zu tragen hatten (knapp 43 Prozent geringe und 39 Prozent mittlere Belastungen). Aufgrund der enormen familiären Herausforderungen, die während der Schul- und Kitaschließungen in der Pandemie an Eltern gestellt wurden, verwundert es wenig, dass der Anteil mit hohen familiären Belastungen während der Pandemie unter Befragten mit Kindern oder Jugendlichen im Haushalt mit knapp 29 Prozent deutlich höher liegt. Nochmals höher mit knapp 31 Prozent ist der Wert schließlich unter Müttern. Bei der Gesamtbelastung nannten knapp 35 Prozent hohe Belastungen während der Pandemie (knapp 49 Prozent mittlere und 16 Prozent geringe Belastungen).

Betrachtet man nun, wie sich aktuelle Wählendengruppen in der Höhe ihrer Belastungen während der Pandemie unterscheiden, so ergibt sich folgendes Bild (vgl. Abbildung 14): aktuelle AfD-Wählende berichteten während der Pandemie überdurchschnittlich häufig von hohen familiären Belastungen.<sup>36</sup> Knapp jeder\*r Vierte von ihnen war während der Pandemie im Durchschnitt mit hohen familiären Belastungen konfrontiert. Ähnlich hoch und damit ebenfalls überdurchschnittlich ist der Anteil unter BSW-Wählenden. Nochmals höher – bei 32 Prozent – liegt der Anteil mit hohen familiären Belastungen in der Untergruppe der Eltern, die die AfD wählen.

Für die verschiedenen AfD-Wählendengruppen lassen sich durchweg erhöhte Werte der familiären Belastung sowie der Gesamtbelastung attestieren (nicht dargestellt). Bemerkenswert ist zudem, dass *nach* der Pandemie (seit April '22) unter AfD-Wählenden keine signifikant höheren familiären Belastungen mehr angegeben wurden, sodass dies dafürspricht, dass es sich

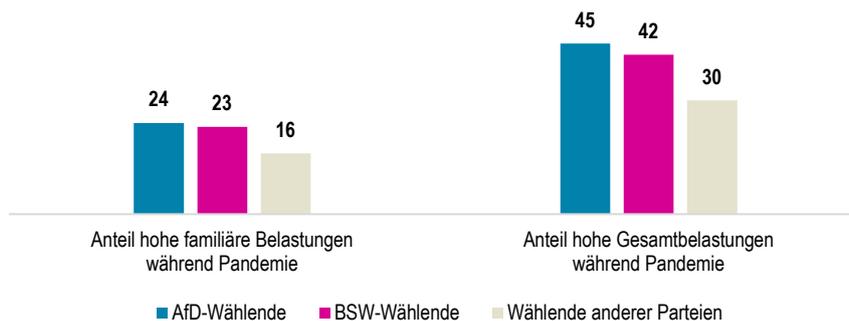
---

<sup>35</sup> Dazu wurden Gesamtindikatoren der durchschnittlichen empfundenen Belastungslevel der Befragten während der Pandemie erstellt. Das Belastungslevel wurde zu sechs der sieben Zeitpunkte während der Pandemie anhand einer fünfstufigen Antwortskala („gar nicht belastend“ bis „äußerst belastend“) erfragt. Zur Komplexitätsreduktion wird unterschieden zwischen Befragten, die in dieser Zeit im Durchschnitt geringe, mittlere oder hohe familiäre bzw. Gesamtbelastungen angegeben haben. Befragten, die auf der fünfstufigen Skala einen Mittelwert der familiären Belastungen während der Pandemie von kleiner 2,5 aufweisen, wird das Label „geringe Belastungen“ zugeordnet; Befragten mit Werten über/gleich 3,5 hatten „hohe Belastungen“ und Befragten mit Werten zwischen 2,5 und 3,5 „mittlere Belastungen“. Von den sechs möglichen Befragungszeitpunkten müssen die Befragten zu mindestens drei Zeitpunkten teilgenommen und ihr Belastungsausmaß angegeben haben, um genügend Informationen zur Bildung eines Mittelwerts vorliegen zu haben. Analog wurde für die Gesamtbelastungen vorgegangen.

<sup>36</sup> Wohlgenannt gab ein Großteil der aktuellen AfD-Wählenden während der Pandemie noch nicht an, AfD wählen zu wollen.

bei der Pandemie für AfD-Wählende eher um außergewöhnliche Belastungssituationen handelte und nicht etwa in diesen Gruppen besonders viele Befragte sind, die mit anhaltenden hohen familiären Belastungen umzugehen haben. Oder anders gesagt: AfD-Wählende empfanden gerade die Pandemie als besonders belastend.

**Abbildung 14: Belastungen während der Pandemie nach Wählendengruppe**  
Angaben in Prozent



Quelle: WSI-Erwerbspersonenpanel, Wellen 1 (Apr '20), 2 (Jun '20), 3 (Nov '20), 4 (Jan '21), 5 (Jul '21), 7 (Jan '22) und 14 (Mrz '25)  
Anmerkung: N=3.277/3.936

**WSI**

Schließlich ist erwähnenswert, dass auch ehemalige AfD-Anhänger\*innen hier klar überdurchschnittliche Pandemie-Belastungswerte aufweisen. Auch sie haben während der Pandemie – als einige von ihnen auch noch AfD-Anhänger\*innen waren – besonders hohe Belastungen erlebt. Für sie zeigt sich aber auch ein weiterer Befund: Unter ihnen ist der Anteil überdurchschnittlich, bei denen ein Rückgang der familiären Belastungen im Vergleich Pandemie vs. Post-Pandemie stattgefunden hat.<sup>37</sup> Besonders viele von ihnen hatten also während der Pandemie Belastungen, die danach deutlich nachließen. Ob dieser Rückgang der familiären Belastungen möglicherweise bei einigen auch ein Hinweis auf eine Motivation nicht mehr AfD wählen zu wollen, sein könnte, kann anhand der Daten nicht weiter empirisch geprüft werden.

### 5.1.2 Einstellungen zum Pandemie-Kurs der Bundesregierung(en)

Als zweites rücken die Einstellungen zum Pandemie-Kurs der Bundesregierung(en) in den Fokus der Analysen. Dazu wird zunächst die Unzufriedenheit mit dem Pandemiemanagement der politischen Entscheidungsträger\*innen betrachtet. Konkret wurde zu fünf Zeitpunkten während der Pandemie zwischen April 2020 und Januar 2022 die Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung erfragt (4-stufige Skala, „gar nicht zufrieden“ bis „sehr zufrieden“). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in dem Item selbst explizit nach der Leistung der Bundesregierung gefragt wurde – einer Institution, der AfD-Wählende ein enormes Ausmaß an Misstrauen entgegenbringen (Hövermann 2023). Erneut wird das *durchschnittliche* Ausmaß der Unzufriedenheit der Befragten während der Pandemie ermittelt und anschließend

<sup>37</sup> Hierzu wird der Mittelwert der familiären Belastungen der Erhebungen während der Pandemie mit dem der Erhebungen nach der Pandemie verglichen. Bei allen Befragten kommt es bei knapp 68 Prozent zu einem Rückgang und bei knapp 27 Prozent zu einem Anstieg der familiären Belastungen; bei 6 Prozent ist der Wert konstant. Bei ehemaligen AfD-Wählenden lässt sich für knapp 73 Prozent ein Rückgang feststellen (5,2 Prozent konstant; 21,9 Prozent Anstieg).

eine dreistufige Einteilung vorgenommen in „Zufriedene“ (29,2 Prozent), „mittel-Zufriedene“ (42 Prozent) und „Unzufriedene“ (28,8 Prozent).<sup>38</sup>

Es zeigt sich nun (vgl. Abbildung 15), dass fast zwei von drei aktuellen AfD-Wählenden bereits während der Pandemie unzufrieden mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung waren. Unter BSW-Wählenden liegt der Wert bei 38 Prozent. Der Anteil der Unzufriedenen unter AfD-Wählenden ist mit knapp 62 Prozent dreieinhalb Mal so hoch wie unter Wählenden anderer Parteien. Interessant ist zudem bezogen auf die Länge der AfD-Anhängerschaft, dass sich hier größere Differenzen zwischen den AfD-Wählendengruppen ergeben. Unter Anhänger\*innen, die bereits im Laufe der Pandemie die AfD unterstützten, ist der Anteil der damals Unzufriedenen mit 76 Prozent nochmals erkennbar höher, während der Wert unter neuen AfD-Anhänger\*innen (45 Prozent) zwar ebenfalls überdurchschnittlich, aber weniger extrem ausfällt.

Schaut man auf weitere Einstellungen während der Pandemie, werden im Folgenden acht Aussagen herangezogen. Ein Block von drei Aussagen erfasst die Sorge bezüglich der damaligen Grundrechtseinschränkungen und den Widerstand gegen die Corona-Schutzmaßnahmen. Ein zweiter Block von zwei Aussagen erfasst das solidarische und kooperative Verhalten. Und ein dritter Block von drei Aussagen vereint Aussagen der Skepsis und Zweifel sowie eine Aussage, die den Verschwörungsmythen zugeordnet werden kann. Alle acht Aussagen wurden während der Pandemie zwischen Juni 2020 und Januar 2022 entweder drei oder vier Mal im WSI-Erwerbspersonenpanel erfragt (4-stufige Skala, „stimme überhaupt nicht“ bis „stimme voll und ganz zu“). Analysiert und abgebildet wird der Anteil der Befragten, der im Durchschnitt der jeweiligen Aussage während der Pandemie zugestimmt hat.<sup>39</sup> Zudem wird die Quote derjenigen herangezogen, die sich nicht gegen das Coronavirus impfen ließen.<sup>40</sup>

Das Bild, das sich beim Vergleich der aktuellen Wählendengruppen ergibt, ist eindeutig und für alle Aussagen einheitlich (vgl. Abbildung 15): Aktuelle AfD-Wählende äußerten während der Pandemie ausnahmslos deutlich häufiger als BSW-Wählende und Wählende anderer Parteien Sorge bezüglich der damaligen Grundrechtseinschränkungen, sie unterstützten häufiger den Widerstand gegen die Corona-Einschränkungen, äußerten seltener, dass sie sich an kooperative Verhaltensweisen halten und sich auch seltener über unsolidarische Verhaltensweisen aufregen. Schließlich äußerten sie zudem deutlich überdurchschnittlich häufig Skepsis und Zweifel sowie Zustimmung zum Verschwörungsmythos, dass „hinter der Pandemie eine Elite steht, die eine neue Weltordnung schaffen will“. Die durchschnittlichen Zustimmungswerte sind dabei erheblich und liegen mehr als doppelt, teilweise vier- bis fünffach über denen der Wählenden anderer Parteien als AfD und BSW. Die Werte der BSW-Wählenden liegen einheitlich zwischen denen der AfD-Wählenden und der Wählenden anderer Parteien.

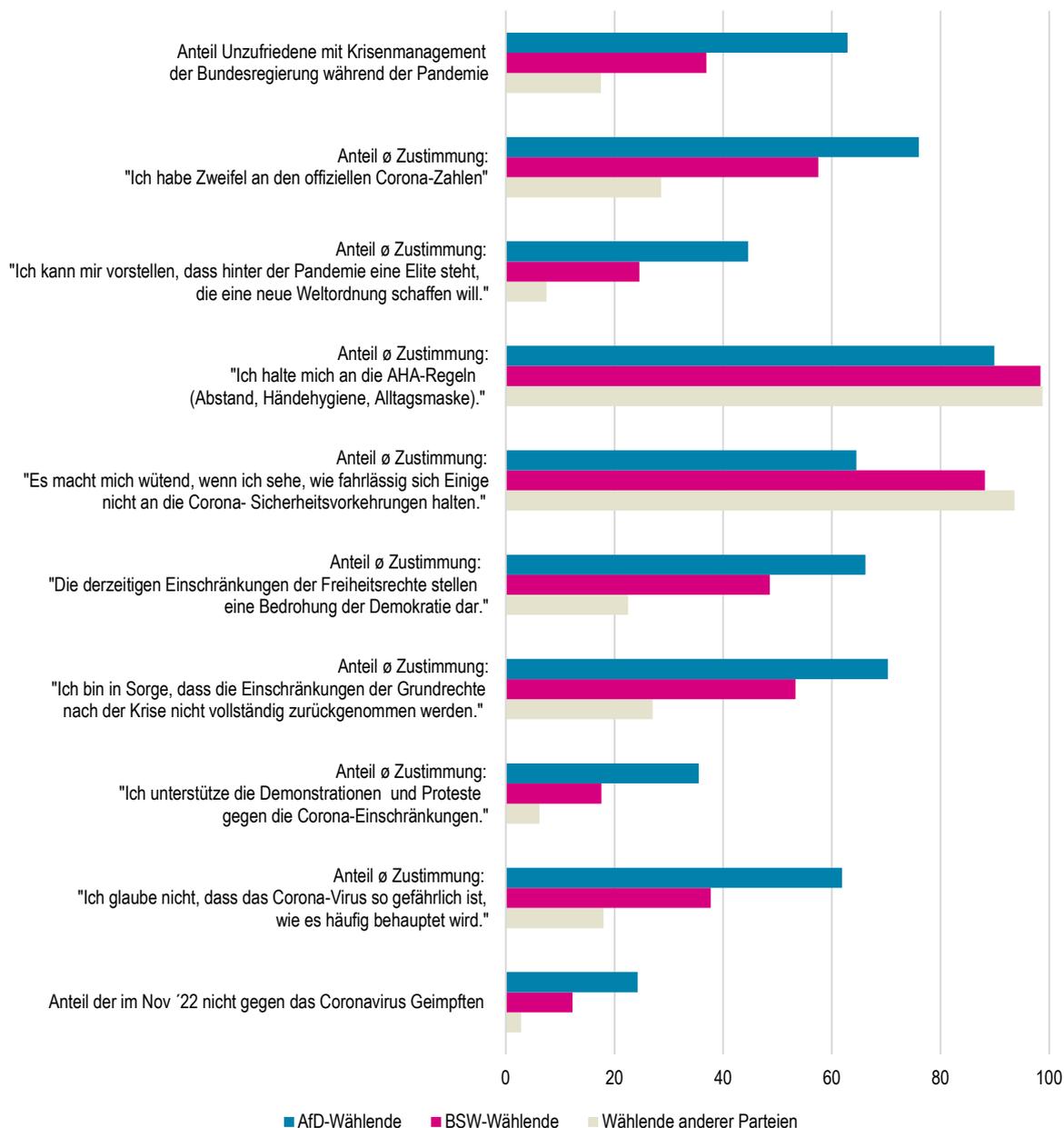
---

<sup>38</sup> Befragten, die auf der vierstufigen Skala einen Mittelwert der Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung während der Pandemie von kleiner 2 aufweisen, wird das Label „Zufriedene“ zugeordnet; Befragte mit Werten über 3 waren „Unzufriedene“ und Befragte mit Werten zwischen 2 und 3 „mittel Zufriedene“. Von den fünf möglichen Befragungszeitpunkten müssen die Befragten zu mindestens drei Zeitpunkten teilgenommen und ihre (Un-)Zufriedenheit angegeben haben, damit genügend Informationen zur Bildung eines Mittelwerts vorliegen.

<sup>39</sup> Hierzu wird zunächst der durchschnittliche Zustimmungsmittelwert aller Erhebungen eines/r jeden Befragten zu jeder Aussage gebildet. Liegt dieser größer/gleich 2,5 (auf der 4-stufigen Antwortskala) wird dies als durchschnittliche Zustimmung zu der Aussage gewertet. Anschließend wird in Abbildung 15 betrachtet, wie hoch der Anteil der im Durchschnitt Zustimmenden je Gruppe ausfällt.

<sup>40</sup> Die (Nicht-)Impfquote wurde zu verschiedenen Zeitpunkten im WSI-Erwerbspersonenpanel erfragt. Hier wird der letzte Zeitpunkt (November 2022) herangezogen, sodass zu diesem Zeitpunkt die allermeisten die Chance gehabt hatten, sich impfen zu lassen.

**Abbildung 15: Einstellungen zum Pandemie-Kurs der Bundesregierung(en) während der Pandemie nach Wählendengruppe**  
Angaben in Prozent



Quelle: WSI-Erwerbersonenpanel, Wellen 1 (Apr '20), 2 (Jun '20), 3 (Nov '20), 5 (Jul '21), 7 (Jan '22), 9 (Nov '22) und 14 (Mrz '25)  
Anmerkung: N=3.263-3.977. Abgetragen ist der jeweilige Anteil der Unzufriedenen bzw. bei den unteren acht Einstellungen, der Anteil, der im Durchschnitt während der Pandemie der jeweiligen Aussage zustimmte.



Ebenso einheitlich gilt, dass all dies besonders ausgeprägt unter den etablierteren AfD-Anhänger\*innen ist, die bereits während der Pandemie die AfD unterstützten. Erneut fallen die neuen AfD-Anhänger\*innen mit Einstellungen während der Pandemie auf, die zwar ebenfalls von den Wählenden anderer Parteien abweichen, jedoch deutlich weniger extrem waren als die etablierteren AfD-Anhänger\*innen. Dies deutet darauf hin, dass unter den jüngst zur AfD gewechselten Befragten viele während der Pandemie noch den Regierungskurs mittrugen. Dies wird auch an der Quote derjenigen ersichtlich, die sich nicht gegen das Coronavirus impfen ließen. Diese lag im November 2022 unter AfD-Anhänger\*innen seit 2021/2022 bei knapp 36 Prozent, während sie bei den neuen AfD-Anhänger\*innen bei 10,8 Prozent lag.

### 5.1.3 Damalige Unzufriedenheit und jetzige AfD-Wahl unter Eltern

Im Pandemieverlauf zeigte sich ein erheblicher Rückgang der Zufriedenheit mit der Corona-Politik der Bundesregierung(en). Waren zu Pandemiebeginn im April 2020 noch zwei von drei Befragten im WSI-Erwerbspersonenpanel „zufrieden“ oder sogar „sehr zufrieden“ mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung, so reduzierte sich dieser Anteil bis Ende 2020 auf 55 Prozent, um dann im Sommer 2021 auf 40 Prozent und schließlich im Januar 2022 auf nur noch 31 Prozent abzusinken.<sup>41</sup> Auffällig war hier, dass die Werte von Müttern – einer besonders stark belasteten Gruppe während der Pandemie – nochmals geringer ausfielen. Unter ihnen sank der Anteil der Zufriedenen von 60 Prozent eingangs der Pandemie auf nur noch 22 Prozent im Januar 2022 – alles deutlich unterdurchschnittliche Werte (vgl. Hövermann/Kohlrausch 2022).

Analog dazu zeigte sich zudem ein erheblicher Anstieg derjenigen mit geringem Vertrauen in die Bundesregierung von 34 Prozent direkt nach der Bundestagswahl im Oktober 2021 auf 48 Prozent rund ein Jahr später (vgl. Hövermann 2025a). Auch hier war das geringe Vertrauen in der Gruppe der Mütter besonders stark ausgeprägt: Äußerten direkt nach der Bundestagswahl im Oktober 2021 noch 40 Prozent von ihnen geringes Vertrauen, stieg dieser Wert auf 57 Prozent im November 2022. Weder für die Unzufriedenheit mit der Corona-Politik noch für das geringe Vertrauen in die Bundesregierung ließen sich ähnlich überdurchschnittliche Werte für Väter aufzeigen.

Inwieweit diese damalige Unzufriedenheit mit und Entfremdung von der Politik – v.a. unter Müttern – auch zu einer längerfristigen Abkehr von demokratischen Parteien führte und einen relevanten – evtl. auch nur gruppenspezifischen – Erklärungsfaktor für den Erfolg der AfD darstellt, soll im Folgenden näherungsweise analysiert werden.<sup>42</sup> Dazu wird betrachtet, wie häufig die damals Unzufriedenen rund drei Jahre später bei der Bundestagswahl 2025 ihr Kreuz bei der AfD gemacht haben.

Um dies zu analysieren, werden zunächst ein paar relevante Vergleichswerte der Verbreitung der AfD-Wahl genannt (vgl. Abbildung 16). Unterscheidet man zunächst zwischen Vätern und Müttern im Datensatz, so ist – analog zum generellen Geschlechtereffekt – auch der Anteil der AfD-Wählenden unter Vätern größer als unter Müttern (26,7 vs. 18 Prozent). Im generellen Vergleich zwischen Müttern und Vätern lässt sich somit sagen, dass unter Erwerbspersonen Mütter bei der Bundestagswahl 2025 also *nicht* häufiger AfD wählten als Väter – im Gegenteil.

Schaut man nun darauf, wie die damalige Unzufriedenheit mit der Corona-Politik mit der jetzigen Parteiwahl einhergeht, zeigt sich ein relevanter Zusammenhang: Unter den Befragten, die im Januar 2022 mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung unzufrieden waren, wählten jetzt 26,4 Prozent – und damit klar überdurchschnittlich viele Befragte – die AfD. Zum Vergleich: Von den damals Zufriedenen machten aktuell nur 6,2 Prozent ihr Kreuz bei der AfD. Nochmals ausgeprägter ist der Zusammenhang, wenn nur diejenigen fokussiert werden, die damals die Extremantwortausprägung „gar nicht zufrieden“ wählten. Unter ihnen wählten bei der Bundestagswahl 2025 sogar 42,8 Prozent die AfD mit ihrer Zweitstimme.

Betrachtet man nun explizit die Eltern und hier Mütter und Väter getrennt voneinander, so zeigt sich Folgendes (vgl. Abbildung 16). Unter Müttern, die während der Pandemie mit der Corona-Politik unzufrieden waren, ist der Anteil der AfD-Wählerinnen mit 23,8 Prozent erhöht im

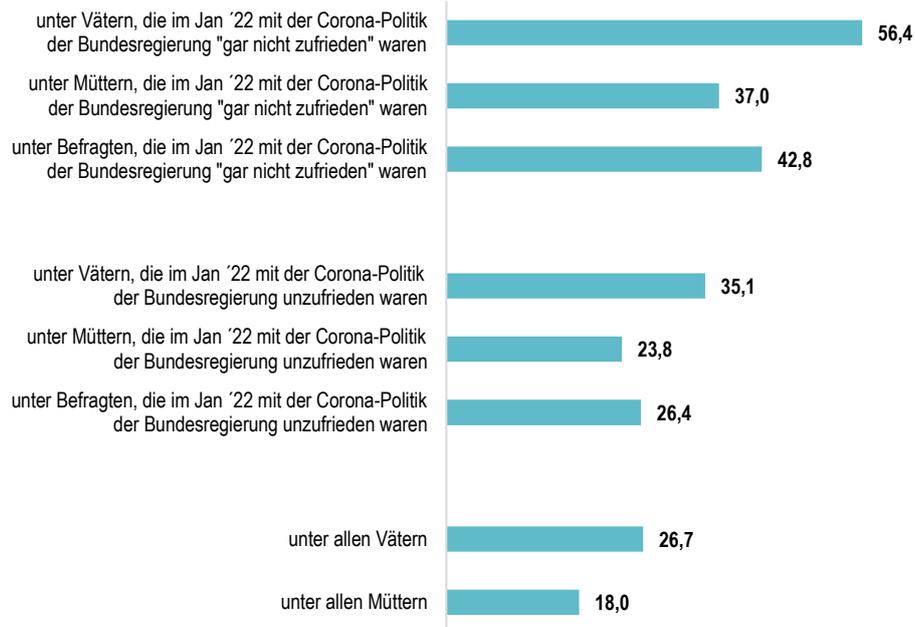
---

<sup>41</sup> Aufgrund fehlender Vor-Pandemie-Daten kann anhand der vorliegenden Daten letztlich nicht geklärt werden, inwieweit es sich bei diesem Rückgang lediglich um eine Korrektur eines zu Beginn der Pandemie stattgefundenen „rally-around-the-flag-Effekt“ handelt, der einen Ansprung des Zusammenhalts und des Vertrauens in akuten Krisensituationen beschreibt. Einen solchen Effekt (und einen anschließenden Rückgang auf das Pre-Pandemie-Niveau) konnten Zoch und Wamsler (2024) anhand von Daten eines anderen Datensatzes (NEPS) für das Vertrauen in politische Institutionen nachzeichnen.

<sup>42</sup> Auch hier muss erwähnt werden, dass aufgrund des eingeschränkten Vorhandenseins von einzelnen Items in Befragungswellen und der Komplexität einer Wahlentscheidung, die selten monokausal erfolgt, keine eindeutige Kausalität für eine Wahlentscheidung nachgezeichnet werden kann.

Vergleich zu allen Müttern, aber auch im Vergleich zu allen Befragten. Nochmals deutlich höhere Anteile an aktuellen AfD-Wählerinnen (37 Prozent) ergeben sich für Mütter, die im Januar 2022 die Extremantwortausprägung „gar nicht zufrieden“ zur Beurteilung der Corona-Politik auswählten. Damit zeigt sich, dass die damals mit der Corona-Politik Unzufriedenen auch überdurchschnittlich häufig rund drei Jahre später AfD wählten.

**Abbildung 16: Anteil AfD-Wählende in Untergruppen nach Geschlecht und früherer Unzufriedenheit mit Corona-Politik**  
Angaben in Prozent



Quelle: WSI-Erwerbspersonenpanel, Wellen 7 (Januar '22), und 14 (März '25)  
Anmerkung: N=3.672

**WSI**

Gleichzeitig gilt es aber auch einschränkend zu betonen, dass hier keineswegs von einer Zwangsläufigkeit oder Verallgemeinerung die Rede sein sollte. Die Befunde zeigen genauso, dass knapp zwei von drei Müttern trotz großer Unzufriedenheit während der Pandemie bei der Bundestagswahl 2025 eben nicht ihr Kreuz bei der AfD machten. Andersherum deuten die Daten darauf hin, dass eine große Mehrheit der Mütter, die bei der Bundestagswahl 2025 ihr Kreuz bei der AfD machten, vermutlich bereits am Ende der Pandemie unzufrieden mit der Corona-Politik war.<sup>43</sup>

Wie sind diese Werte nun aber einzuschätzen im Vergleich zu Vätern, einer Gruppe, die – anders als Mütter – während der Pandemie nicht mit erhöhter Unzufriedenheit mit der Corona-Politik oder besonders geringem Vertrauen in die Bundesregierung auffiel? Unter Vätern, die während der Pandemie unzufrieden mit der Corona-Politik waren, liegt der Anteil der aktuellen AfD-Wählenden mit 35,1 Prozent nochmals deutlich höher als unter damals unzufriedenen Müttern (23,8 Prozent). Gleiches ergibt sich bei der Analyse derjenigen, die damals die Extremantwortausprägung „gar nicht zufrieden“ wählten: unter Vätern wählten hier bei der Bundestagswahl 56,4 Prozent die AfD (unter Müttern: 37 Prozent). Auch wenn hier die allgemein höhere AfD-Wahlquote unter Männern berücksichtigt werden muss, so wird damit dennoch deutlich, dass der vermutete Zusammenhang aus Pandemie-Unzufriedenheit und AfD-Wahl

<sup>43</sup> Der Wert liegt hier bei 90,6 Prozent, jedoch muss dieser mit großer Vorsicht interpretiert werden aufgrund der geringen Fallzahl von 56 Fällen/Müttern, die im Januar 2022 Unzufriedenheit mit der Corona-Politik angaben und jetzt bei der Bundestagswahl 2025 AfD wählten.

unter Vätern nochmals prägnanter ausfällt als unter Müttern. Wenn Väter schon während der Pandemie unzufrieden mit der Corona-Politik waren, so entschieden sie sich klar überdurchschnittlich häufig bei der Bundestagswahl 2025 drei Jahre später für die AfD. Gleichzeitig gilt es aber auch zu berücksichtigen, dass die Unzufriedenheit unter Müttern verbreiteter war, was die geringeren Anteile an AfD-Wählerinnen bezogen auf die Relevanz des Wirkmechanismus ein Stück weit relativiert.

Man könnte zusätzlich relativierend einwenden, dass es möglich ist, dass diese damals Unzufriedenen nicht *wegen* der Pandemie unzufrieden waren und sich von etablierten demokratischen Parteien abwendeten, sondern bereits vor der Pandemie unzufrieden mit ihrer Politik waren und ihnen dann entsprechend auch die Corona-Politik der Bundesregierung missfiel. Gänzlich kann dies anhand des WSI-Erwerbspersonenpanels nicht ausgeschlossen werden (s. Fußnote 34), jedoch sprechen einige Hinweise eine andere Sprache. Schaut man darauf, wie hoch der Anteil, der schon bei der Bundestagswahl 2021 AfD wählenden Befragten war, die im Januar 2022 mit der Corona-Politik unzufrieden waren, so liegt dieser bei gerade einmal 11,4 Prozent. Das ist zwar überdurchschnittlich für die damalige AfD-Wahlquote, jedoch bedeutet dies, dass nur rund jede\*r Neunte damals Unzufriedene 2021 die AfD wählte; 2025 waren es hingegen dann schon mehr als jede\*r Vierte. Entsprechend gilt für die wenigsten der damals Unzufriedenen, dass sie bereits zum Zeitpunkt der Pandemie (bzw. zur Bundestagswahl 2021) AfD-Wählende waren. Der Großteil von ihnen wechselte erst anschließend zur AfD. Wer also während der Pandemie unzufrieden war und mittlerweile AfD wählt, wechselte meist noch nicht während der Pandemie, sondern vor allem erst mit zeitlicher Verzögerung.

Entsprechend erscheint es als sehr wahrscheinlich, dass noch weitere Prozesse und gesellschaftliche Entwicklungen, die zeitlich nach der Pandemie einsetzten, eine Relevanz für das Hinwenden dieser Befragten an die AfD hatten. Der genannte erhebliche Zusammenhang zwischen damaliger Unzufriedenheit und jetziger AfD-Wahl lässt aber vermuten, dass die enttäuschenden und belastenden Pandemieerfahrungen für viele von ihnen einen wichtigen Erfahrungswert darstellten, der bei einigen Entfremdungsprozesse von etablierten demokratischen Parteien anschoob und bei anderen bereits vorhandene weiter verstärkte.

## 5.2 Die Hochinflationsphase

Mit Auslaufen der Pandemie setzte ausgelöst durch den russischen Angriff auf die Ukraine direkt darauffolgend die nächste Krise ein. Nicht nur stellte dieser jahrzehntelang für selbstverständlich gehaltene Sicherheiten in Frage und sorgte dafür, dass innerhalb weniger Monate mehr als eine Million Geflüchtete aus der Ukraine nach Deutschland kamen, er löste darüber hinaus in Deutschland aufgrund der damaligen Abhängigkeiten vom russischen Gas auch eine Energiekrise aus und sorgte für Rekordwerte bei der Preissteigerung.

Bereits im zweiten Halbjahr 2021 zog die Inflation spürbar auf über fünf Prozent an, vor allem ausgelöst durch temporäre Basiseffekte durch die Senkung des Mehrwertsteuersatzes und der Mineralölprodukte im Jahr 2020 sowie der Preisauswirkungen durch zunehmende Lieferengpässe. Somit stand die Inflation zum Zeitpunkt des russischen Angriffs auf die Ukraine im Frühjahr 2022 in Deutschland bereits bei über vier Prozent – und damit auf hohem Niveau. Bis Ende des Jahres 2022 stieg sie dann aber weiter auf Rekordstände von knapp neun Prozent an. Erst im Frühjahr 2023 begann der Rückgang der Inflation bis dann im Spätsommer 2023 wieder das Inflationsniveau des Frühjahrs 2022 erreicht wurde. Seit dem Frühjahr 2024 pendelt sich die Inflationsrate bei den angestrebten zwei Prozent ein.

Ruft man sich die Entwicklung der Umfragewerte in Erinnerung (vgl. Abbildung 1), so begann der erhebliche, anderthalbjährige Anstieg in der AfD-Wahlpräferenz im Frühsommer 2022, kurz nach der russischen Invasion in der Ukraine und überlappt sich daher zu großen Teilen mit der beschriebenen Inflationsentwicklung.<sup>44</sup> Um nun Hinweise zur Rolle der Hochinflationsphase zu erlangen, werden die von den Befragten angegebenen finanziellen Belastungen und finanziellen Sorgen seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine betrachtet.

## 5.2.1 Finanzielle Sorgen

Im WSI-Erwerbspanel wurde seit der Erhebung im April 2022 nach Sorgen wegen zahlreicher finanzieller Aspekte gefragt. Hierbei ist zu betonen, dass diese subjektiv empfunden sind und somit nicht zwangsläufig mit objektiven Benachteiligungen einhergehen müssen. Im Fall der AfD-Wählenden ließ sich beispielsweise anhand des WSI-Erwerbspanels zeigen, dass sich AfD-Wählende nicht nur deutlich häufiger von Krisen betroffen fühlen oder wirtschaftliche Sorgen äußern als Wählende anderer Parteien, sondern dies bei ihnen auch deutlich häufiger zutrifft trotz gleicher objektiver Haushaltseinkommen (Hövermann 2025a).

Bereits im April 2022 – und damit kurz nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine – deutete sich anhand der Analysen des WSI-Erwerbspanels an (Hövermann 2022), welche große Relevanz finanzielle Sorgen für politische Entfremdungserscheinungen und abwertende Einstellungen haben. Auch konnte für spätere Zeitpunkte anhand der Daten gezeigt werden, dass insbesondere finanzielle Sorgen mit einem geringen Vertrauen in die Bundesregierung einhergehen (Hövermann 2025a).

Im Folgenden werden stellvertretend zwei Sorgen-Aspekte detaillierter betrachtet – die Inflationssorge („steigende Preise“) und die Abstiegsorge („Lebensstandard nicht halten können“). Beide Sorgen wurden zu fünf Zeitpunkten seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine jeweils anhand einer dreistufigen Antwortskala („keine Sorgen“ bis „große Sorgen“) erfragt. Bezüglich der steigenden Preise waren große Sorgen bei den Erhebungen des Jahres 2022 bei mehr als der Hälfte der Befragten verbreitet, während sie dann langsam zurückgingen auf 46 Prozent der Befragten, die diese Sorge noch Ende 2024 als große Sorge äußerten. Die Sorge um den Lebensstandard erwies sich im selben Zeitraum als sehr stabil und wurde von knapp 30 Prozent der Befragten zu den jeweiligen Zeitpunkten als „groß“ eingestuft.

Im Folgenden wird das jeweilige *durchschnittliche* Sorgenlevel der Befragten seit April 2022 betrachtet und unterschieden zwischen Befragten, die in dieser Zeit im Durchschnitt geringe, mittlere oder große<sup>45</sup> Sorgen angegeben haben (vgl. Abbildung 17). Auch die Verteilungen zu dem so erstellten durchschnittlichen Sorgelevel zeigen, dass Sorgen bezüglich steigender Preise weit verbreitet waren (und in vielen Fällen auch noch sind): Knapp 46 Prozent der Befragten gaben hier im Durchschnitt große Sorgen an (knapp 49 Prozent mittlere, 5 Prozent geringe Sorgen). Der Anteil an Befragten, die seit 2022 im Durchschnitt hohe Abstiegsängste berichteten, liegt bei 22 Prozent (mittlere/geringe Abstiegsängste: 55/23 Prozent).

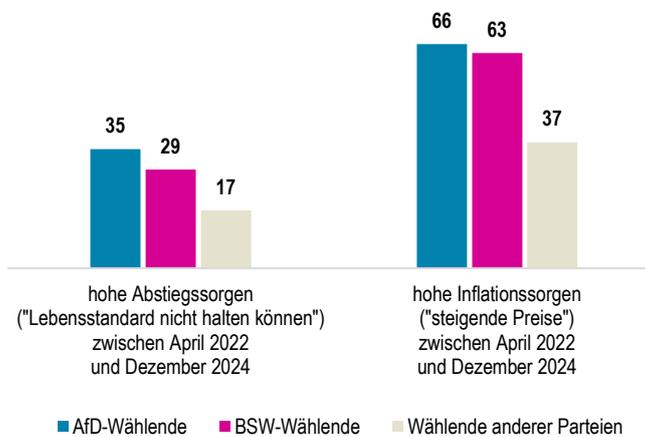
---

<sup>44</sup> Natürlich ist nicht auszuschließen, dass die AfD auch aus weiteren Gründen in dieser Phase profitieren konnte. Die Sorge vor einer Ausweitung des Ukrainekriegs gehörte aber vermutlich eher weniger dazu. Hier ist auffällig, dass sich aktuelle AfD-Wählende in den fünf Befragungen seitdem diese Sorge erhoben wurde deutlich unterdurchschnittlich darum sorgten, während diese Sorge unter BSW-Wählenden überdurchschnittlich verbreitet war. Nennenswert ist zudem, dass diese Sorge unter AfD-Wählenden stärker polarisiert als unter Wählenden anderer Parteien, da zum Beispiel zuletzt nur geringfügig weniger AfD-Wählende hier große Sorgen äußerten als Wählende anderer Parteien (45,4 vs. 47,5 Prozent), jedoch deutlich mehr AfD-Wählende hier explizit „keine Sorgen“ äußerten (22,4 vs. 11,2 Prozent).

<sup>45</sup> Befragte, die auf der dreistufigen Skala einen Sorgen-Mittelwert seit April 2022 von kleiner/gleich 1,5 aufweisen, wird das Label „geringe Sorgen“ zugeordnet; Befragte mit Werten über 2,5 hatten „große Sorgen“ und Befragte mit Werten größer 1,5 aber kleiner/gleich 2,5 „mittlere Sorgen“. Von den fünf möglichen Befragungszeitpunkten müssen die Befragten zu mindestens zwei Zeitpunkten teilgenommen und ihr Sorgenausmaß angegeben haben.

Ersichtlich wird zudem, wie stark verbreitet die genannten Sorgen bei AfD-Wählenden sind. Unter ihnen ist der Anteil mit großen Inflationssorgen (66 Prozent) und mit großen Abstiegs-sorgen (35 Prozent) klar überdurchschnittlich. Im Detail ist hier bemerkenswert, dass finanzielle Sorgen in verschiedenen Phasen unterschiedlich relevant für die Gewinnung von Wählenden für die AfD zu sein schienen. Der hohe Anteil der finanziell Besorgten unter AfD-Wählenden ist besonders auf Anhänger\*innen zurückzuführen, die seit 2021/2022 bzw. 2022/2023 AfD-Anhänger\*innen sind – also in Phasen, in denen die Inflation anstieg oder sogar auf Rekordniveau lag. Gleichzeitig ist der Anteil mit großen Sorgen unter neuen AfD-Anhänger\*innen *nicht* überdurchschnittlich. Lediglich 19 Prozent von ihnen geben beispielsweise hohe Abstiegssorgen an. Für Befragte, die die AfD in den Jahren 2024 und 2025 für sich gewinnen konnte, scheinen finanzielle Sorgen somit weniger relevant zu sein.

**Abbildung 17: Anteil mit hohen finanziellen Sorgen seit April 2022**  
Angaben in Prozent



Quelle: WSI-Erwerbspersonenpanel, Wellen 8-13 (Sorgen, Apr 2022 – Dez 2024) und Welle 14 (Wahlentscheidung, Mrz 2025)  
Anmerkung: N=3.859, abgetragen ist der Anteil, der zwischen April 2022 und Dezember 2024 im Durchschnitt hohe Sorgen in dem jeweiligen Bereich angegeben hat.

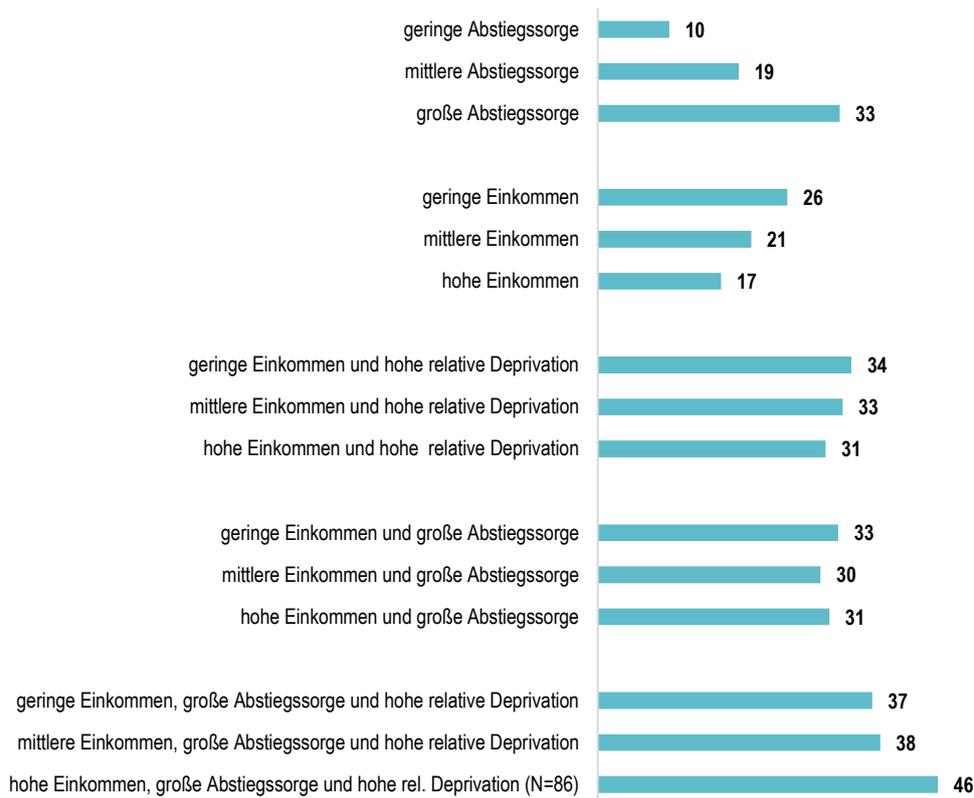
**WSI**

## 5.2.2 Die verstärkende Wirkung von Benachteiligungsgefühlen

Auch bei der Abstiegsangst ist die Rolle der relativen Deprivation – also des Benachteiligungsgefühls – hervorzuheben, da es auch hier als Verstärker fungiert (vgl. Abbildung 18). Wie die folgenden Analysen andeuten, ist dies besonders auffällig bei Befragten mit mittleren und v. a. höheren Einkommen. Während im allgemeinen Vergleich des AfD-Wählendenanteils zwischen Befragten mit unterschiedlichen Einkommen Befragte mit mittleren bzw. höheren Einkommen seltener AfD wählen als Befragte mit geringen Einkommen, ändert sich das Bild, wenn man nur diejenigen mit großen Abstiegssorgen betrachtet. Unter ihnen steigt der Anteil an AfD-Wählenden nicht nur generell deutlich an auf 33 Prozent, es unterscheidet sich nun auch der Anteil an AfD-Wählenden zwischen den Einkommensgruppen nicht mehr. Mit anderen Worten: Sorgen sich Befragte um ihre soziale Position, wählen sie häufiger AfD – und zwar unabhängig davon, wie viel sie verdienen. Ähnliches zeigt sich für das Benachteiligungsgefühl: Empfinden sich Befragte als benachteiligt, steigt die AfD-Wahlquote ebenfalls auf über 30 Prozent – und zwar einheitlich für Befragte mit niedrigen, mittleren und hohen Einkommen.

Betrachtet man abschließend diejenigen, die sowohl Abstiegsangst als auch Benachteiligung empfinden, steigt der Anteil an AfD-Wählenden nochmals – auf dann knapp 40 Prozent – an. Zudem deuten die Befunde in die Richtung, dass sich der ursprüngliche Einkommenseffekt – je geringer das Einkommen, desto höher die AfD-Wahlquote – sogar zu drehen scheint. Wenn sich Befragte benachteiligt fühlen und Abstiegsangst teilen, ist der AfD-Wählendenanteil unter Befragten mit hohem Einkommen höher als unter Befragten mit geringeren Einkommen – auch wenn dies mit Vorsicht zu interpretieren ist aufgrund der geringen Fallzahl.

**Abbildung 18: Anteil AfD-Wählende nach finanziellen Sorgen, Einkommensgruppen und relativer Deprivation**  
Angaben in Prozent



Quelle: WSI-Erwerbersonenpanel, Wellen 8-13 (Sorgen, April 2022 – Dezember 2024), Welle 13 (Einkommen, relative Deprivation: Dezember '24) und Welle 14 (AfD-Wahlentscheidung, März 2025)  
Anmerkung: N=4.496, Ausprägungen der Abstiegsangst basieren auf Durchschnittswert der Sorge zwischen April 2022 und Dezember 2024, Einkommenseinteilung nach Haushaltsnettoäquivalenzeinkommensgruppen: geringe Einkommen (<1.930 €/Monat), mittlere Einkommen (zwischen 1.930 und 2.750 €/Monat), hohe Einkommen (>2.750 €/Monat).



Die Befunde deuten somit auf zweierlei: Zum einen erweisen sich neben dem Gefühl der Benachteiligung auch die Abstiegsangst als klar mit der Entscheidung AfD zu wählen verknüpft. Wer Abstiegsangst hat und/oder sich benachteiligt gegenüber anderen Gruppen fühlt, wählt überdurchschnittlich häufig AfD. Dies gilt – zum anderen – zwar generell für alle Einkommensgruppen, jedoch vermutlich nochmal stärker für Befragte mit hohem Haushaltseinkommen. Letztere fallen zwar generell mit einer leicht unterdurchschnittlichen AfD-Wählendenquote auf, die sich jedoch fast verdoppelt, wenn Befragte mit hohem Einkommen Abstiegsangst und/oder Benachteiligungsgefühle empfinden.

### 5.3 Die Transformationsängste

Die Transformation – insbesondere durch die Digitalisierung und den ökologischen Wandel – schreitet mit erhöhtem Tempo voran und betrifft auch zunehmend die Arbeitswelt. Auch die AfD nutzt die daraus entstehenden Verunsicherungen, wettet nicht ohne Erfolg beispielsweise gegen die Klimapolitik und mobilisiert damit Transformationsängste. Bereits für die Bundestagswahl 2021 ließ sich erkennen, dass die AfD-Wahlquote in stark von Transformation betroffenen Regionen überdurchschnittlich war und sich dieser Effekt in den Jahren 2022 und 2023 wohl noch vergrößert hat (Bergmann et al. 2023).

Relevant scheinen hier zudem auch diesbezügliche Sorgen um den Arbeitsplatz zu sein. In einer europäischen Vergleichsstudie zur EU-Wahl 2024 erwiesen sich die Job-Sorgen wegen der Transformation als wichtiger Erklärungsfaktor für die Wahlpräferenz einer extrem rechten Partei (Hövermann et al. 2025) – und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in Schweden, den Niederlanden, Polen und Frankreich. In dieser Studie waren v.a. die Job-Sorgen wegen der Auswirkungen der Klimapolitik in Deutschland in besonderem Maße unter Befragten mit geringeren Einkommen, unter Männern und unter Arbeiter\*innen verbreitet (ebd.). Jüngst zeigte sich auch in einer weiteren Studie, dass Beschäftigte, die ihre Arbeitsbedingungen als unsicher wahrnehmen und wenig Selbstwirksamkeit und Solidarität in ihrem Arbeitsleben erfahren, eine geringere Offenheit gegenüber den Transformationsprozessen der Digitalisierung und des Klimaschutzes zeigen (Siebert/Buchstab 2025).

In der Nachwahlbefragungswelle des WSI-Erwerbspersonenpanels zur Bundestagswahl 2025 wurden ebenfalls Job-Sorgen wegen der Transformation erfasst. Konkret wurde mittels zweier Aussagen unterschieden zwischen Sorgen um die Arbeits- und Karriereaussichten wegen politischer Maßnahmen gegen den Klimawandel und wegen der „Digitalisierung (d. h. dem zunehmenden Einsatz von Computern, Robotern und künstlicher Intelligenz)“. Die Befragten konnten ihr Sorgenausmaß in drei Ausprägungen abstufen – keine, einige und große Sorgen.

Wie schon bereits in der europäischen Vergleichsstudie ist der Anteil der Befragten, der hier „große Sorgen“ äußert, eher gering und liegt bei 12,5 Prozent bezüglich der Auswirkungen der Klimapolitik und bei knapp zehn Prozent bezüglich der Digitalisierung. Ein weiteres knappes Drittel äußert „einige Sorgen“; rund die Hälfte der Befragten macht sich hingegen „keine Sorgen“. Es ist – wie schon in der europäischen Vergleichsstudie – auffällig, dass sich Befragte mit den geringsten Haushaltsnettoeinkommen besonders häufig wegen der Transformation sorgen. Bei ihnen liegt der Anteil mit großen Sorgen bei 16,3 Prozent (Auswirkungen Klimapolitik) bzw. 18,3 Prozent (Digitalisierung). Zwei weitere Gruppen, die sich besonders häufig wegen der Transformation um ihren Job sorgen, sind Arbeiter\*innen (Klimapolitik: 15,8 Prozent, Digitalisierung: 12,3 Prozent) und Arbeitslose (Klimapolitik: 17, Digitalisierung: 20,6 Prozent). Auch sind die Transformationsorgen besonders stark bei denjenigen Befragten verbreitet, die auch seit 2022 hohe Abstiegssorgen geäußert haben (Klimapolitik: 26,5 Prozent, Digitalisierung: 20,8 Prozent). Zudem überlappen sich beide Transformationsorgen bei zahlreichen Befragten (Korrelation: 0,44\*\*\*). Knapp die Hälfte derjenigen, die sich wegen der Digitalisierung große Sorgen machen, machen sich diese auch wegen der Auswirkungen der Klimapolitik. Gleichzeitig geben knapp 80 Prozent derjenigen ohne Klimapolitikorgen auch keine Digitalisierungssorgen an.

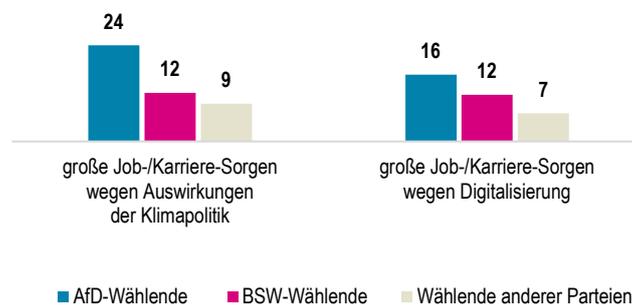
Bemerkenswert ist zudem ein Befund bezüglich Geschlechterunterschieden: Von Männern werden Job-Sorgen etwas häufiger wegen der Auswirkungen der Klimaschutzpolitik und von Frauen etwas häufiger wegen der Digitalisierung geäußert – die Differenzen sind aber marginal und nicht signifikant. Der Geschlechterunterschied vergrößert sich aber markant, wenn

Arbeiter und Arbeiterinnen und ihre Job-Sorge wegen der Digitalisierung betrachtet werden: Hier äußern Arbeiterinnen deutlich häufiger große Sorgen als Arbeiter (17 vs. 10 Prozent).<sup>46</sup>

Unterscheidet man verschiedene Wählendengruppen (vgl. Abbildung 19) bestätigt sich der Befund der europäischen Vergleichsstudie: AfD-Wählende äußern überdurchschnittlich häufig Job-Sorgen wegen der Digitalisierung (16,4 Prozent) und nochmals stärker wegen der Auswirkungen der Klimapolitik (23,6 Prozent). Job-Sorgen wegen der Transformation sind dabei besonders unter AfD wählenden Befragten mit den geringsten Einkommen verbreitet – unter ihnen berichtet mehr als jede\*r Vierte von großen Sorgen.

Bemerkenswert ist zudem beim Vergleich der verschiedenen AfD-Anhänger\*innen nach Dauer der Anhängerschaft, dass der Zusammenhang von Transformations Sorgen und AfD-Wahl auf etabliertere AfD-Anhänger\*innen zurückzuführen ist. Unter neuen Anhänger\*innen, die erst 2024 oder 2025 zur AfD wechselten, zeigen sich keine erhöhten Zustimmungswerte zu den Transformations Sorgen. Diese sind hingegen insbesondere bei den AfD-Stammwählenden, die bereits bei der Bundestagswahl 2021 ihr Kreuz bei der AfD machten, mit 18,5 Prozent (Digitalisierung) und 28,7 Prozent (Klimapolitik) verbreitet.

**Abbildung 19: Anteil große Job-/Karrieresorgen wegen der Transformation nach Wahlentscheidung**  
Angaben in Prozent



Quelle: WSI-Erwerbspersonenpanel, Welle 14 (März 2025)  
Anmerkung: N=5.681

**WSI**

Dass Transformations Sorgen die AfD-Wahlentscheidung (mit-)erklären können, bestätigt sich dann auch in (logistischen) Regressionsmodellen (nicht dargestellt). Hier kann unter Kontrolle weiterer soziodemografischer Variablen geprüft werden, ob ein Einfluss bestehen bleibt, wenn auch weitere Einflussfaktoren berücksichtigt werden. Mit anderen Worten: Die Transformations Sorgen bleiben auch dann noch ein relevanter Erklärungsfaktor für die AfD-Wahl, wenn Einkommens-, Bildungsniveau, Alter, Geschlecht und Ost-/Westwohnsitz kontrolliert werden. Der Effekt der Transformations Sorgen geht somit nicht etwa allein darauf zurück, dass sie bei Befragten mit den geringsten Einkommen weit verbreitet sind, die ja ebenfalls leicht überdurchschnittlich häufig AfD wählen.<sup>47</sup>

<sup>46</sup> Keine Differenzen zeigen sich bei den Job-Sorgen wegen der Klimaschutzpolitik zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen.

<sup>47</sup> Bezüglich der Digitalisierungssorgen bestätigt sich zudem ein geschlechterspezifischer Befund, der sich in den Analysen zur Verbreitung bereits andeutete: Zwar zeigen die Sorgen sowohl für Männer als auch für Frauen signifikante Effekte auf die AfD-Wahl, jedoch erweisen sich die Digitalisierungssorgen für Frauen als relevanterer Erklärungsfaktor für die AfD-Wahl als für Männer.

## 6 Themenwichtigkeit

Um Aussagen darüber machen zu können, welche Themen den Befragten besonders wichtig sind, wurden in der Nachwahlbefragung die Erwartungen an die neue Bundesregierung erfasst. Dazu sollten sie in sechs thematischen Blöcken (Soziales, Wirtschaft und Arbeit, Steuern und Finanzen, Inneres, Rente, Außenpolitik) die Wichtigkeit verschiedener Aspekte anhand siebenstufiger Antwortskalen („überhaupt nicht wichtig“ bis „sehr wichtig“) einstufen. Insgesamt wurde so die eingeschätzte Wichtigkeit von 37 Themen erfasst.

Betrachtet man, welche Themen von den Befragten als am wichtigsten eingeschätzt wurden so sind dies die Sicherung des Rentenniveaus (durchschnittlicher Mittelwert: 6,33), die Bekämpfung von Kriminalität (6,31), die Bekämpfung steigender Lebenshaltungskosten (6,31) und den Industriestandort Deutschland erhalten und voranbringen (6,31). Aber auch für elf weitere Themen liegt der Durchschnittszustimmungswert bei über 6 – auf der Skala von 1 bis 7. Die Themen, die hingegen am Ende des Wichtigkeitsrankings liegen sind das stärkere Engagement der Bundesregierung für eine friedliche Beilegung des Nahostkonflikts<sup>48</sup> (4,73), der Rechtsanspruch auf mobile Arbeit (4,49), die Abschaffung des Ehegattensplittings (4,00) und die stärkere Unterstützung der Ukraine mit Geld und Waffen (3,66).

Da die Befragten in den allermeisten Fällen verschiedenen Themen die höchste Wichtigkeitsausprägung („7“) zugeordnet haben, wurden diejenigen Befragten, die verschiedenen Themen die höchste Wichtigkeitsausprägung zuwiesen, in einer anschließenden Frage zusätzlich darum gebeten, anzugeben, welches der Themen sie für das Wichtigste halten. Bemerkenswerterweise ist die Streuung hier sehr groß, sodass alle 37 Themen hier genannt wurden. Das Thema, das mit Abstand am häufigsten genannt wurde, ist die Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland (knapp 16 Prozent), gefolgt von der Bekämpfung steigender Lebenshaltungskosten<sup>49</sup> (6,6 Prozent) und der Verhinderung des Anstiegs des Rentenalters auf über 67 Jahre (6,1 Prozent).

### 6.1 Welche Themen sind AfD-Wählenden besonders wichtig?

Fokussiert man im Folgenden auf die AfD-Wählenden, so zeigen sich einige Auffälligkeiten (vgl. Abbildung 20). Zunächst zu den Themen, die AfD-Wählenden wichtiger sind als Wählenden von BSW und anderen Parteien: Industriestandort Deutschland erhalten und voranbringen, steuerliche Entlastungen von Unternehmen, Abbau Staatsschulden und Sicherung eines ausgeglichenen Haushalts, Bekämpfung der Kriminalität und schließlich mit besonders großer Differenz: Begrenzung der Zuwanderung. Die Unterschiede sind hier teilweise enorm. Nimmt man nur die Befragten, die die Extremausprägung „7“ – also „sehr wichtig“ – ausgewählt haben, so sind dies unter AfD-Wählenden beim Thema Zuwanderungsbegrenzung 90 Prozent, während es unter BSW-Wählenden knapp 64 Prozent und unter Wählenden anderer Parteien 37 Prozent sind. Aber auch bei den anderen genannten Themen liegt der Wert bei AfD-Wählenden hier klar höher – etwa beim Thema „Industriestandort Deutschland erhalten und voranbringen“ bei 72,1 Prozent gegenüber 68,6 Prozent unter BSW-Wählenden und 53,3 Prozent unter Wählenden anderer Parteien.<sup>50</sup>

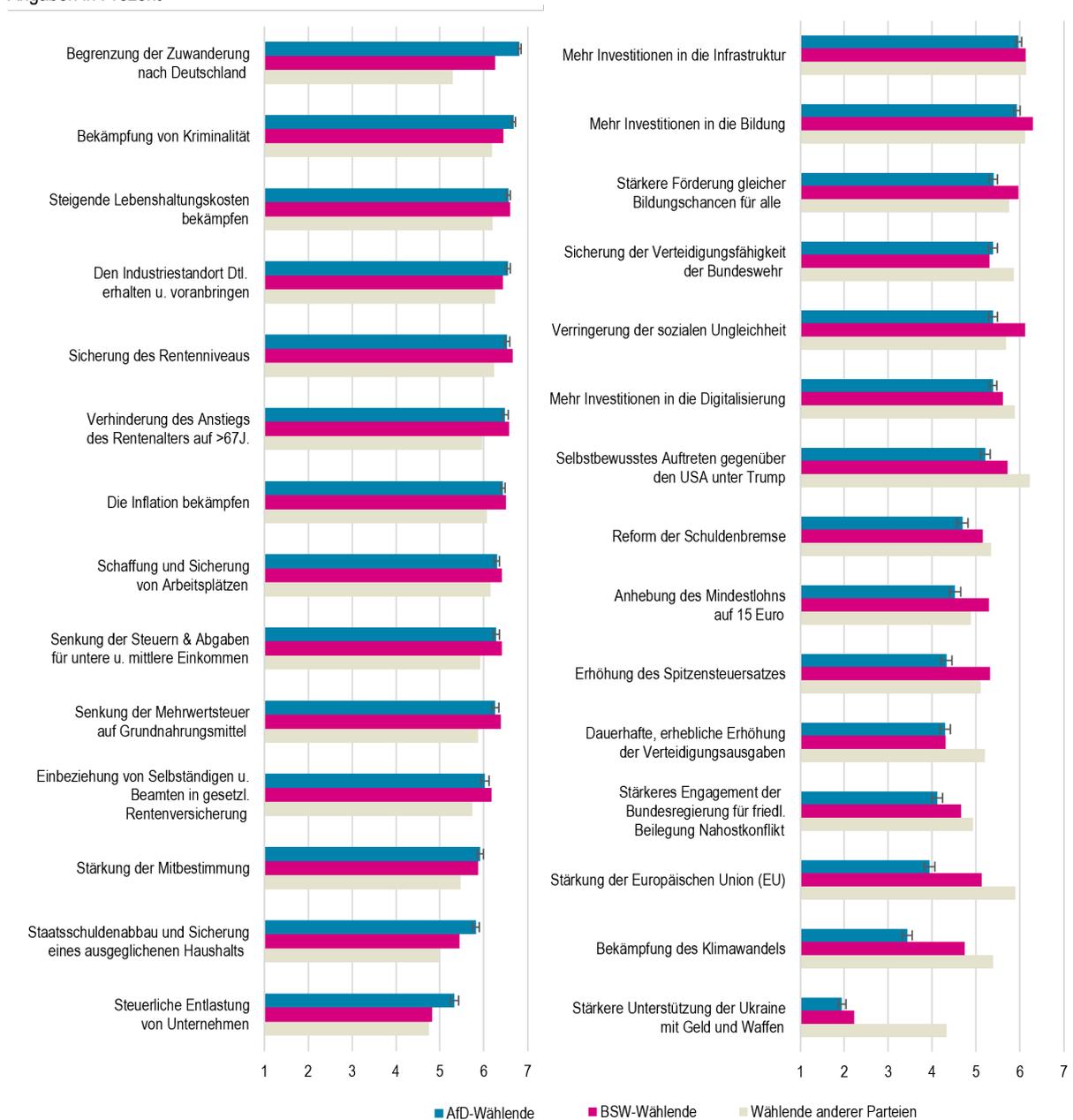
<sup>48</sup> Wohlgermerkt erfragt im März 2025 – also noch vor der weiteren Eskalation des Israel-Iran-Konflikts.

<sup>49</sup> Weitere 2,8 Prozent der Befragten nannten hier das inhaltlich sehr ähnliche „Die Inflation bekämpfen“.

<sup>50</sup> Bei den folgenden weiteren Themen stufen AfD-Wählende die Wichtigkeit ebenfalls klar überdurchschnittlich ein, nicht jedoch höher als Wählende des BSW. Dazu gehören: Bekämpfung der Inflation und der steigenden Lebenshaltungskosten, Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel und der Steuern für untere und mittlere Einkommen, Stärkung der Mitbestimmung, Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, Verbesserung der medizinischen Versorgung, Einbeziehung von Selbstständigen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung, Sicherung des Rentenniveaus sowie Verhinderung des Anstiegs des Renteneintrittsalters über 67 Jahren.

Betrachtet man die Themen, für die AfD-Wählende deutlich unterdurchschnittliche Wichtigkeiten vergeben haben, so zählen dazu: Verringerung der Ungleichheit, Anhebung des Mindestlohns, gleiche Bildungschancen für alle, Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Reform der Schuldenbremse, Investitionen in Digitalisierung, Infrastruktur und Bildung, Bekämpfung des Klimawandels, Stärkung der EU, stärkeres Engagement zur Beilegung des Nahostkonflikts, stärkere Unterstützung der Ukraine sowie selbstbewusstes Auftreten gegenüber Trump. Als ebenfalls unterdurchschnittlich wichtig – jedoch nicht weniger wichtig als BSW-Wählende – bewerten AfD-Wählende die Sicherung der Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr sowie die dauerhafte und erhebliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben.

**Abbildung 20: Durchschnittliche Bewertung der Wichtigkeit von Themen nach Parteiwahl Bundestagswahl 2025**  
Angaben in Prozent



Quelle: WSI-Erwerbersonenpanel, Welle 14 (März 2025)  
Anmerkung: „1“ = „überhaupt nicht wichtig“, „7“ = „sehr wichtig“; N=5.434-5.676, Antwortoption „weiß nicht“ wurde für Darstellung der Mittelwerte exkludiert. Eingezeichnet sind für die AfD-Wählenden zudem die Konfidenzintervalle. Themen, die AfD-Wählenden wichtiger sind (links) und unwichtiger sind (rechts) als Wählenden anderer Parteien als AfD und BSW.

## 6.2 Unterschiede zwischen AfD-Wählenden

Betrachtet man Differenzen in der Wichtigkeitsbewertung der Themen unter verschiedenen AfD-Wählendengruppen, zeigen sich für alle Untergruppen die generellen, oben aufgeführten Muster (vgl. Anhang 4). Insgesamt deuten die Ergebnisse aber in die Richtung, dass die neuen AfD-Anhänger\*innen (und Neuwählenden) im Vergleich zu den etablierteren AfD-Anhänger\*innen weniger extreme Werte aufweisen. Dies gilt auch beim Thema Zuwanderungsbegrenzung: Es wird unter AfD-Neuwählenden sowie unter neuen AfD-Anhänger\*innen von 87 bzw. 86 Prozent mit der höchsten Wichtigkeitsausprägung („7“) belegt – nur ist dies unter AfD-Stammwählenden und Anhänger\*innen seit 2021/2022 mit 94 Prozent eben nochmals höher.

Zudem ist auffällig, dass sich neue AfD-Wählende und -Anhänger\*innen häufiger für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben aussprechen, häufiger ein selbstbewusstes Auftreten gegenüber den USA fordern und etwas seltener den Staatsschuldenabbau als besonders wichtig einstufen als etabliertere AfD-Anhänger\*innen. Auch wird unter den zuletzt zur AfD gewechselten neuen AfD-Anhänger\*innen signifikant häufiger als unter etablierteren AfD-Anhänger\*innen eine stärkere Förderung gleicher Bildungschancen für alle, eine Verringerung der sozialen Ungleichheit, eine Schuldenbremsenreform oder eine Mindestlohnanhebung gefordert – alles wirtschaftlich eher linke Themen. Gleichwohl muss hier angemerkt werden, dass dies in diesen Gruppen insgesamt nicht überdurchschnittlich häufig als wichtig eingestuft – lediglich im Vergleich mit etablierteren Wählenden und Anhänger\*innen der AfD.

Lohnend ist zudem der Blick auf die Frage, bei welchen Themen sich AfD-Wählende besonders einig und bei welchen sie sich auffällig uneinig sind.<sup>51</sup> Große Einigkeit zeigt sich unter AfD-Wählenden bei Themen, denen außergewöhnlich hohe durchschnittliche Wichtigkeiten zugewiesen wurden. Dies ist naheliegend, wenn man bedenkt, dass beispielsweise ja 90 Prozent der AfD-Wählenden der Zuwanderungsbegrenzung die höchste Wichtigkeitsausprägung zugewiesen haben. Auch in der hohen Wichtigkeitsbewertung der Bekämpfung von Kriminalität und der steigenden Lebenshaltungskosten, dem Erhalt des Industriestandorts Deutschland und der Verbesserung der medizinischen Versorgung sind sich AfD-Wählende einig – all den Themen wiesen 62 bis 79 Prozent der AfD-Wählenden die höchste Wichtigkeitsstufe zu.

Deutlich uneiniger sind sich die AfD-Wählenden hingegen bei folgenden sechs Themen, die allesamt unter AfD-Wählenden insgesamt eine eher unterdurchschnittliche Wichtigkeit zugesprochen bekommen haben. Darunter finden sich zum einen die Abschaffung des Ehegattensplittings, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, das stärkere Engagement für Frieden im Nahen Osten und die Stärkung der EU. Hier teilen sich die AfD-Wählenden in grob drei Drittel auf: ein gutes Drittel bewertet die Themen als eher unwichtig („1“ bis „3“), ein zweites gutes Drittel als mittel wichtig („4“ oder „5“) und ein knappes drittes Drittel als sehr wichtig („6“ oder „7“). Zum anderen sind hier auch die Mindestlohnanhebung und die Reform der Schuldenbremse mit hohen Standardabweichungen zu nennen. Auch hier entspricht die Verteilung anhand der gerade dargestellten Wichtigkeiten unter AfD-Wählenden grob drei Dritteln, jedoch ist hier der Anteil derer, die die Themen als sehr wichtig („6“ oder „7“) bewerten mit über 40 Prozent größer. Auch wenn diese Themen also unter AfD-Wählenden insgesamt eine eher unterdurchschnittliche Wichtigkeit aufweisen, so gilt dies keineswegs verallgemeinert für AfD-Wählende, da diesen Themen jeweils rund ein Drittel der AfD-Wählenden eine sehr große Wichtigkeit zuweist.<sup>52</sup>

---

<sup>51</sup> Herangezogen wird dazu die Standardabweichung – ein Maß der Abweichung der Werte.

<sup>52</sup> Erwähnenswert ist hier zudem, dass einige der erwähnten Themen auch unter allen Befragten mit einer besonders großen Einigkeit (Inflation und steigende Lebenshaltungskosten bekämpfen) bzw. geringen Einigkeit (stärkere Unterstützung der Ukraine, Abschaffung Ehegattensplitting, Mindestlohnanhebung) auffallen – dies in diesen Fällen also nicht unbedingt besonders spezifisch für AfD-Wählende ist.

Blickt man auf unterschiedliche soziodemografische Gruppen des AfD-Electorats und vergleicht deren Bewertung der Themenwichtigkeit, lässt sich insgesamt feststellen, dass die Übereinstimmung der Themenwichtigkeit zwischen den verschiedenen soziodemografischen Gruppen von AfD-Wählenden als eher hoch einzuschätzen ist. Bezüglich der wichtigsten Themen herrscht somit relativ große Einigkeit.

Im Detail sticht die überwältigende Relevanz des Themas Zuwanderungsbegrenzung heraus: ob unter Frauen oder Männern, jung oder alt, Ost wie West, einkommensreich oder -arm – die Begrenzung der Zuwanderung ist das Thema unter AfD-Wählenden, das mit der größten Wichtigkeit bewertet wird. Das insgesamt zweitwichtigste Thema Kriminalitätsbekämpfung wird in den allermeisten soziodemografischen Gruppen auch als zweitwichtigstes Thema genannt. Die Bekämpfung steigender Lebenshaltungskosten wird als nochmals wichtiger unter Frauen, Befragten mit Hauptschul-/Volksschulabschluss sowie in der migrantischen Bevölkerung bewertet. Auffällig ist zudem, dass die Sicherung des Rentenniveaus ebenfalls unter Frauen als wichtiger eingestuft wird, zudem auch bei Befragten im Osten Deutschlands, Älteren sowie Befragten mit niedrigem oder mittlerem formalem Bildungsstand. Auch die Verhinderung des Anstiegs des Rentenalters auf über 67 Jahren ist in mehreren Gruppen unter den Top 5 genannten Themen. Hier fallen ebenso eher Frauen, Befragte im Osten und Befragte mit niedrigem oder mittlerem formalem Bildungsstand mit hoher Wichtigkeitseinstufung auf. Das Einsetzen für den Industriestandort Deutschland wird hingegen häufiger von AfD-wählenden Männern, Befragten mittleren Alters, Befragten mit Migrationshintergrund und Befragten im Westen Deutschlands als besonders wichtig eingestuft, während dies unter Frauen, im Osten Deutschlands oder unter jüngeren Befragten nicht zu den Top 5 Themen gehört.

Tabelle 1: Bewertung Top 5-Themen unter verschiedenen soziodemografischen Gruppen von AfD-Wählenden

Frauen	Männer	West	Ost	Schulabschluss: Hauptschule	Schulabschluss: Mittlere Reife	Schulabschluss: Abitur	16-35-Jährige	36-55-Jährige	über 55-Jährige	Migrationshintergrund
Zuwanderungsbegrenzung (6,79)	Zuwanderungsbegrenzung (6,84)	Zuwanderungsbegrenzung (6,81)	Zuwanderungsbegrenzung (6,85)	Zuwanderungsbegrenzung (6,77)	Zuwanderungsbegrenzung (6,85)	Zuwanderungsbegrenzung (6,84)	Zuwanderungsbegrenzung (6,76)	Zuwanderungsbegrenzung (6,83)	Zuwanderungsbegrenzung (6,89)	Kriminalitätsbekämpfung (6,71)
Kriminalitätsbekämpfung (6,72)	Kriminalitätsbekämpfung (6,66)	Kriminalitätsbekämpfung (6,67)	Kriminalitätsbekämpfung (6,71)	steig. Lebenshaltungskosten bekämpfen (6,71)	Kriminalitätsbekämpfung (6,71)	Kriminalitätsbekämpfung (6,68)	Kriminalitätsbekämpfung (6,59)	Kriminalitätsbekämpfung (6,70)	Kriminalitätsbekämpfung (6,79)	Zuwanderungsbegrenzung (6,70)
Sicherung Rentenniveau (6,68)	Industriestandort DE erhalten u. voranbringen (6,64)	Industriestandort DE erhalten u. voranbringen (6,57)	Sicherung Rentenniveau (6,60)	Sicherung Rentenniveau (6,66)	Verhinderung Anstieg Rentenalter >67J (6,62)	Industriestandort DE erhalten u. voranbringen (6,50)	steigende Lebenshaltungskosten bekämpfen (6,54)	Industriestandort DE erhalten u. voranbringen (6,62)	Sicherung Rentenniveau (6,72)	steigende Lebenshaltungskosten bekämpfen (6,52)
steig. Lebenshaltungskosten bekämpfen (6,67)	steig. Lebenshaltungskosten bekämpfen (6,50)	steig. Lebenshaltungskosten bekämpfen (6,56)	Verhinderung Anstieg Rentenalter >67J (6,60)	Kriminalitätsbekämpfung (6,65)	Sicherung Rentenniveau (6,62)	Bürokratieabbau (6,42)	Sicherung Rentenniveau (6,46)	steigende Lebenshaltungskosten bekämpfen (6,57)	Industriestandort DE erhalten u. voranbringen (6,60)	Industriestandort DE erhalten u. voranbringen (6,46)
Verhinderung Anstieg Rentenalter >67J (6,60)	Sicherung Rentenniveau (6,45)	Sicherung Rentenniveau (6,50)	steigende Lebenshaltungskosten bekämpfen (6,57)	Verhinderung Anstieg Rentenalter >67J (6,64)	Industriestandort DE erhalten u. voranbringen (6,59)	steigende Lebenshaltungskosten bekämpfen (6,38)	Verhinderung Anstieg Rentenalter >67J (6,46)	Verhinderung Anstieg Rentenalter >67J (6,53)	steigende Lebenshaltungskosten bekämpfen (6,59)	Bürokratieabbau (6,42)

Quelle: WSI-Erwerbspersonenpanel, Welle 14 (März 2025), in Klammern ist der Gruppenmittelwert, der von 1 (alle: überhaupt nicht wichtig) bis 7 (alle: sehr wichtig) reichen kann.

Anmerkung: N=963-1.096; Farben unterscheiden die sechs thematischen Blöcke: Soziales, Wirtschaft u. Arbeit, Steuern u. Finanzen, Inneres, Rente, Außenpolitik



Als etwas abweichend fallen zudem die Einstufungen der AfD-Wählenden mit Abitur auf, da sie neben den auch von ihnen als besonders wichtig eingestuften Themen Zuwanderungsbegrenzung und Kriminalitätsbekämpfung weitere Themen als nicht ganz so wichtig eingestuft haben wie andere AfD-Wählendengruppen. So kommt es dann auch, dass das Thema Bürokratieabbau bei ihnen unter die Top 5-Themen fällt – ein Thema, das es ansonsten nur unter AfD-Wählenden mit Migrationshintergrund in die Top 5 schafft. Letztere sind zudem die einzige hier betrachtete Gruppe, in der die Zuwanderungsbegrenzung nicht das am Wichtigsten bewertete Thema darstellt, sondern die Kriminalitätsbekämpfung. Diese Differenzen sind jedoch nicht allzu groß, da die Zuwanderungsbegrenzung auch unter ihnen von 84 Prozent mit der höchsten Wichtigkeitsausprägung „7“ bewertet.

Auch bezogen auf verschiedene einkommens- und arbeitsbezogene Gruppen von AfD-Wählenden sind die Unterschiede in den Top 5-Themen eher nicht sonderlich stark ausgeprägt (vgl. Tabelle 2). Erneut sind es die Zuwanderungsbegrenzung und in den allermeisten Fällen auch die Kriminalitätsbekämpfung, die die beiden wichtigsten Themen darstellen. Bemerkenswert ist, dass auch zwischen einkommensärmeren und -reicheren AfD-Wählenden kaum größere Differenzen in den Wichtigkeitsbewertungen der Themen vorliegen. Für Arbeiter\*innen, Gewerkschaftsmitglieder und Befragte im produzierenden Gewerbe fällt auf, dass das Einsetzen für den Industriestandort Deutschland und die Sicherung des Rentenniveaus eine besonders hohe Relevanz aufweist. Arbeiter\*innen und Gewerkschaftsmitglieder bewerten zudem die Verhinderung des Anstiegs des Renteneinstiegsalters als relativ wichtig – ein Thema, das vor allem auch unter Befragten mit geringen und mittleren Einkommen relevant ist. Bezüglich der Branchen<sup>53</sup> fällt ansonsten auf, dass Befragte im Dienstleistungssektor einen besonderen Fokus auf die Preissteigerungen legen, da sie nicht nur das Bekämpfen der Lebenshaltungskosten als dritt wichtigstes Thema nennen, sondern zusätzlich als einzige hier aufgeführte Gruppe Inflation bekämpfen in den Top 5-Themen haben.

**Tabelle 2: Bewertung Top 5-Themen unter verschiedenen arbeitsbezogenen Gruppen von AfD-Wählenden**

geringe Einkommen	mittlere Einkommen	hohe Einkommen	Arbeiter*innen	Gewerkschaftsmitglieder	Branche: Handel, KFZ-Gewerbe	Branche: Gesundheits- und Sozialwesen	Branche: sonst. Dienstleistungen	Branche: sonst. prod. Gewerbe
Zuwanderungsbegrenzung (6,78)	Zuwanderungsbegrenzung (6,83)	Zuwanderungsbegrenzung (6,83)	Zuwanderungsbegrenzung (6,80)	Zuwanderungsbegrenzung (6,85)	Zuwanderungsbegrenzung (6,85)	Zuwanderungsbegrenzung (6,86)	Zuwanderungsbegrenzung (6,77)	Zuwanderungsbegrenzung (6,85)
Kriminalitätsbekämpfung (6,67)	Kriminalitätsbekämpfung (6,66)	Kriminalitätsbekämpfung (6,71)	Kriminalitätsbekämpfung (6,69)	Industriestandort DE erhalten u. voranbringen (6,76)	Kriminalitätsbekämpfung (6,75)	Kriminalitätsbekämpfung (6,67)	Kriminalitätsbekämpfung (6,63)	Industriestandort DE erhalten u. voranbringen (6,73)
steigende Lebenshaltungskosten bekämpfen (6,64)	steigende Lebenshaltungskosten bekämpfen (6,58)	Industriestandort DE erhalten u. voranbringen (6,64)	Sicherung Rentenniveau (6,65)	Kriminalitätsbekämpfung (6,71)	steig. Lebenshaltungskosten bekämpfen (6,65)	steig. Lebenshaltungskosten bekämpfen (6,65)	steig. Lebenshaltungskosten bekämpfen (6,63)	Kriminalitätsbekämpfung (6,67)
Sicherung Rentenniveau (6,60)	Verhinderung Anstieg Rentenalter >67J (6,52)	Sicherung Rentenniveau (6,60)	Industriestandort DE erhalten u. voranbringen (6,64)	Verhinderung Anstieg Rentenalter >67J (6,61)	Verhinderung Anstieg Rentenalter >67J (6,61)	Verbesserung medizinische Versorgung (6,54)	Industriestandort DE erhalten u. voranbringen (6,56)	Sicherung Rentenniveau (6,60)
Verhinderung Anstieg Rentenalter >67J (6,53)	Sicherung Rentenniveau (6,51)	steigende Lebenshaltungskosten bekämpfen (6,37)	Verhinderung Anstieg Rentenalter >67J (6,60)	Sicherung Rentenniveau (6,61)	Sicherung Rentenniveau (6,59)	Sicherung Rentenniveau (6,53)	Inflation bekämpfen (6,54)	steig. Lebenshaltungskosten bekämpfen (6,53)

Quelle: WSI-Erwerbspersonenpanel, Welle 14 (März 2025), in Klammern ist der Gruppenmittelwert, der von 1 (überhaupt nicht wichtig) bis 7 (sehr wichtig) reichen kann. Anmerkung: N=963-1.096; Einkommenseinteilung nach Haushaltsnettoäquivalenzeinkommensgruppen: geringe Einkommen (<1.930 €/Monat), mittlere Einkommen (1.930-2.750 €/Monat), hohe Einkommen (>2.750 €/Monat). Farben unterscheiden die sechs thematischen Blöcke: Soziales, Wirtschaft und Arbeit, Steuern und Finanzen, Inneres, Rente, Außenpolitik



<sup>53</sup> Es sind lediglich die Branchen abgebildet, für die die Fallzahl unter AfD-Wählenden N>100 beträgt.

## 7 Abschließendes Fazit

Der vorliegende Bericht hat basierend auf dem WSI-Erwerbspersonenpanel Erkenntnisse zum Entstehen des Wahlerfolgs der AfD zusammengestellt. Im Folgenden werden die Befunde in vier Blöcken hinsichtlich des Vordringens der AfD in weitere gesellschaftliche Milieus (1), der Gruppe der Arbeiter\*innen als wichtige Zielgruppe (2), der Normalisierung und des Rechtsrucks beim Thema Migration (3) und der Rolle der Krisen (4) zusammengefasst und diskutiert.

### 7.1 AfD dringt in weitere Milieus vor

Die Nachzeichnung der Entwicklung des Zuspruchs zur AfD verdeutlicht, wie die AfD im Zeitverlauf zunehmend neue Wählende für sich gewinnen konnte und Wählerschichten erreichte, die außerhalb ihrer rechtsradikalen Kernwählerschaft zu verorten sind. Zwar fallen beispielsweise mit Männern oder Personen ohne Abitur weiterhin bestimmte soziodemografische Gruppen als besonders häufig zur AfD neigend auf, jedoch ist es der AfD zunehmend gelungen, auch in gesellschaftliche Milieus vorzudringen, in denen sie vorher schlechter verfiel. Als Beispiele seien der gestiegene Frauenanteil oder auch – insbesondere in der Hochinflationphase in Folge verbreiteter Abstiegsängste – Befragte im Westen zu nennen.

Ebenso hat die AfD in erheblichem Ausmaß ehemalige Wählende demokratischer Parteien für sich gewinnen können, wie die Wählerwanderungen verdeutlichen, da knapp 40 Prozent der aktuellen AfD-Wählenden zur Bundestagswahl 2021 noch eine der etablierten demokratischen Parteien gewählt hatten. Auffällig ist hierbei, dass die AfD insbesondere zuletzt ehemalige Wählende der gemäßigten demokratischen Parteien der Mitte für sich gewinnen konnte (v.a. von Union und SPD). Dies verdeutlicht auch, dass die AfD zuletzt verstärkt Wählende unter denjenigen erlangen konnte, denen auch wirtschaftlich linkere Positionen wie die Verringerung der Ungleichheit oder die Anhebung des Mindestlohns wichtiger sind als ihrer Stammwählerschaft. Neben diesem erheblichen Zuwachs von ehemaligen Wählenden demokratischer Parteien, fällt gleichzeitig der große Zulauf von Befragten auf, die zuvor entweder kleineren Parteien ihre Stimme gegeben oder nicht gewählt haben. Auch die Nachwahlanalysen der Bundestagswahl 2025 zeigten, dass sich viele vorherige Nichtwählende jetzt für die AfD entschieden (infratest dimap 2025), sodass die AfD offenbar auch unter vielen verfängt, die sich zuvor offenbar nicht im Parteienspektrum repräsentiert fühlten.

Ein vollständigeres Bild ergibt sich, wenn zusätzliche regionale Analysen zur Bundestagswahl 2025 hinzugezogen werden, die darlegen, wo die AfD besonders hohe Zugewinne verbuchen konnte (Kölzer/Hudde 2025). Dies war insbesondere in ihren meist ländlichen Hochburgen der Fall – also da, wo sie auch schon zuvor grob 15 Prozent und mehr der Zweitstimmen erhielt (ebd.). Im Ost-West-Vergleich bedeutet dies, dass die AfD im Osten stark in der Breite hinzugewinnen konnte, da hier bereits zur Bundestagswahl 2021 der AfD-Wahlanteil der meisten Gemeinden über 15 Prozent lag, während sich ein besonders starker Anstieg im Westen vor allem in ihren dortigen Hochburgen zeigte. Zusammen mit den Befunden der vorliegenden Analysen könnte dies darauf hindeuten, dass die AfD dort besonders gut neue Wählendengruppen erreichte, wo sie ohnehin schon viel gewählt wird.<sup>54</sup> Wo man also Nachbarn, Kollegen und Kolleginnen oder Bekannten im Sportverein begegnet, die die AfD wählen und wo vermutlich weniger Anstoß daran genommen wird, wenn die Straßen mit AfD-Wahlplakaten gesäumt sind; mit anderen Worten: dort, wo die Normalisierung der AfD und die rechte Hegemonie besonders stark ist und entsprechend wirkt. Dies gilt – wie geschrieben – für *besonders* stark

---

<sup>54</sup> Diese Interpretation lässt sich nicht direkt aus den hier durchgeführten Analysen ablesen und ist daher spekulativ. Jedoch deutet das Gesamtbild der Befundlage darauf. Zukünftigen Studien, z.B. anhand von Mehrebenenanalysen, die sowohl Individual- als auch regionale Daten berücksichtigen, könnte dies statistisch testen.

wachsende Regionen der AfD. Bei der Bundestagswahl 2025 gelang es der AfD wohlgernekt in allen 299 Wahlkreisen Deutschlands – also in Ost wie West sowie in Stadt und Land – ihren Anteil an Zweitstimmen zu steigern. Letzteres bestätigt den Befund der vorliegenden Analysen, dass die AfD inzwischen deutlich breitere Wählerschichten außerhalb ihrer rechtsradikalen Kernwählerschaft erreicht.

Auch ein weiterer Befund regionaler Analysen lässt auf die Bedeutung der Normalisierung und die Wirkung zunehmender rechter Hegemonie schließen. Die AfD ist dort besonders stark, wo rechtsradikales Gedankengut historisch gut verwurzelt ist und rechtsextreme Parteien bereits in der Vergangenheit überdurchschnittliche Wahlerfolge feiern konnten (Kölzer et al. 2025). In ersten regionalen Auswertungen zur Bundestagswahl 2025 zeigte sich ebenfalls ein solcher Effekt sowohl für den AfD-(Zweit)Stimmenanteil als auch für die AfD-Zugewinne: Sie scheint also nicht nur dort besonders stark zu sein, sondern auch bei der Bundestagswahl 2025 besonders stark hinzugewonnen zu haben, insbesondere in Regionen, in denen die rechtsradikale Unterstützung bereits lange relativ groß und verbreitet ist (vgl. Kölzer/Hudde 2025).

## 7.2 Besonders erfolgreich bei Arbeiter\*innen

Eine Gruppe, bei der die AfD besonders häufig verfängt, sind Arbeiter\*innen (infratest dimap 2025). In der vorliegenden Studie liegt unter Arbeiter\*innen der Anteil der AfD-Wählenden bei 36 bis 38 Prozent – und zwar sowohl unter Routine- wie Facharbeiter\*innen. Trotz dieser sehr großen Beliebtheit der AfD unter Arbeiter\*innen ist es erwähnenswert, dass diese zwar überrepräsentiert unter AfD-Wählenden sind, doch keineswegs die Mehrheit der AfD-Wählenden darstellen. In den Daten machen Arbeiter\*innen lediglich knapp 19 Prozent der AfD-Wählenden aus, sodass auf eine\*n AfD-wählenden Arbeiter\*in beispielsweise drei AfD-wählende Angestellte kommen (Anteil Angestellte unter AfD-Wählenden: 60 Prozent).

Um nun auch für die erhöhte AfD-Wahlquote unter Arbeiter\*innen ein vollständigeres Bild zu erhalten, ist auch hier die Hinzunahme der bereits weiter oben erwähnten Studie zur Bundestagswahl 2025 lohnend, die regionale Daten betrachtet. Die Analysen von Kölzer und Hudde (2025) zur Geographie der AfD-Unterstützung arbeiteten größere Auffälligkeiten bezüglich der Relevanz der Industrie heraus und stellten fest, dass die AfD besonders stark dort im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 zugewinnen konnte, wo der Anteil der Industriebeschäftigten hoch ist. Besonders große AfD-Zugewinne zeigen sich zum Beispiel in den industriellen Herzkammern Westdeutschlands (ebd.) – ob in Ingolstadt und Wolfsburg (Automobilindustrie), Salzgitter (Stahl), Ludwigshafen-Frankenthal (BASF) oder in süddeutschen Wahlkreisen mit mittelständischer Industriestruktur (Rottweil-Tuttlingen, Schwäbisch Hall-Hohenlohe). Bei aller Vorsicht einen ökologischen Fehlschluss<sup>55</sup> zu vermeiden, ist es in der Gesamtbetrachtung der Befunde naheliegend, dass die starken AfD-Wahlergebnisse nicht unwesentlich auf die dort ansässige Industrie zurückzuführen sind – insbesondere da dieser Aspekt in ihren Analysen auch unter Kontrolle weiterer Variablen bestehen blieb (Kölzer/Hudde 2025). Ob es in diesen Regionen besonders die dort zahlreichen Industriearbeiter\*innen sind, die AfD wählen, oder aber vor allem andere Personen, die möglicherweise auch von den industriellen Transformationsherausforderungen der Region betroffen sind, kann hier letztlich nicht geklärt werden.

Die Erklärungsansätze für die höhere AfD-Wahlquote unter Arbeiter\*innen sind mannigfaltig. Es lassen sich die enormen industriellen Transformationsherausforderungen heranziehen, die mit großen Belastungen einhergehen. Status- und Abstiegsängste angesichts schwächelnder industrieller Produktion, fehlender Zukunftsperspektiven und drohender betriebsbedingter

---

<sup>55</sup> Dies bezeichnet einen statistischen Fehlschluss, bei dem auf Basis von Aggregatdaten unzulässigerweise auf Individualdaten geschlossen wird. Übertragen auf den vorliegenden Fall, müssen die hohen AfD-Zugewinne in Regionen mit viel Industrie nicht *zwangsläufig* auf die dort arbeitenden Industrie-arbeiter\*innen zurückgehen.

Kündigungen werden dann umso relevanter. Die zuletzt zunehmenden wirtschaftlichen Probleme zum Beispiel in der deutschen Automobilindustrie und die damit einhergehenden Meldungen über Umsatzeinbrüche, Stellenstreichungen und Werksschließungen verstärken bestehende Verunsicherungen. In der vorliegenden Analyse priorisieren Arbeiter\*innen die Förderung des Industriestandorts Deutschland, aber auch die Sicherung der Rente als besonders wichtige Themen für die neue Bundesregierung. Zudem äußern sie überdurchschnittlich häufig Transformationsorgen bezüglich der Sicherheit ihrer Arbeitsstelle. In einer europäischen Vergleichsstudie des WSI (Hövermann et al. 2025) zeigten sich ebenfalls die Job-Sorgen wegen Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland als besonders eng mit der Wahlpräferenz für eine extrem rechte Partei assoziiert, sodass die AfD unter den extrem rechten Parteien in Europa besonders erfolgreich darin ist, Transformationsängste zu mobilisieren.

Wichtig erscheint zudem die Unterscheidung zwischen einerseits Regionen, die aktuell noch stark industriell geprägt sind, aber denen womöglich durch Transformations- und Automatisierungsprozesse ein Rückgang droht. Für diese Regionen zeigt eine neue Studie (Bayerlein et al. 2025) eine besonders starke Unterstützung für die AfD. Andererseits aber Regionen, die bereits seit längerem einen industriellen Rückgang verkraften mussten, und in denen eher eine größere Unterstützung für die Linke und wohlfahrtsstaatliche Absicherung als für die AfD auffällt. Für die AfD-Unterstützung scheint also weniger der bereits stattgefundenen industriellen Rückgang eine Rolle zu spielen als die Status- und Transformationsbedrohungen in stark industriell geprägten Regionen.

Um die enormen Herausforderungen der Transformationen mit den Belegschaften zu bewältigen, müssen diese mitgenommen und vor allem einbezogen und beteiligt werden. Zudem erscheint es als umso wichtiger die Transformation so sozial gerecht und abgefedert wie möglich zu gestalten. Es gilt für die neue Bundesregierung zügig wirtschaftliche Perspektiven für einen starken und zukunftsfähigen Industriestandort zu bieten, indem beispielsweise ein verlässliches Industriestrompreisniveau zugesichert wird durch einen wirtschaftlichen Rahmen für die Energiewende und mehr in eine zukunftsfähige Wirtschaft investiert wird.

Ein weiterer Erklärungsstrang lässt sich in fehlender gesellschaftlicher Anerkennung und einem verbreiteten Ungerechtigkeitsgefühl finden. Eine Studie anhand von WSI-Daten konnte zeigen, dass die Arbeiterklasse am stärksten unter institutionellen Demütigungen in der Arbeit leidet und um Würde in der Arbeit kämpfen muss, was wiederum eng mit einer AfD-Wahlpräferenz einhergeht (Schwuchow 2023). Auch mit dem WSI-Erwerbersonenpanel zeigte sich zuletzt (Hövermann 2023), wie fehlende berufliche Anerkennung – sowohl materieller Art als auch bezogen auf das fehlende „Gesehen-Werden“ der eigenen Leistung – mit erhöhter AfD-Wahlpräferenz einhergeht. Der in der vorliegenden Studie gezeigte Befund des klaren Zusammenhangs mit dem Prestige des Berufs, den die Befragten ausüben, weist ebenfalls auf die Bedeutung fehlender gesellschaftlicher Anerkennung durch den Beruf hin.

Auch der Soziologe Dörre (2024) beobachtet eine zunehmende gesellschaftliche Entwertung industrieller Arbeit im Zuge des Rückgangs des Industrieanteils an der Wertschöpfung in den letzten Jahrzehnten. Er schreibt beispielsweise von einer unter Arbeiter\*innen stark wahrgenommenen gesellschaftlichen Abwertung, die viel damit zu tun habe, dass sich viele Industriearbeiter\*innen im „Sturmzentrum“ der sozial-ökologischen Transformation wiederfänden, ohne dass ihre Probleme und Interessen in meinungsbildenden Öffentlichkeiten vorkämen (Dörre et al. 2024). Des Weiteren fänden die lebensweltlichen Probleme und Sichtweisen vieler Arbeiter\*innen in vielen eher progressiven, demokratischen Parteien eher wenig Resonanz wie aus qualitativen Studien berichtet wird (ebd.). Vielmehr scheinen sich zunehmend Gefühle von Bevormundung und der Bedrohung des von vielen als „normal“ erachteten breit zu machen, welche Entfremdungserscheinungen weiter verstärken. Wenn etwa viele hier häufig verbreitete tradierte Geschlechterrollen und Familienbilder bedroht sehen; oder man das Gefühl

hat, man müsse sich für seinen Fleischkonsum oder die Vorliebe für schnelles Fahren mit PS-starken Verbrennerautos rechtfertigen (ebd.): All das kann große Wut erzeugen und spielt der Entfremdung und letztlich häufig auch der AfD in die Karten.

Zusätzlich scheint der Begriff der Arbeiterklasse zunehmend von Rechtsaußen durch Formen einer exklusiven Solidarität (Dörre et al. 2018) gefüllt zu werden. Westheuser und Lux (2024: 21) kamen in ihrer Studie zum Fazit, „dass die Arbeiteridentität unter verschiedenen politischen Vorzeichen politisiert werden kann: als inklusiv-solidarische vertikale Abgrenzung gegenüber den Reichen, Chefs und Eigentümer:innen; oder aber als exkludierende Abgrenzung gegenüber anderen Lohnabhängigengruppen (etwa Migrant:innen, Transferempfänger:innen oder gesellschaftlichen Außenseiter:innen)“. Die vorliegenden Befunde zum unter Arbeiter\*innen hoch relevanten Gefühl der relativen Deprivation – also im Vergleich zu anderen Gruppen selbst zu kurz zu kommen – und den unter Arbeiter\*innen erheblichen Entsolidarisierungen gegenüber Geflüchteten und Bürgergeldempfänger\*innen lassen vermuten, dass die von Rechtsaußen propagierte Unterscheidung zwischen hartarbeitenden (inländischen) „makers“ und parasitär auf Kosten anderer lebenden „takers“ (Rathgeb 2024) hier besonders gut verfangt. Dies wird auch als empfundener „Bruch in der moralischen Ökonomie“ (Opratko 2024) bezeichnet. So kommt es, dass Arbeiter\*innen, die eine individualisierte Leistungsideologie verinnerlicht haben und sich bemühen, „ihren Teil der meritokratischen Abmachung einzuhalten“ (ebd.: 3) gleichzeitig das Gefühl haben, dass von anderen diese Abmachung nicht eingehalten wird. Die Ablehnung beispielsweise von Geflüchteten ermöglicht es ihnen, „diesen Bruch im Inneren der moralischen Ökonomie in einen Gegensatz zwischen ‚innen‘ und ‚außen‘ umzuwandeln: Sie zählen sich selbst zu einer Gemeinschaft der Fleißigen, ‚Flüchtlinge‘ und ‚Asylanten‘ gelten ihnen dagegen als ‚undankbar‘ und ‚unproduktiv‘“ (ebd.: 3).

Das Arbeiter-sein scheint sich besonders dann stärker durch Abgrenzungen nach unten (Bürgergeldempfänger\*innen) und außen (Geflüchtete) zu bestimmen – wie Mau und Kollegen (2023) schreiben – wenn der Weg für offensive Interessenpolitik gegen „die Reichen und Mächtigen“ verstellt scheint. Als umso wichtiger erscheint hier, wie sich politische Parteien positionieren und welche Themen sie in den Vordergrund stellen. Wie Abou-Chadi und Kolleg\*innen (im Erscheinen) verdeutlichen, bevorzugen Arbeiter\*innen sozialdemokratische Parteien, wenn diese ökonomisch linke Positionen beziehen – und zwar auch dann, wenn sich sozialdemokratische Parteien zugleich offen für Migration zeigen. Oder wie Westheuser und Lux (2024: 9) den Befund zusammenfassen: „Klasseninteresse schlägt Migrations skepsis, zumindest in diesem Fall“. Vor diesem Hintergrund erscheint es als umso fraglicher, dass sich progressive Parteien in ihren Positionen zur Migration zuletzt derart nach rechts positionierten.

Schließlich erweisen sich die Teilhabe- und Mitgestaltungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz ebenfalls als relevant, um einerseits Ohnmachtsgefühlen entgegenwirken zu können und andererseits Selbstwirksamkeitserfahrungen zu übertragen. Insbesondere Befragte in Berufen mit geringer Handlungsautonomie weisen in den vorliegenden Analysen hohe Anteile an AfD-Wählenden auf. Dass fehlende demokratische Teilhabe am Arbeitsplatz eng mit rechtsextremen Einstellungen (Kiess/Schmidt 2024) und auch der AfD-Wahlpräferenz (Hövermann et al. 2025) einhergeht, wurde zuletzt in einigen Studien deutlich. Bemerkenswert ist zudem beim Blick auf die Entwicklung dieser empfundenen Teilhabemöglichkeiten, dass in der Leipziger Autoritarismusstudie zuletzt ein erheblicher Rückgang der Erfahrung demokratischer Teilhabe in der Arbeitswelt vor allem im Osten Deutschlands beobachtet werden konnte (Decker et al. 2024). Die Erfahrungen, die Menschen an ihrer Arbeit machen – inwieweit sie hier auch Kontrolle und Einfluss ausüben können – spielen somit eine wichtige Rolle. Auch wenn sie sicherlich nur *einen* Baustein von vielen darstellen, so sollten keineswegs die Stärkung der Teilhabe- und Mitsprachemöglichkeiten und die Demokratisierung von Arbeitswelten aus den Augen geraten – nicht zuletzt, um dem verbreiteten Gefühl des Kontrollverlusts entgegenzuwirken.

### 7.3 Kernthema Migration mobilisiert und wird normalisiert

Wenig überraschend zeigen auch die Befunde der vorliegenden Analysen, dass das Kernthema der AfD – Zuwanderungsbegrenzung – ihre Anhänger\*innen mobilisiert. Zuwanderungsbegrenzung wird von AfD-Wählenden eindeutig als das wichtigste Thema genannt, um das sich die neue Bundesregierung kümmern sollte – und zwar von nahezu all ihren Wählenden, ob reich oder arm, jung oder alt, männlich oder weiblich. Bestätigt wird dies durch die erheblich ablehnenden Einstellungen gegenüber Ukraine-Geflüchteten im Speziellen und Zuwanderung im Allgemeinen unter AfD-Wählenden. Entsprechend sollte stark davon ausgegangen werden, dass die AfD nicht *trotz*, sondern *wegen* ihrer migrationsfeindlichen Positionen gewählt wird. Die häufig medial verbreitete Analyse, bei der AfD-Wahlentscheidung handle es sich um eine reine Protestwahl, greift zu kurz. Zwar ist unzweifelhaft, dass AfD-Wählende in großer Mehrheit erhebliche Unzufriedenheit und Misstrauen mit etablierten demokratischen Kräften und der Art wie Demokratie in Deutschland funktioniert, verspüren, jedoch sind die inhaltlichen und ideologischen Übereinstimmungen ihres Elektorats mit den Positionen der Partei insbesondere in Migrationsfragen enorm, wie nicht zuletzt die vorliegende Untersuchung verdeutlicht. Wie bereits in vergangenen Erhebungswellen (Hövermann 2023) zeigt sich auch aktuell zudem ein sehr hohes Vertrauen der AfD-Wählenden in die AfD verglichen mit Wählenden anderer Parteien.<sup>56</sup> Wenn man die Wahl der AfD also als Protestwahl bezeichnen möchte, so ist sie vielleicht am ehesten noch als „ideologisch motivierter Protest“ (Arzheimer 2024) zu erklären.

Lediglich unter Wählenden des neugegründeten BSW zeigen sich ebenfalls mehrheitlich zuwanderungskritische Einstellungen – wenn auch insgesamt nicht so ausgeprägt wie unter AfD-Wählenden. Dieser Befund deckt sich mit anderen Studien (Jankowski 2024), sodass sich das BSW in der Migrationspolitik als mögliche Alternative für jene darstellt, die zwar migrationskritisch sind, jedoch nicht die radikale Positionierung der AfD dazu teilen.

Zuletzt kreiste die öffentliche Debatte stark um das Thema Migration und die geäußerten Einstellungen in der Bevölkerung sowie die Positionierungen demokratischer Parteien beim Thema Migration rückten spürbar nach rechts. Dafür, dass die deutliche Verschärfung der Asylpolitik demokratischer Parteien sowie das Übernehmen der Tonalität und zahlreicher Positionen der AfD in den letzten Jahren den Zuspruch zur AfD *geschwächt* hätte, lassen sich jedoch keine Hinweise in den Befunden finden. In den vorliegenden Analysen ergeben sich eher im Gegenteil erhebliche Wanderungsgewinne der AfD von etablierten demokratischen Parteien wie der SPD oder der FDP. Als wichtige Erklärungsansätze dieser Wanderungen lassen sich im Fall der SPD und FDP sicher Enttäuschung über das politische Abschneiden der Ampel-Regierung heranzuführen. Einzig bei der Union sind nennenswerte Gewinne erkennbar – jedoch auch nur von *zwischenzeitlich* zur AfD abgewanderten Befragten, nicht aber bezogen auf das Wahlverhalten zur Bundestagswahl 2021. Letztlich fallen selbst diese Gewinne der zwischenzeitlich zur AfD abgewanderten Anhänger\*innen im Vergleich zu den Verlusten der Union an die AfD geringer aus, sodass auch die Union im Saldo Wanderungsverluste zur AfD zu verbuchen hat. Im Fall der Union ist als Erklärung sicherlich die größere inhaltliche Nähe in den Einstellungen der Wählenden – beispielsweise bei den Themen Migration und Sicherheit – zu nennen. Zudem erscheint naheliegend, dass nicht zuletzt durch das zunehmende Übernehmen von AfD-Positionen und deren Tonalität eine Normalisierung und ein Rechtsruck im Diskurs stattgefunden hat, der auch Auswirkungen auf die geäußerten Einstellungen hat. Die Unionsparteien – jedoch nicht nur sie – haben sich in den letzten Jahren der

---

<sup>56</sup> 69 Prozent der aktuellen AfD-Wählenden äußern „großes“ oder „sehr großes“ Vertrauen in die Partei, die sie wählen. Lediglich Wählende der Linken und der Grünen erreichen ansatzweise solch hohe Werte (61,5 und 61,3 Prozent), während die Werte der Wählenden von CDU, CSU und SPD hier deutlich niedriger liegen (39,8, 39,6 und 42,6 Prozent). Auch die Werte der BSW-Wählenden liegen im Vergleich zu AfD-Wählenden deutlich niedriger (49 Prozent).

Sprache der AfD bedient und insbesondere in Migrationsfragen auch Positionen der AfD übernommen und sie damit normalisiert.<sup>57</sup> Diese Aufwertung und Normalisierung der AfD könnte auch dazu beigetragen haben, dass vormalig Union-wählenden Personen nun das Original – die AfD – attraktiver erscheint. Das Übernehmen extrem rechter Positionen nutzt also eher den Rechtsaußen-Parteien, da Personen mit migrationsfeindlichen Einstellungen letztlich das Original – also die AfD – wählen und das Umschwenken demokratischer Parteien häufig wenig glaubhaft erscheint.

Des Weiteren zeigen die vorliegenden Analysen, wie sich die Einstellungen gegenüber Geflüchteten im Zeitverlauf erheblich eintrübten – und zwar nicht nur unter den ohnehin hier kaum solidarischen AfD-Wählenden, sondern auch unter Befragten, die nicht die AfD wählten. Sicherlich ist ebenfalls relevant, dass die Aufnahmekapazitäten zahlreicher Gemeinden in Deutschland tatsächlich an Grenzen stoßen, sodass Zustimmungsanstiege etwa zu „Wir können nicht noch mehr Geflüchtete aufnehmen“ oder Rückgänge im Optimismus zur gut gelingenden Integration vermutlich auch darauf zurückzuführen sind. Gleichzeitig ergeben sich im Zeitverlauf deutlich negativere Einstellungen für *alle* hier erfassten Aussagen, also etwa auch für das schwindende Mitgefühl mit dem Schicksal der Geflüchteten oder für das Einfordern von Etabliertenvorrechten („Geflüchtete sollten sich in Deutschland erstmal hintenanstellen“), die klar in Richtung von Entsolidarisierungsprozessen deuten und bei denen sich auch die Einstellungen gegenüber geflüchteten Personen eintrübten. Würde ein Zuwanderungsstopp rein aus Kapazitätsgründen gefordert und weiterhin Solidarität mit Geflüchteten vorliegen, gingen die Zustimmungen lediglich zu bestimmten Aussagen zurück, nicht aber zu allen, wie in den vorliegenden Analysen. Bezogen auf die Rolle des Übernehmens von AfD-Positionen erscheint es somit keineswegs abwegig, dass es durch die mediale Verbreitung ebenjener Positionen diese in der Bevölkerung weiter legitimiert, aufgewertet und normalisiert hat. Kurz gesagt deutet dies darauf hin, dass eine solche Strategie des programmatischen Entgegenkommens demokratischer Parteien nicht nur keinen nennenswerten Gewinn (in Form von Wanderungserfolgen) erzielt, sondern dadurch vermutlich auch mit erheblichen zusätzlichen gesellschaftlichen Kosten verbunden ist. Als erheblich sind diese schon deshalb zu bewerten, da die Forschung zeigt, dass eine einmal erfolgte Normalisierung so gut wie nicht mehr rückgängig zu machen ist (vgl. Daur 2024). Hinzu kommt, dass eine restriktivere Migrationspolitik und Grenzsicherungen den Arbeitskräftemangel und den daraus resultierenden Mangel an öffentlichen Dienstleistungen sowie die Entvölkerung vor allem in ländlichen Regionen nur noch weiter verschärfen wird. Hierzu kommt eine weitere Studie zum Befund, dass Regionen mit stärker fremdenfeindlichen Einstellungen unattraktiver für Arbeitskräfte sind – vor allem für diejenigen, die jung und hochqualifiziert sind (Buch/Rossen 2024).

Als durchaus erstaunlich ist der Wahlerfolg der AfD bei der jüngsten Bundestagswahl insofern zu bewerten, als dass die Partei in den letzten Jahren eine Phase der Radikalisierung vollzog, die letztlich zur jüngst bekanntgegebenen Hochstufung der AfD durch den Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistisch“ bestätigt wurde.<sup>58</sup> Zwar sorgten Anfang 2024 bekannte Pläne zur „Remigration“, für die mehrere Millionen Menschen, die nicht in das völkische und rassistische Weltbild der AfD passen, nach der Machtübernahme der AfD das Land verlassen sollen, für große Empörung und Massendemonstrationen in Deutschland. Jedoch kostete das die AfD – wenn überhaupt – wohl nur vorübergehend Stimmen und führte auch keineswegs dazu, dass sich demokratische Parteien dem Rechtsruck in der Migrations-Debatte widersetzen. Eine Ausnahme zeigt sich für eine Gruppe in den vorliegenden Analysen:

---

<sup>57</sup> Wie groß der Einfluss davon ist, wer etwas zu einem Thema sagt, konnte Valentim (2024) in einem Experiment veranschaulichen, in dem sich zeigte, dass die Wirkung des nahezu gleichen einwanderungsfeindlichen Zitats stark davon abhing, ob es von einem AfD- oder einem CDU-Politiker stammte. Die Aussagen des AfDlers habe nur Auswirkungen auf jene gehabt, die der AfD ohnehin bereits nahestanden, während die des Unions-Politikers dagegen eine Wirkung in der Breite der Gesellschaft zeigte.

<sup>58</sup> Zunächst hatten die Behörden die AfD bzw. ihre Jugendorganisation „Junge Alternative“ in mehreren Bundesländern als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft.

Befragte mit Migrationshintergrund haben sich häufiger von der AfD abgewendet. Sie sind überdurchschnittlich häufig in der Gruppe der ehemaligen AfD-Anhänger\*innen zu finden. Sicherlich mag die generell geringere Parteibindung bei Befragten mit Migrationshintergrund eine gewisse Rolle dafür spielen, dass häufiger die Wahlpräferenz gewechselt wird. Doch zeigen sich auch Hinweise darauf, dass die radikalen Positionen der AfD in der Migrationsfrage und die potenzielle eigene Betroffenheit, wenn die AfD ihre Pläne umsetzen kann, einigen womöglich als zu extrem erschien. Diejenigen Befragten mit Migrationshintergrund, die sich von der AfD abgewendet haben, fallen durch ihre deutlich geringere Zuwanderungsgegnerschaft auf. Unter ehemaligen AfD-Wählenden mit Migrationshintergrund wird das Thema Zuwanderungsbegrenzung, das sonst unter AfD-wählenden Befragten mit Migrationshintergrund das zweitwichtigste Thema darstellt, als deutlich weniger wichtig eingestuft (neuntwichtigstes Thema). Eine weitere Studie nach Bekanntwerden der „Remigrationspläne“ hatte zudem zeigen können, dass diese bei Personen mit Migrationshintergrund mehrheitlich Angst auslösen und bei nicht wenigen Aus- oder Abwanderungsgedanken auslösen – fast jede zehnte Person mit Migrationshintergrund überlegt in Anbetracht der AfD-Erfolge ernsthaft, Deutschland zu verlassen (Zajak et al. 2024).

Trotz der dargestellten Radikalisierungsprozesse konnten in großen Einstellungsstudien wie der Mitte- und der Leipziger Autoritarismus-Studie im Zeitverlauf zuletzt starke Zustimmungsanstiege bei rechtsextremen Einstellungen (Zick/Mokros 2023) oder bei ausländerfeindlichen Aussagen (Decker et al. 2024) festgestellt werden. Zudem wird die Partei zunehmend normalisiert und zuletzt von jeder und jedem Vierten als „normale Partei wie jede andere auch“ angesehen (Küpper et al. 2023). All dies kann einen tatsächlichen Rechtsruck der Einstellungen darstellen oder aber – wie Valentim (2024) vermutet – Ausdruck einer Verschiebung der sozialen Norm des Sagbaren sein; dass sich nun also mehr Menschen mit rechtsradikalen Ansichten trauen, ihre Meinungen zu äußern und sie nicht mehr zu verheimlichen. Ähnlich argumentiert auch Reuband (2025), wenn er schreibt, dass mit der Wahl der AfD lediglich ein konstantes (oder gar sinkendes) rechtspopulistisches bzw. rechtsextremes Potential in der Bevölkerung vermehrt ausgeschöpft wird. Die vorliegende Studie kann diese Frage zwar nicht klären, ob also die Einstellungen nach rechts gerückt sind oder ob diese schon zuvor vorhanden waren und nun hemmungsloser geäußert werden. In beiden Fällen ist die Folge aber, dass mehr Menschen diese Meinungen offener und ungehemmter vertreten, sie in Debatten präsenter machen und letztlich auch Normen verschieben. Und für die diskriminierenden Folgen, die dies für als migrantisch gelesene Bevölkerungsgruppen haben kann und bereits hat – die Zahl rechtsextremer Straftaten erreichte 2024 einen historischen Höchststand – ist diese Unterscheidung jedoch ebenfalls zweitrangig.

Bezüglich der zunehmenden Normalisierung rechtsradikaler Ansichten ist zudem der erhebliche Erfolg radikal und extrem rechter Parteien in anderen Ländern zu erwähnen. Ob bei der Europawahl, bei Parlamentswahlen in anderen europäischen Ländern wie in Österreich, Italien oder den Niederlanden oder natürlich der U.S.-Präsidentschaftswahl – zuletzt konnten zahlreiche Rechtsaußen-Parteien mit ihren Positionen Erfolge erzielen und in einigen Ländern auch die Macht übernehmen. Es ist anzunehmen, dass der Einfluss und die gestiegene öffentliche Sichtbarkeit dieser Positionen durch diese Beispiele aus anderen Ländern, die Positionen auch hierzulande ein Stück weit „normaler“ erscheinen lassen. Beispielsweise, wenn sehr mächtige und reichweitenstarke Akteure wie der amerikanische Vizepräsident JD Vance oder der Tech-Milliardär Elon Musk über Kommunikationskanäle, die in ihrem eigenen Besitz sind, öffentlich Wahlwerbung für die AfD machen.

## 7.4 Belastende und verunsichernde Krisen

Abschließend zeigt der Bericht, welch fruchtbaren Nährboden die Krisen der letzten Jahre für das Erstarken der AfD dargestellt haben. Die Daten können nachzeichnen, wie zahlreiche Menschen erhebliche Belastungen während der Pandemie zu stemmen hatten und diese bei nicht wenigen mit Enttäuschungen und einem Abwenden von den politischen Entscheidungsträger\*innen einherging. Die AfD hat es im Verlauf der Pandemie immer besser geschafft, ihre Reichweite auszubauen und das Vertrauen in die Demokratie und demokratische Akteure zu untergraben. Die Analysen zeigen, wie verbreitet der politische Unmut unter denjenigen, die aktuell AfD wählen, bereits während der Pandemie war – obwohl die wenigsten von ihnen damals schon AfD wählten. Sie waren deutlich besorgter als Wählende anderer Parteien um die Grundrechtseinschränkungen durch die Corona-Schutzmaßnahmen, skeptischer und zweifelnder hinsichtlich der Informationen zur Pandemie, schenkten Verschwörungsmuthe häufiger Glauben und zeigten auch seltener kooperative Verhaltensweisen. Ersichtlich wird zudem, dass nur wenige aktuelle AfD-Wählende während der Pandemie den Pandemie-Kurs der Bundesregierung unterstützten, sondern große Unzufriedenheit darüber herrschte.

Wenn auch der Zuspruch zur AfD während der Pandemie noch eher verhalten ausfiel, so deuten die vorliegenden Befunde darauf, dass die Pandemieerfahrungen, die erlebten Enttäuschungen und Zumutungen für nicht wenige eine Rolle spielten für das Abwenden von etablierten demokratischen Kräften. Nicht zuletzt konnte die AfD von der erheblichen Mobilisierung während der Pandemie im Querdenken-Milieu profitieren und hier gewachsene Proteststrukturen ansprechen und auf diese zurückgreifen (Lamberty/Holnburger 2023). Die hier verbreiteten Verschwörungserzählungen besaßen das Potenzial, unmittelbar als Katalysator für Radikalisierung zu wirken und boten ein Einfallstor in den Rechtsextremismus (ebd.). Auch in den vorliegenden Analysen zeigt sich, dass nahezu jede\*r zweite aktuelle AfD-Wählende während der Pandemie dem Verschwörungsmuthe zustimmte, dass „hinter der Pandemie eine Elite steht, die eine neue Weltordnung schaffen will“. Wie eng die AfD auch weiterhin mit der verschwörungsideologischen Querdenker-Szene verknüpft ist und versucht, die Pandemie zu instrumentalisieren, wird auch dadurch ersichtlich, dass sie im letzten Bundestagswahlkampf explizit auf Pandemie-Vergeltungsfantasien setzte und zum Teil sogar Tribunale und Strafen für vermeintlich Schuldige forderte (ZEIT-Online 2025). Die AfD kann dabei auf Feindbilder zurückgreifen, die in der Pandemie entstanden und seitdem nicht einfach verschwunden sind.

Zudem deuten die Befunde dieses Reports darauf, dass die speziell während der Pandemie erlebten enormen Belastungen mit erheblichen Enttäuschungserfahrungen einhergingen. Bereits vorherige Studien konnten anhand des WSI-Erwerbsspersonenpanels aufzeigen, wie es unter Eltern – und hier vor allem unter Müttern – im Laufe der Pandemie zu besonders großen Vertrauensrückgängen in politische Entscheidungsträger\*innen kam (Hövermann/Kohlrausch 2022; Hövermann 2025b). Auch die vorliegenden Analysen bestätigen, dass Eltern ein erhebliches Ausmaß an Unzufriedenheit mit dem Pandemiemanagement aufwiesen und sich offenbar besonders stark während der Pandemie von der Politik im Stich gelassen fühlten. Unter denen, die schon während der Pandemie unzufrieden mit dem Pandemiekurs waren, lassen sich überdurchschnittlich viele aktuelle AfD-Wählende finden – das gilt für Mütter, aber stärker noch für Väter. Es ist also davon auszugehen, dass die Enttäuschungen während der Pandemie ein weiteres Einfallstor für das Vordringen der AfD in neue Wählermilieus darstellten.

Ruft man sich darüber hinaus die genaue zeitliche Entwicklung des Anstiegs im AfD-Zuspruch in Erinnerung, so fanden die Zuwächse v.a. in den Jahren 2022 und 2023 nach Beginn des Angriffskriegs auf die Ukraine statt als die Inflation ihren Höhepunkt erreichte. Dies findet seinen Ausdruck in den vorliegenden Befunden, da die Rolle finanzieller Belastungen und Sorgen herauszustellen ist: Unter aktuellen AfD-Wählenden ist der Anteil derer, die sich seither stark

um ihren Lebensstandard oder die steigenden Preise sorgen, knapp doppelt so hoch wie unter Befragten, die nicht die AfD (oder das BSW) gewählt haben. Insbesondere für AfD-Wählende mit höheren (oder mittleren) Einkommen erweist sich das Gefühl des zu-kurz-Kommens als besonderer Verstärker. Auffällig dabei ist, wie die AfD besonders gut bei denjenigen Befragten zu verfangen scheint, die finanzielle Sorgen umtreiben und sich benachteiligt fühlen. Betrachtet man dies zusammen mit den Befunden zur Migrationsgegnerschaft, erweist sich die empfundene relative Deprivation als besonders relevanter Mechanismus. Das Gefühl selbst zu kurz zu kommen, während andere zu viel bekommen, bzw. andere überhaupt etwas bekommen, was ihnen aus ihrer Sicht nicht zusteht, ist besonders wirkmächtig zur Erklärung abwertender Einstellungen und wird sehr erfolgreich von der AfD bedient und instrumentalisiert.

Zudem gilt es, zwischen objektiven Belastungen und subjektiv empfundenen Faktoren wie Sorgen zu unterscheiden – letztere sind unter AfD-Wählenden besonders verbreitet (Hövermann 2025a) – womit diesen Sorgen keineswegs die Berechtigung abgesprochen werden soll. Vielmehr soll dies auf einen in Zukunft noch genauer zu untersuchenden Wirkmechanismus hindeuten, der nahelegt, dass sich Befragte nicht nur aus dem Gefühl der Besorgnis zur AfD *hinwenden*, sondern, dass auch ein umgekehrter Wirkmechanismus wahrscheinlich erscheint: Dass sich nämlich Personen, *nachdem* sie sich der AfD zuwenden, stark von deren Niedergangsrhetorik und Untergangsszenarien für die Zukunft Deutschlands beeinflussen und letztlich verunsichern lassen.<sup>59</sup> Je länger man also bereits AfD wählt, desto größer ist die Verunsicherung. Dies erscheint plausibel, wenn man berücksichtigt, wie stark die AfD Untergangsszenarien für Deutschland zeichnet und sich selbst als einzigen Heilsbringer positioniert. Die Wirkweisen der zielgruppenorientierten Kommunikationskanäle und Echokammern der sozialen Medien verstärken diese Verunsicherungen nochmals.

Mit Blick auf ableitbare politische Implikationen ist zu sagen: Auch wenn es sich hierbei also häufig vor allem um eine subjektiv *empfundene* Benachteiligung handelt, so lässt dies die Notwendigkeit für positive Zukunftsbilder als umso größer erscheinen. Umso dringlicher erscheint es für die neue Bundesregierung, notwendige Investitionen in die soziale Infrastruktur zu tätigen, von denen alle Menschen im Land profitieren und die den Bürger\*innen das Gefühl vermitteln können, dass sich die Bundesregierung um ihre Belange kümmert. Diese hätten zumindest das Potenzial, entstehende Konkurrenzsituationen – etwa um bezahlbaren Wohnraum – in Ballungsräumen ein Stück weit zu verringern. Nicht zuletzt könnte im besten Fall von ihnen auch das Signal eines Aufbruchs für eine positive Zukunftsvision ausgehen, die dringend nötig ist, um der Niedergangsrhetorik der AfD Gründe für Zuversicht entgegenzusetzen.

---

<sup>59</sup> Ein solcher umgekehrter Wirkmechanismus konnte bezogen auf ein sinkendes Vertrauen in demokratische Institutionen (siehe Söderlund und Kestilä-Kekkonen, 2009; Arzheimer, 2024) und auf ein geringeres Wohlbefinden (Adena und Huck, 2024) in anderen Studien bereits aufgezeigt werden.

Die AfD schaffte es zuletzt, sich bei ihren Wählenden als einzigen Heilsbringer zu positionieren, sodass sie bei ihnen auch ein erhebliches Ausmaß an Hoffnung auslöst – so viel wie bei Wählenden kaum einer anderen Partei, wie eine Studie zeigte (Pokorny 2024). Mit Nostalgie und Stolz vermittelt sie ein Hoffnungsangebot mit einem Versprechen einer vergangenheitszugewandten Normalitätsvorstellung. Für viele ihrer Wählenden grenzt sich die AfD glaubhaft von etablierten politischen Kräften in Sprache und Inhalt ab und steht für sie für einen echten politischen Wandel und nicht für die rechtsextreme und verfassungsfeindliche Gefahr, die von ihr für die Demokratie und die Bürger und Bürgerinnen ausgeht. Ihr gelingt es die große Wut auf gemeinsame Sündenböcke (Migrant\*innen, Geflüchtete, aber auch etablierte „Altparteien“, wie die AfD sie nennt) zu kanalisieren, darüber ein attraktives Gemeinschaftsgefühl aufzubauen und damit den Menschen eine Möglichkeit zur Aufwertung der eigenen Identität zu bieten. Insbesondere in einigen ostdeutschen Regionen mag dies besonders wirkmächtig sein, wenn dort – wie der Soziologe Mau schreibt – der „Coolnessfaktor jetzt bei rechts liegt“ und es der AfD gelingt, das Framing des sonst eher als rückständig geltenden Ostens als Speerspitze oder Avantgarde der gesellschaftlichen Entwicklung umzuwidmen (SZ 2024).

Bezüglich der Frage, wie demokratische Parteien reagieren können, erscheint es vor dem Hintergrund der Befunde für progressive Parteien als umso vielversprechender, dass sie ökonomische Ungleichheitsgefühle auch mit ökonomisch linken Positionen adressieren. Nicht nur ließen sich so ihre eigenen Elektorate besser mobilisieren, auch das Elektorat der AfD zeigt sich bei ökonomischen Themen nach den vorliegenden Analysen als weniger einig und könnte hier bei größerer Präsenz der Thematik von der AfD weniger mobilisiert werden. Klar ist aber auch, dass es nicht allein linke Politik ist, die Ungleichheitsgefühle mobilisieren kann – auch für weitere demokratische Parteien liegen hier Chancen. Dies böte auch generell die Gelegenheit für demokratische Parteien Emotionen stärker einzusetzen und sie nicht rechtsextremen Parteien zu überlassen, die Emotionen wie Angst und Wut, aber auch Hoffnung sehr erfolgreich instrumentalisieren (Hillje 2025). Ungleichheit, aber auch konkreter Entwürdigung, fehlende Mitsprache und Repräsentation könnten Themen „demokratischer Emotionalisierungen“ (ebd.) darstellen und sowohl die produktiven Kräfte der unter AfD-Wählenden weit verbreiteten Wut, Empörung und des Ungerechtigkeitsempfindens ansprechen als auch einen Ansatzpunkt für Hoffnung auf Verbesserungen darstellen.

Ähnliches gilt für die Themen Klimapolitik und Migration: Auch hier könnten hoffnungsvolle, Chancen-betonende Botschaften Zuversicht schaffen (vgl. Hillje 2025). Die Studie von Hillje (ebd.) deutet darauf, wie stark verschiedene Bevölkerungsschichten dafür ansprechbar sind. Von progressiven Kräften ließen sich beispielsweise die Aspekte der Solidarität mit Schutzsuchenden, die Missbilligung von Inhumanität und die Chancen gelungener Integration emotional effektiv ansprechen. Wenn progressive Kräfte derartige Formen progressiver Emotionalisierungen der Migrationsthematik vernachlässigen und sich stattdessen stärken an konservativen oder gar rechtspopulistischen Positionen orientieren, werden sie ihrer Kernanhängerschaft zumindest in Teilen nicht gerecht (ebd.: 196).<sup>60</sup> Der Klimaschutz lässt sich ebenso effektiv mit Hoffnung, aber auch Wut und Empörung aufladen, womit sowohl rechtspopulistische wie auch politisch links-neigende Menschen ansprechbar sind, besonders wenn beispielsweise die Gerechtigkeitslücke beim Klimaschutz zwischen Arm – die die Folgen besonders zu spüren bekommen – und Reich – die dem Klima am meisten schaden – thematisiert werden (ebd.: 205).

---

<sup>60</sup> Zudem zeigt sich in der Studie von Hillje (ebd.) aber auch, dass es wenig Grund für *alle* gemäßigten Kräfte – auch für konservative – gibt, rechtspopulistische Emotionalisierungen zu kopieren, da selbst bei den wütend-rechtspopulistischen Teilen der Wählerschaft konservative, demokratische Emotionalisierungen besser verfangen als undemokratische rechtspopulistische.

Unabhängig davon, ob diese Emotionalisierungen nun von progressiven oder konservativen Kräften des demokratischen Spektrums angewendet werden, ist es äußerst wichtig, dass diese Emotionalisierungen demokratisch bleiben, indem sie sich klar von der diffamierenden, radikalen Emotionskultur der Extreme in Sprache und Inhalt abgrenzen und sich eben nicht deren Methoden bedienen, sodass letztere nicht weiter normalisiert werden (ebd.). Wie Hillje (ebd.: 220) schreibt, kann die Empörung über reale Ungerechtigkeiten Ausgangspunkt für einen aktiven Einsatz für Veränderungen sein. „Im Populismus kommt nach Empörung noch mehr Empörung. Nach der demokratischen Wut kommt, wenn man aktiv geworden ist, Hoffnung.“ Es sind nicht nur die Ansprachen von Parteien und Politiker\*innen, die die politische Emotionalisierung prägen, auch Journalismus, Institutionen und letztlich die Bürgerinnen und Bürger praktizieren und wirken an einer politischen Emotionskultur mit und könnten durch Freude an Dazugelerntem, Lust am Streit oder Offenheit für Perspektivenwechsel eine demokratische Emotionskultur fördern (ebd.: 233).

Der Bedarf nach mehr Hoffnung und Zuversicht spendenden Zukunftsvisionen, die auch Herausforderungen und Härten nicht verschweigen sollten, ist in der Bevölkerung ohnehin enorm, wie eine Studie zuletzt zeigte (Hagemeyer et al. 2024). Es deutet zudem einiges darauf hin, dass sie auch das Potenzial hätten, dass sich Menschen wieder stärker politisch repräsentiert und wahrgenommen fühlen und weniger anfällig für die undemokratischen Emotionalisierungen der AfD sind.

## 8 Literatur

**Abou-Chadi, T./Häusermann, S./Mitteregger, R./Mosimann, N./Wagner, M. (i. E.):** Trade-Offs of Social Democratic Party Strategies in a Pluralized Issue Space: A Conjoint Analysis, in: *World Politics* 77 (3)

**Adena, M./Huck, S. (2024):** Support for a Right-wing Populist Party and Subjective Well-being: Experimental and Survey Evidence from Germany, in: *PLOS ONE* 19 (6), e0303133, <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0303133>

**Arzheimer, K. (2024):** Ist die AfD eine Protestpartei?, in: Quent, M./Virchow, F. (Hrsg.): *Rechtsextrem, das neue Normal? Die AfD zwischen Verbot und Machtübernahme*, München, S. 36–47

**Arzheimer, K./Berning, C. (2019):** How the Alternative for Germany (AfD) and their Voters veered to the Radical Right, 2013–2017, in: *Electoral Studies* 60, August 2019, 102040

**Bayerlein, M./Kölzer, J./Metten, A. (2025):** Industrial Employment and Populism in Germany – Exploring the Effect of Actual and Looming Decline, in: *Politische Vierteljahresschrift* (2025), <https://doi.org/10.1007/s11615-025-00606-w>

**Bastin, S./Unzicker, K. (2022):** Verlieren die Eltern ihr Vertrauen? Belastungen und Politikvertrauen während der Corona-Pandemie nach Familienkontext, in: *Evangelische Jugendhilfe* 1/2022, S. 3–14 [https://www.unibremen.de/fileadmin/user\\_upload/sites/chancengleichheit/projekte/carat\\_-\\_caring\\_all\\_together/2021\\_Politikvertrauen\\_Eltern\\_Corona\\_Bastin\\_Unzicker\\_final.pdf](https://www.unibremen.de/fileadmin/user_upload/sites/chancengleichheit/projekte/carat_-_caring_all_together/2021_Politikvertrauen_Eltern_Corona_Bastin_Unzicker_final.pdf)

**Bergmann, K./Diermeier, M./Kempermann, H. (2023):** AfD in von Transformation betroffenen Industrieregionen am stärksten. Institut der deutschen Wirtschaft: IW-Kurzbericht Nr. 71, Berlin/Köln

**Breen, R./Karlson, K. B./Holm, A. (2018):** Interpreting and Understanding Logits, Probits, and other Nonlinear Probability Models, in: *Annual Reviews* 44, S. 39–54

**Brehmer, W./Emmler, H. (2025):** WSI-Erhebungen zur Arbeitswelt in der Pandemie, in: Kohlrausch, B./Peters, E./Schulze-Buschoff, K. (Hrsg.): *Was von Corona übrig bleibt – Erwerbsarbeit, Sozialstruktur, gesellschaftliche Folgen*, Frankfurt a. M., S. 249–276

**Buch, T./Rossen, A. (2024):** Who wants to live among Racists? The Impact of local Right-wing Attitudes on Interregional Labour Migration in Germany, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 51 (7), S.1623–1646

**Daur, V. (2024):** Legitimize or Delegitimize? Mainstream Party Strategy toward (Former) Pariah Parties and How Voters Respond, in: *American Political Science Review*, published online 2024, S.1–16, Doi:10.1017/S0003055424000996

**Decker, O./Kiess, J./Heller, A./Brähler, E. (2024):** Vereint im Ressentiment – Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024, Gießen

**Decker, O./Brähler, E. (2025):** Bundestagswahl 2025: Die Parteien und das Wählerherz. Else-Frenkel-Brunswik-Institut: *EFBI Policy Paper 2025-1*, [https://efbi.de/files/efbi/pdfs/Policy%20Paper/2025\\_1\\_Policy%20Paper.pdf](https://efbi.de/files/efbi/pdfs/Policy%20Paper/2025_1_Policy%20Paper.pdf)

**Diermeier, M./Niehues, J. (2024):** Ökonomische Ungleichheit und das Erstarken des rechten Randes – die empirische Suche nach einem Zusammenhang, in: *Wirtschaftsdienst* 104 (7), S. 448–452

- Diermeier, M./Niehues, J. (2025):** (Überschätzte) Inflation: Potenziale für die politischen Ränder. Institut der deutschen Wirtschaft: IW Kurzbericht Nr. 13, Köln, <https://www.iwkoeln.de/studien/matthias-diermeier-judith-niehues-potenziale-fuer-die-politischen-raender.html>
- Dörre, K. (2024):** „Stolz, Arbeiter:in zu sein!“ Vom Aufbegehren der Vergessenen, in: Quent, M./Virchow, F. (Hrsg.): Rechtsextrem, das neue Normal? Die AfD zwischen Verbot und Machtübernahme, München, S. 60–72
- Dörre, K./Bose, S./Lütten, J./Köster, J. (2018):** Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte, in: Berliner Journal für Soziologie 28 (1–2), S. 55–89
- Dörre, K./Liebig, S./Lucht, K./Sittel, J. (2024):** Klasse gegen Klima? Transformationskonflikte in der Autoindustrie, in: Berliner Journal für Soziologie 34 (1), S. 9–46
- Elias, N./Scotson, J. L. (1993):** Etablierte und Außenseiter, Frankfurt a. M.
- Emmler, H. (2023):** Das WSI-Erwerbspersonenpanel. Hintergründe, Befunde, Ausblick, in: WSI-Mitteilungen 76 (6), S. 452–459
- Emmler, H./Seikel, D. (2024):** Wer wählt Bündnis Sahra Wagenknecht? Aktuelle Erkenntnisse aus der WSI-Erwerbspersonenbefragung. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 94, Juni 2024, Düsseldorf, [https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008875/p\\_wsi\\_report\\_94\\_2024.pdf](https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008875/p_wsi_report_94_2024.pdf)
- Ganzeboom, H. B. G./Treiman, D. J. (2003):** Three Internationally Standardised Measures for Comparative Research on Occupational Status, in: Hoffmeyer-Zlotnik, J. H. P./Wolf, C. (Hrsg.): Advances in Cross-national Comparison. A European Working Book for Demographic and Socio-economic Variables, New York, S. 159–193
- Hagemeyer, L./Ickstadt, L./Faus, R./Arnold, A./Schläger, C./Engels, N. (2024):** Welche Träume bewegen Deutschland?, Analyse hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21738.pdf>
- Heckmann, L./Wurthmann, L. C./Wagner, S. (2025):** Who's afraid of Sahra – Understanding the Shift in Votes towards Germany's Bündnis Sahra Wagenknecht, in: Research & Politics, 12 (1), <https://doi.org/10.1177/20531680241311504>
- Heitmeyer, W. (2018):** Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung 1, Berlin
- Hillje, J. (2025):** Mehr Emotionen wagen. Wie wir Angst, Hoffnung und Wut nicht dem Populismus überlassen, München
- Hövermann, A. (2022):** Verschwörungsdenken und die Abwertung Ukraine-Geflüchteter in der sich zuspitzenden Energiekrise. Analysen anhand des Erwerbspersonenpanels der Hans-Böckler-Stiftung, in: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 78, September 2022, Düsseldorf, <https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-008413>
- Hövermann, A. (2023):** Das Umfragehoch der AfD. Aktuelle Erkenntnisse über die AfD-Wahlbereitschaft aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel, in: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report 92, November 2023, Düsseldorf, [https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync\\_id=HBS-008748](https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008748)
- Hövermann, A. (2025a):** Sorgen als Ursache für die Entfremdung von demokratischen Parteien, in: Kohlrausch, B./Peters, E./Schulze-Buschhoff, K. (Hrsg.): Was von Corona übrig bleibt – Erwerbsarbeit, Sozialstruktur, gesellschaftliche Folgen, Frankfurt a. M., S. 223–247

**Hövermann, A. (2025b):** Von einer Krise in die nächste – Eltern und Geringverdienende als besonders belastete Gruppen in den Polykrisen, in: Kohlrausch, B./Peters, E./Schulze-Buschhoff, K. (Hrsg.): Was von Corona übrig bleibt – Erwerbsarbeit, Sozialstruktur, gesellschaftliche Folgen, Frankfurt a. M, S. 199–222

**Hövermann, A./Kohlrausch, B. (2022):** Der Vertrauensverlust der Mütter in der Pandemie. Befunde eines repräsentativen Bevölkerungspanels. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 73, März 2022, Düsseldorf

**Hövermann, A./Kohlrausch, B./Voss, D. (2022):** Wie Arbeit, Transformation und soziale Lebenslagen mit anti-demokratischen Einstellungen zusammenhängen. Befunde einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung: Working Paper Forschungsförderung Nr. 241, Februar 2022, Düsseldorf

**Hövermann, A./Kohlrausch, B./Langer, A./Meuleman, B. (2025):** How Work Shapes Democracy – Political preferences, Populist Attitudes and Far-right Voting Intentions among the European Labour force – a Cross-country Survey Project in the Face of the 2024 EU Elections. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Study Nr. 40, Januar 2025, [https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync\\_id=HBS-009033](https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-009033)

**Hoffmeyer-Zlotnik, J.H.P./Warner, U. (2011):** Messung von Beruf und Stellung im Erwerbsleben in international vergleichenden Umfragen, Mannheim FRG (Forschung Raum und Gesellschaft e.V.)

**Infratest dimap (2024):** Wählerwanderung Europawahl 2024, Abbildungen vom 10.06.2024 auf Tagesschau.de, <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-06-09-EP-DE/analyse-wanderung.shtml>

**Infratest dimap (2025):** Wählerwanderung Bundestagswahl 2025, Abbildungen vom 24.02.2025 auf tagesschau.de, <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/analyse-wanderung.shtml>

**Jankowski, M. (2024):** Das Schließen der Repräsentationslücke? Die Wählerschaft des Bündnis Sahra Wagenknecht – Eine Analyse basierend auf Paneldaten, in: Politische Vierteljahresschrift 66, S. 357–379, <https://doi.org/10.1007/s11615-024-00583-6>

**Kiess, J./Schmidt, A. (2024):** The Political Spillover of Workplace Democratization: How Democratic Efficacy at the Workplace Contributes to Countering Right-wing Extremist Attitudes in Germany, in: Economic and Industrial Democracy 46 (2), S. 469–495

**Kölzer, J./Hudde, A. (2025):** Von der blauen Welle getragen? Räumliche Muster der AfD-Unterstützung bei der Bundestagswahl 2025, Blog „Über Politik aus der Wissenschaft“ der Arbeitsgruppe für Empirische Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen, <https://www.politik-wissenschaft.org/2025/02/28/afd-btw2025/>

**Kölzer, J./Debus, M./Stecker, C. (2025):** Alte Wurzeln, neue Wurzeln? Zum Einfluss früherer rechtsradikaler Unterstützung auf den AfD-Wahlerfolg bei der Europawahl 2024, in: Politische Vierteljahresschrift (2025), <https://doi.org/10.1007/s11615-025-00590-1>

**Kohlrausch, B./Peters, E./Schulze-Buschhoff, K. (2025):** Was von Corona übrig bleibt. Erwerbsarbeit, Sozialstruktur, gesellschaftliche Folgen, Frankfurt a. M.

**Krause, W./Cohen, D./Abou-Chadi, T. (2023):** Does Accommodation work? Mainstream Party Strategies and the Success of Radical Right Parties, in: Political Science Research and Methods 11 (1), S. 172–179, Doi:10.1017/psrm.2022.8

**Küpper, B./Sandal-Önal, E./Zick, A. (2023):** Demokratiegefährdende Radikalisierung in der Mitte, in: Zick, A./Küpper, B./Mokros, N. (Hrsg.): Die distanzierte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn, S. 91–136

**Lamberty, P./Holnburger, J. (2023):** Verschwörungserzählungen und die AfD, Center of Monitoring, Analyse und Strategie, CeMAS-Blog vom 07.08.2023, <https://cemas.io/blog/verschwörungserzaehlungen-und-die-afd/>

**Lehmann, P./Zehnter, L. (2022):** The Self-Proclaimed Defender of Freedom: The AfD and the Pandemic, in: Government and Opposition 59 (4), S. 1109–1127

**Mau, S./Lux, T./Westheuser, L. (2024):** Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin

**Mediendienst Integration (2025):** Flüchtlinge aus der Ukraine in Deutschland, <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/ukrainische-fluechtlinge.html> (letzter Zugriff: 23.06.2025)

**Mudde, C. (2019):** The far right today, Hoboken

**Müller, T. S. (2025):** Evidence for the Welfare Magnet Hypothesis? A Global Examination using Exponential Random Graph Models, in: Social Forces, soaf048, <https://doi.org/10.1093/sf/soaf048>

**Oesch, D. (2006):** Redrawing the Class Map: Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden and Switzerland, London

**Opratko, B. (2024):** Wie Ablehnungskulturen Rechtsextremismus befördern, Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung, sozialpolitikblog vom 12.09.2024, <https://difis.org/blog/?blog=132>

**Pokorny, S. (2024):** Gute Gefühle, schlechte Gefühle. Repräsentative Umfrage zu Parteiimages und von Parteien ausgelösten Gefühlen. Konrad-Adenauer-Stiftung: Monitor Wahl- und Sozialforschung, November 2024, [https://www.kas.de/documents/d/guest/finaler-text-24-07-30-gute-gefuehle-schlechte-gefuehle-sabine-pokorny-240478181-\\_oktober](https://www.kas.de/documents/d/guest/finaler-text-24-07-30-gute-gefuehle-schlechte-gefuehle-sabine-pokorny-240478181-_oktober)

**Preuß, M. (2020):** Elias' Etablierte und Außenseiter. Eine quantitativempirische Modellierung am Beispiel der deutschen Migrationsgesellschaft, Bielefeld

**Rathgeb, P. (2024):** How the Radical Right has changed Capitalism and Welfare in Europe and the USA, Oxford

**Reuband, K.H. (2025):** Der Aufstieg der AfD in der Wählergunst. Rechtspopulistische Einstellungen und Vertrauen in die Bundesregierung als Einflussfaktoren, in: Zeitschrift für Parteienwissenschaften Nr. 1 (2025), S. 184–220

**Rippl, S./Baier, D. (2005):** Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 57 (4), S. 644–666, <https://doi.org/10.1007/s11577-005-0219-0>

**Runciman, W. G. (1966):** Relative Deprivation and Social Justice. A Study of Attitudes to Social Inequality in Twentieth-century England, London

**Sartorius, O./Scholz, C. (2021):** Corona und Erwerbssituation, Welle 5, Methodenbericht, Juli 2021, eine Studie von Kantar Public im Auftrag des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung, [https://www.wsi.de/data/wsi\\_methodenbericht\\_1\\_2021\\_epb\\_welle\\_5.pdf](https://www.wsi.de/data/wsi_methodenbericht_1_2021_epb_welle_5.pdf)

**Schulze-Buschhoff, K./Emmler, H. (2021):** Selbstständige in der Corona-Krise. Ergebnisse aus der HBS-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 1 bis 5. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Policy Brief Nr. 60, September 2021, Düsseldorf, [https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008112/p\\_wsi\\_pb\\_60\\_2021.pdf](https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008112/p_wsi_pb_60_2021.pdf)

**Schwuchow, T. (2023):** Kampf um Würde in der Arbeit. Rechtspopulismus als Ausdruck eines moralischen Unrechtsempfindens, Baden-Baden

**Siebert, J./Buchstab, M. (2025):** Die Unverzichtbaren: Menschen in Basisarbeit. Erkenntnisse für eine politische Auseinandersetzung mit ihren Perspektiven und Forderungen in der Transformationsgesellschaft, Das Progressive Zentrum, Berlin, [https://www.progressiveszentrum.org/wp-content/uploads/2025/06/Die\\_Unverzichtbaren\\_Studie\\_2025\\_DasProgressiveZentrum.pdf](https://www.progressiveszentrum.org/wp-content/uploads/2025/06/Die_Unverzichtbaren_Studie_2025_DasProgressiveZentrum.pdf)

**Söderlund, P./Kestilä-Kekkonen, E. (2009):** Dark Side of Party Identification? An Empirical Study of Political Trust among Radical Right-wing Voters, in: Journal of Elections, Public Opinion and Parties 19 (2), S. 159-181, <https://doi.org/10.1080/17457280902799014>

**SZ (2024):** Jungwähler und die AfD – wenn rechts irgendwie cool ist, Süddeutsche Zeitung vom 09.10.2024, <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-jugend-brandenburg-spremerg-erfolg-rechtsextrismus-lux.Gfj5YRQFydw8P2mJmhqCS?reduced=true>

**Treiman, D. J. (1977):** Occupational Prestige in Comparative Perspective, New York

**Valentim, V. (2024):** The Normalization of the Radical Right: A Norms Theory of Political Supply and Demand, Oxford

**Valentim, V./Dinas, E./Ziblatt, D. (2023):** How Mainstream Politicians Erode Norms, <https://doi.org/10.31219/osf.io/mjbnf>

**Westheuser, L./Lux, T. (2024):** Klassenbewusstsein und Wahlentscheidung. Klasse als politischer Kompass? Friedrich-Ebert-Stiftung: FES diskurs September 2024

**Zajak, S./Best, F./Pickel, G./Quent, M./Römer, F./Steinilper, E./Zick, A. (2024):** Ablehnung, Angst und Abwanderungspläne. Die gesellschaftlichen Folgen des Aufstiegs der AfD. Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung e. V.: DeZIM Data.insights #14, September 2024, [https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user\\_upload/Demo\\_FIS/publikation\\_pdf/FA-6191.pdf](https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Demo_FIS/publikation_pdf/FA-6191.pdf)

**ZEIT-Online (2025):** Wie die AfD Corona-Rachepläne schmiedet, ZEIT-Online vom 19.02.2025 von Dominik Lenze, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2025-02/wahlkampf-afd-corona-virologen-vergeltung>

**Zick, A./Mokros, N. (2023):** Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte, in: Zick, A./Küpper, B./Mokros, N. (Hrsg.): Die distanzierte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn, S. 53–89

**Zick, A./Küpper, B./Mokros, N. (2023):** Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

**Zick, A./Hövermann, A. (2010):** Keine Rücksicht auf Fremde und Hilfeempfänger. Die Folgen der Krisenbedrohung für die Entsolidarisierung, in: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 9, Berlin, S. 106–119

**Zoch, G./Wamsler, S. (2024):** From Rally to Reality: Unveiling Long-term Dynamics in Political Trust over two Years of COVID-19 in Germany, in: Political Research Exchange 6 (1), <https://doi.org/10.1080/2474736X.2024.2403438>

## 9 Anhang

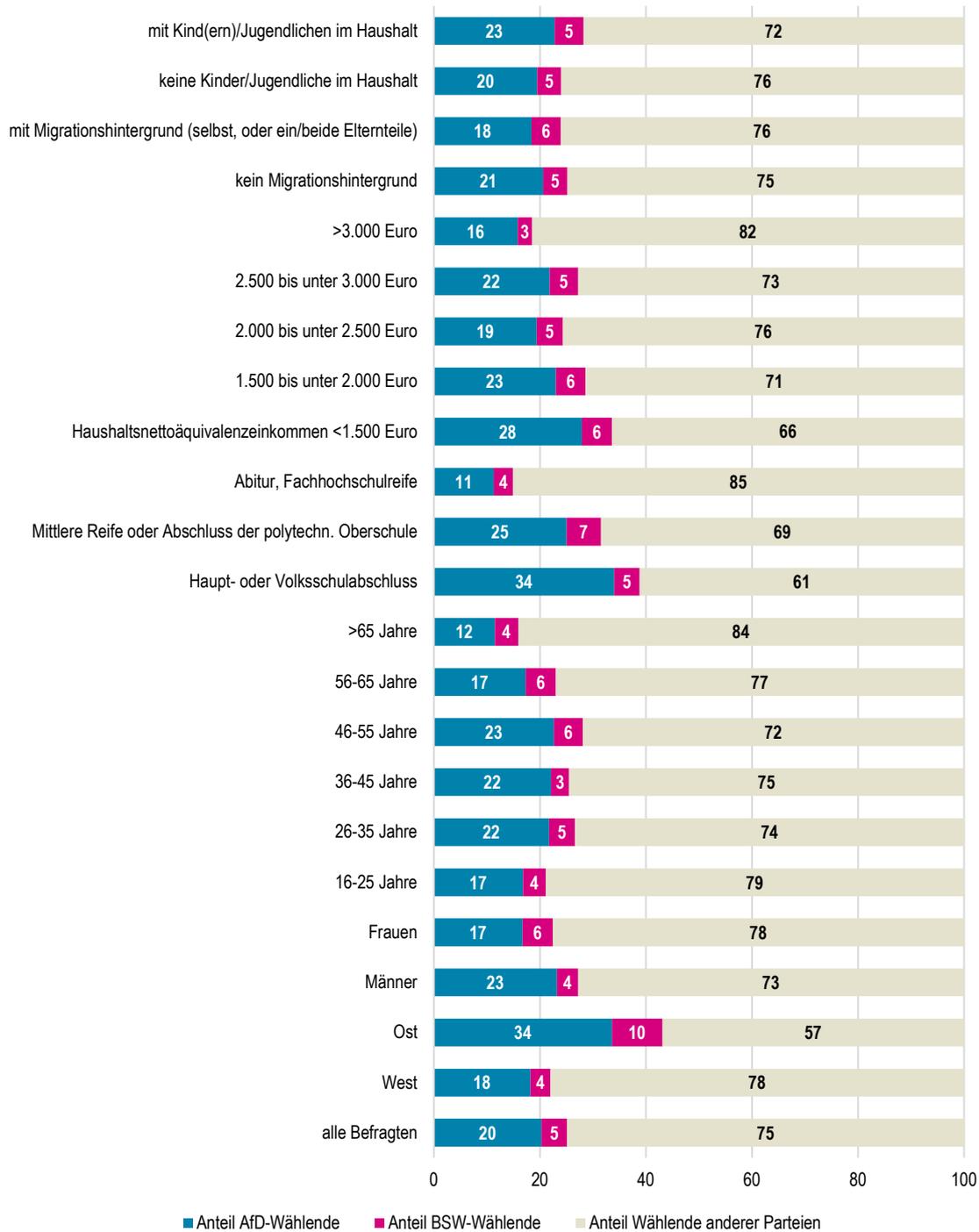
Anhang 1: Übersicht, Zuordnung Untergruppen AfD-Wählender/-Anhänger\*innen

nach AfD-Wahlverhalten <i>(basierend auf Bundestagswahlen 2021 und 2025)</i>		nach Dauer der AfD-Anhängerschaft <i>(basierend auf allen acht Befragungszeitpunkten, also Wahlverhalten und -präferenz)</i>		
Stammwählende	Neuwählende	Anhänger*innen seit 2021/2022	Anhänger*innen seit 2022/2023	neue Anhänger*in- nen seit 2024/2025
beide Bundestagswahlen: Zweitstimme AfD	Bundestagswahl '21: Zweitstimme nicht AfD, Bundestagswahl '25: Zweitstimme AfD	bereits Anhäng- er*in vor russ. Angriff auf Ukraine (April '22)	erst nach russ. An- griff auf Ukraine (Ap- ril '22) Anhänger*in	erst Anhänger*in als AfD bereits bei ≥ 20 Prozent in Umfragen
(falls keine Informationen für Wahlverhalten Bundestagswahl '21 vorliegen, wird zurückgegriffen auf ex post-Erfragung in W14: Wahlverhalten Bundestagswahl '21)		AfD-Wahl 2025 + Wahlpräferenz/ -verhalten im Jul '21/ Okt '21/ Jan '22 (evtl. auch schon zuvor)	AfD-Wahl 2025 + Wahlpräferenz im Nov '22/ Jul '23/ Nov '23; nicht aber zu- vor; gültige Werte W5/W6/W7	nur AfD-Wahl 2025 (+ evtl. Wahlpräfe- renz im Dez '24); nicht aber zuvor; + gültige Werte Ende 2023
mindestens zu 3 von 8 Zeitpunkten gültige Angaben, Fallzahl dieser Variablen „AfD-Anhänger*innen“ in W14: N=736				
N=511	N=587	N=373	N=217	N=146
		81 % von ihnen gaben schon zu ≥5 Wellen AfD- Wahlpräferenz an, ~3 von 4 von ihnen sind gleich- zeitig auch Stammwählende		
zusätzliche Gruppe der „ehemaligen AfD-Wählenden“ nur N=77 → wird nicht weiter untersucht		zusätzliche Gruppe der „ehemaligen AfD-Anhänger*innen“ (N=456): bei Bundestagswahl '25 keine AfD-Wahl aber zuvor AfD-Wahlpräfe- renz angegeben		

Quelle: eigene Darstellung

**WSI**

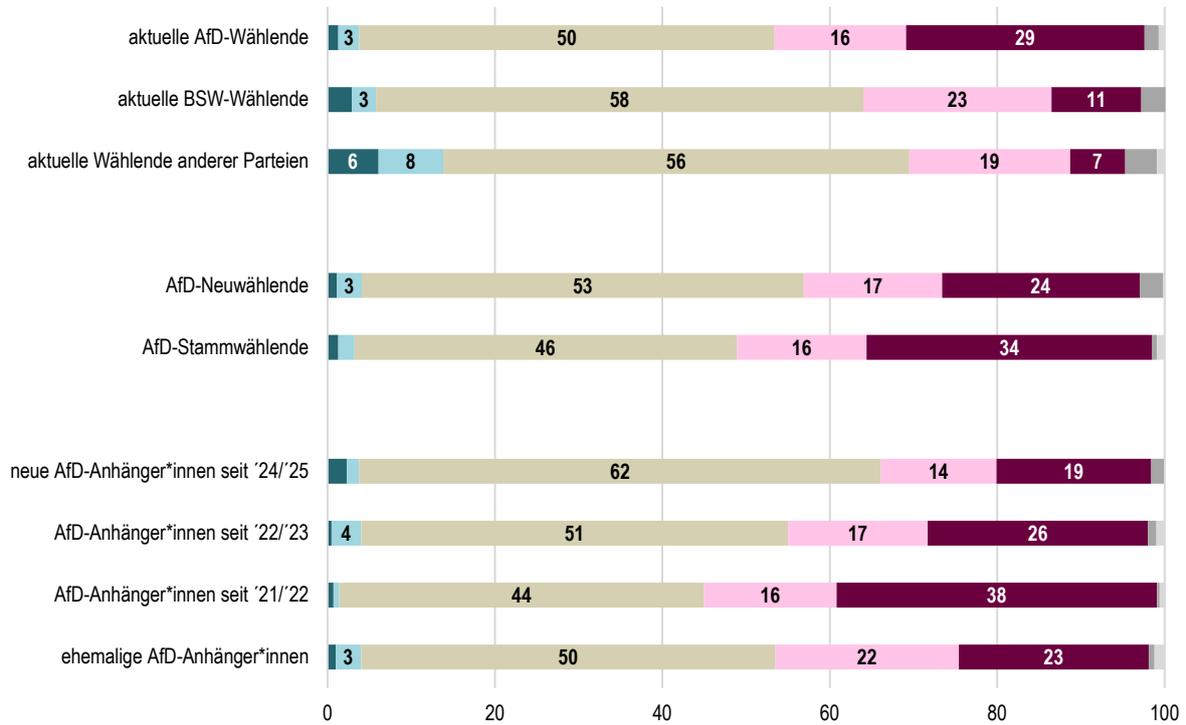
**Anhang 2: Anteil AfD-/BSW-Wählende nach soziodemografischen Gruppen**  
Angaben in Prozent



Quelle: WSI-Erwerbspersonenpanel, Welle 14 (März '25)  
Anmerkung: N=4.496-5.681, Ost/West jeweils ohne Berlin.



**Anhang 3: Zeitpunkt Gewährung sozialer Rechte an Zugewanderte nach Wählendengruppe**  
Angaben in Prozent



- Sofort bei ihrer Ankunft.
- Nachdem sie ein Jahr in Deutschland gelebt haben, unabhängig davon, ob sie gearbeitet haben oder nicht.
- Erst nachdem sie mindestens ein Jahr gearbeitet und Steuern bezahlt haben.
- Sobald sie deutsche Staatsbürger geworden sind.
- Sie sollten niemals die gleichen Rechte bekommen.
- Weiß nicht
- Keine Angabe

Quelle: WSI-Erwerbersonenpanel, Wellen 13 (Einstellungen, Dezember '24) und 14 (Gruppenzuordnungen, März '25)  
Anmerkung: N=5.223



**Anhang 4: Durchschnittliche Bewertung der Wichtigkeit von Themen nach Gruppen aktueller AfD-Wählender/-Anhänger\*innen**  
Angaben in Prozent



Quelle: WSI-Erwerbspersonenpanel, Welle 14 (März 2025)  
Anmerkung: „1“ = „überhaupt nicht wichtig“, „7“ = „sehr wichtig“; N=644-735 (Anhänger\*innen). N=963-1.096 (Wählende), Antwortoption „weiß nicht“ für Mittelwerte exkludiert, Signifikanzniveaus Gruppen von AfD-Wählenden/AfD-Anhänger\*innen: \* = p < .05, \*\* = p < .01, \*\*\* = p < .001. Nur Themen, bei denen sich signifikante Differenzen zeigen.

## **Impressum**

In der Reihe „WSI Study“ erscheinen in unregelmäßiger Folge Arbeiten aus dem WSI zu aktuellen Vorgängen auf wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischem Gebiet. Für den Inhalt sind die Autorinnen und Autoren selbst verantwortlich.

**Diese und andere Veröffentlichungen der Hans-Böckler-Stiftung  
finden Sie als pdf-Datei unter [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)**

### **Autor:**

Dr. Andreas Hövermann  
Referat: Arbeit und Demokratie  
Georg-Glock-Straße 18  
40474 Düsseldorf  
[andreas-hoevermann@boeckler.de](mailto:andreas-hoevermann@boeckler.de)

### **Herausgeber:**

Hans-Böckler-Stiftung  
Georg-Glock-Str. 18  
40474 Düsseldorf